

VI. Leben in politischer Unsicherheit: Wissenschaftler und Politiker in Leipzig in der Besatzungszeit (1945–1949)

Während wir 1944, sooft die britisch-amerikanischen Bomben auf Leipzig fielen, so manche lebensgefährliche Situationen überstehen mußten, bescherte uns unerwartet das Weihnachtsfest eine große Freude. Als Hanna zwei Tage vor Weihnachten vom Einkaufen nach Hause kam, sagte ihr jemand: „Eben ist Ihr Sohn durch den Hof gegangen.“ Tatsächlich war Hans direkt von der Ostfront im Weichselbogen heimgekommen. Und beinahe gleichzeitig wurde uns auch ein Christbaum geliefert, den er in einem Blumengeschäft für uns bestellt hatte. Ihm stand nämlich als Urlauber ein Christbaum zu, während für uns jeder Einkauf gesperrt war. Vor einem Jahre, als unsre Wohnung nach dem Bombenangriff vom 4. Dezember 1943 vom Wasser schwer beschädigt war, hatte ich noch halb illegal auf dem Königsplatz einen Christbaum entstehen können; 1944 war das nicht mehr möglich. Mitbewohner hatten uns im ersten Stock des Hauses zwei Zimmer eingeräumt, weil unsre eignen Räume im 3. Stock unwohnlich geworden waren. Wir saßen also im Trocknen, aber Weihnachtsschmuck gab es für uns nicht. Jetzt brachte uns Hans den Christbaum mit. Er war inzwischen im Felde Leutnant geworden, hatte sich aber bei den Offizieren seines Artillerieregiments unbeliebt gemacht, weil er den Abstand von den Mannschaften nicht hielt, den die preußische Tradition verlangte. So hatte man die Gelegenheit, daß das Regiment einen Offizier zur Aufstellung einer neuen Einheit abgeben sollte, benutzt, um ihn abzuschieben. Die neue Einheit wurde in Rostock gebildet. Bevor er dort antreten mußte, kam ein kurzer Weihnachtsurlaub in Leipzig für ihn heraus. Wir fanden das alle drei äußerst begrüßenswert. Ich hatte mir auf der Karte den Frontverlauf im Weichselbogen angesehen und hatte festgestellt, wie leicht die Russen diese Front an den Flügeln eindrücken und im Rücken abschneiden könnten. Dann stand unserm Sohne, auch wenn er leben bliebe, russische Kriegsgefangenschaft bevor. Ich machte mir keine Illusionen, was dieses Schicksal bedeuten werde. Und nun war er plötzlich in Leipzig erschienen. Wie prächtig, daß er sich unbeliebt gemacht hatte!

Wir feierten ein wunderschönes Christfest und einen sehr festlichen Silvesterabend mit Sekt und Hors d'oeuvre-Platten. Erst am 2. Januar mußte uns Hans verlassen. Er wollte in Berlin eine Freundin wiedersehen; am 3. abends mußte er in Rostock sein, wo wir ihn ja aber für die nächste Zeit noch in Sicherheit wußten.

Ich hatte mich in der Hitlerzeit gehütet, Tagebuchnotizen zu machen, weil ich mich nie sicher vor einer nationalsozialistischen Haussuchung fühlte. Es war besser, keine Gedankensplitter aufzubewahren, die die Gestapo interessie-

ren könnten. Nach den Gesprächen mit Hans hatte ich verstärkt den Eindruck, daß die Gewaltherrschaft bald zu Ende gehen werde. In den Goerdeler-Putsch war ich nicht verwickelt gewesen. Bei den vielen Verhaftungen aller möglichen Leute, die in den Monaten darnach erfolgten, hatte man mich nicht behelligt. Ich gehörte also nicht zu den Verdächtigen. So fand ich, es sei zu riskieren, vom 1. Januar 1945 an wieder Notizen aufzuschreiben, weil zu erwarten war, daß die Ereignisse von jetzt an hochinteressant werden würden. So mögen diese Notizen nun hier berücksichtigt werden, gewissermaßen stellvertretend für die Aufzeichnungen, die ich während der Nazierrschaft unterlassen habe. Sie enthalten Erinnerungen an meine Verlegertätigkeit im Hause Brandstetter, meine Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt in Berlin wegen des „Deutschen Tauchnitz“, an die Bombenangriffe in Leipzig und ihre Gefahren und an die Eindrücke, die ich vom Verlauf des Krieges hatte.

Der Januar 1945 war unerfreulich kalt. Stromausfälle führten manchmal dazu, daß bei Brandstetter nicht gearbeitet werden konnte. Ich benutzte die regulären oder nicht regulären Freizeiten dazu, Studien über den Galaterbrief und die Ablaßthesen Luthers zu machen. Sehr regelmäßig besuchte ich die katholischen Gottesdienste, die, weil die eigene Pfarrkirche von Bomben zerstört war, in der Thomaskirche gehalten wurden. Das Epiphaniastag vom 6. Januar begingen wir auch als hohen privaten Feiertag, denn es war das Fünfundzwanzig-Jahr-Jubiläum unsrer Verlobung im Jahre 1920 und der Todestag meiner Mutter vor dreißig Jahren 1915.

Von den Kriegseignissen bewegte mich am meisten Hitlers letzte Anstrengung im Westen, die deutsche Ardennenoffensive¹, und der Entlastungsversuch für das belagerte Budapest.² „Wenn beides mißglückt, was geschieht dann? Ist dann der Zusammenbruch nahe herbeigerückt?“³ Ich hatte eine Unterhaltung über Währungsfragen:

Daß die Reichsmark mindestens auf den zehnten Teil ihres Wertes eingeschrumpft ist, sieht man. Die Behörden geben das Geld mit vollen Händen aus, geben sich also keine Mühe mehr, die Inflation aufzuhalten. Ein untrügliches Symptom, daß sie kaum noch auf längeren Bestand ihrer Verantwortung in der Zukunft rechnen.⁴

Am 11. Januar wurde Hans 23 Jahre alt. Nun, er würde zu seinem Geburtstag immerhin noch ruhig in Rostock sitzen; Nachricht von ihm hatten wir nicht. Ich mußte an diesem Tage zeitig nach Berlin fahren. Noch ging früh um

¹ Am 16.12.1944 begann unter der Bezeichnung „Wacht am Rhein“ die deutsche Ardennenoffensive, die nach zwei Tagen bereits zum Stehen kam und Ende Dezember 1944 als endgültig gescheitert betrachtet werden mußte.

² Am 29.12.1944 hatten Teile der sowjetischen Armee Budapest erreicht und drangen in die Vorstädte ein. Vom 2. 1. bis 13.2.1945 versuchten deutsche Truppen erfolglos, die Stadt zu entsetzen.

³ IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebucheintragung vom 10.1.1945, S. 2.

⁴ Ebd., S. 2/3.

7 Uhr ein Eilzug. Aber er gelangte mit großer Verspätung erst 11.10 Uhr am Anhalter Bahnhof an. Im Auswärtigen Amt entwickelte mir Metzner noch interessante Pläne zur Steigerung der Produktion des „Deutschen Tauchnitz“. Abends um 8 Uhr war ich wieder in Leipzig. Einige Tage später hatte ich in einer Konferenz der Abteilungsleiter bei Brandstetter zu berichten. Ergebnis: Ich sollte noch einmal nach Berlin fahren, um die Unterstützung des Auswärtigen Amtes zum Erwerb des nötigen Papiers zu erwirken. Bei einem Telefongespräch war Metzner sehr aufgeschlossen. Der 25. Januar wurde für meinen erneuten Besuch vereinbart.

Inzwischen hatte am 12. Januar die große Offensive der Russen an der Weichsel begonnen. Aber erst am 17. gab der deutsche Wehrmachtsbericht zu, daß die ganze Ostfront zusammengebrochen war⁵; Warschau und Krakau waren umzingelt. „Wo soll es ein Halten geben? Die Russen stehen an der Grenze Oberschlesiens. Nun erwarte ich einen entsprechenden Generalangriff im Westen.“⁶ Die Luftangriffe in der Umgebung von Leipzig zerrten an unseren Nerven. Hanna war sehr bedrückt und aufgeregt.

Ich wollte die Tage vor dem 25. [Januar] zu einem Besuch in Bautzen benutzen. Aber Schnellzüge verkehrten nicht mehr. Die feindlichen Flieger hatten zahlreiche Bahnanlagen zerstört. Die Russen hatten jetzt Warschau erobert; in Budapest kämpften die deutschen Verteidiger ihren Todeskampf. Es war die höchste Zeit, wenn ich meine Bautzner Freunde noch einmal sehen wollte. Am 19. kam ich mit dem Bummelzug von 7 Uhr früh über Döbeln bis zum Neustädter Bahnhof in Dresden. Er und seine Umgebung glichen einem Heerlager. Große Stapel mit Flüchtlingsgepäck lagen herum. Die Züge gingen meist von hier ab, weil viele Gleise des Hauptbahnhofs zerstört waren. Ich sah Bombenspuren in der Oppellvorstadt, die Paulikirche war am Turm und am Dach beschädigt. Doch kam ich nachmittags um halb vier [Uhr] glücklich nach Bautzen. Unterkommen fand ich im Gasthof „Krone“, da es nicht gut anging, bei Lore Böttger zu wohnen, die mit ihrem kleinen Sohne allein war. Am 20. kam noch Hellmut Döring dazu, und wir hatten abends zu dritt ein ausgiebiges Gespräch. In einer andern Unterredung mit Lore allein wollte sie von mir wissen, wie sie sich verhalten sollte, wenn die Russen nach Bautzen kämen. Mein Rat war, am etwaigen Angriffstag aufs Land hinaus auszuweichen und sich keinesfalls in der eigenen Wohnung „erobern“ zu lassen; dann aber baldmöglichst zurückzukehren und das Haus, in dem nur noch eine andere Familie wohnte, nicht leer stehen zu lassen. Am Sonntag, dem 21., war keine Rückfahrt über Dresden möglich, weil fast keine Züge verkehrten. Also fuhr ich am Montag früh um 5 Uhr. Der Zug war entsetzlich überfüllt. Ich mußte mir den Einstieg mit den Ellbogen erkämpfen. Besonders ein junges Mädel benahm

⁵ Der Wehrmachtsbericht vom 17. 1. 1945 berichtete u.a. von einem sowjetischen Durchbruch an der Weichselfront. Vgl. Die Wehrmachtsberichte 1939–1945, Bd. 3, München 1985, S. 404.

⁶ IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebucheintragung vom 17. 1. 1945, S. 5.

sich im Gedränge ganz rabiät, so daß ich sie, als wir im Wagen waren, zur Rede stellte. Sie antwortete triumphierend: „Ja, aber ich bin drin!“ In Dresden machte ich einen Gang vom Neustädter Bahnhof zum Hauptbahnhof. In der Innenstadt war nichts zerstört. Vom Hauptbahnhof konnte ich in einem Lokalzug zum Neustädter zurückfahren. Dort hielt – oh Wunder – ein D-Zug, der 10 Minuten später abfuhr. Er hatte dann allerdings vor Riesa eine Stunde Aufenthalt. Aber darnach gelangte ich bis Mittag glatt nach Leipzig. Nachmittags konnte ich schon mein Verlagsbüro aufsuchen. In der folgenden Nacht hatte ich Luftschutzwache im Betrieb Brandstetter.

Das war, ohne daß ich es wußte, mein Abschiedsbesuch in meiner Heimatstadt. Wenige Wochen später wurde die kursächsische Hauptstadt völlig zerstört.⁷ Ich will hier nachholen, daß ich in der Vorweihnachtszeit auch meine alte Schule, das Staatsgymnasium auf der Holzhofgasse, noch einmal wiedergesehen hatte. Das Gebäude wurde nämlich als Lazarett verwendet, und hier lag – nicht verwundet, sondern erkrankt – vom November 1944 bis 8. Februar 1945 mein Freund und Verleger Heinz Wild. Um ihn zu besuchen, war ich damals nach Dresden gefahren und fand ihn in meinem Gymnasium schon soweit hergestellt, daß wir einen Spaziergang zum „Weißen Hirsch“ hinauf machen und dort einen Kaffee trinken konnten. Heinz wurde dann wenige Tage vor dem vernichtenden Angriff zu einem Ersatztruppenteil nach Wörgl in Tirol geschickt. Als ich nach langer Zeit Dresden wieder besuchen konnte, war die ganze alte Stadt ein einziger Trümmerhaufen, und auch mein Gymnasium gab es nicht mehr. Verwandte und Freunde waren unter den Trümmern begraben. Das Haus meiner Schwester Grete in Pieschen war freilich unbeschädigt. Es steht noch unverändert bis heute und auch mein Geburtshaus auf der Kamenzer Straße, wo ich bis [zum Alter von] zehn Jahren aufgewachsen bin, ist erhalten geblieben.

[...] ⁸

Unsre Lage verschlimmerte sich, weil mit dem 24. [Januar] starke Schneefälle einsetzten. Es gab Stromsperrern und Verkehrsbehinderungen. Die erneute Reise ins Auswärtige Amt nach Berlin mußte ich aufgeben und durch ein langes Telefongespräch mit Herrn Metzner ersetzen. Die Stadt füllte sich mit Flüchtlingen, meist Frauen. Auch im Hause hatten wir welche, aber nicht in unsrer Wohnung. Immerhin ging noch Post ein, auch eine Nummer der „Kölnischen Zeitung“ erhielt ich noch. Über die Kriegslage schrieb ich am 27. Januar:

Die russische Offensive ist dabei, Oberschlesien und Ostpreußen gänzlich aufzuzehren. Beide sind so gut wie ganz abgeschnitten. Der Stoß über Posen nach Berlin wird wohl noch nicht zum Ziel kommen. Es wäre gut,

⁷ In der Nacht vom 13. auf den 14.2.1945 wurde Dresden durch einen Bombenangriff der britischen Luftwaffe zerstört.

⁸ Auslassung: 2 1/2 Seiten. Über mögliche Gründe für die Zerstörung Dresdens und die Politik Hitlers und Stalins.

wenn erst das Frühjahr etwas fortschritte und im Westen auch der Generalangriff in Gang käme. Dann mindert sich die Gefahr, daß Leipzig unmittelbar Kriegsschauplatz würde.⁹

Der 28. Januar war der Sonntag Septuagesima, für uns das „Löwenfest“, das wir in Erinnerung an unsre Besuche in den Zoologischen Gärten von Dresden und Leipzig zu feiern pflegten. Seit ich katholisch bin, ist der 28. Januar mein Namenstag. Ich betrachte nicht den 4. November als solchen, denn was geht mich Carlo Borromeo¹⁰ an? Mich geht der Gedenktag Karls des Großen an, denn ich erkenne in der katholischen Kirche die Reichskirche, die wegen Luthers unglücklichem Spiritualismus in der Reformation mißachtet worden ist. Die Lutherstudien, die ich gerade damals betrieb, zeigten mir, warum der Reformator leider an der Reichskirche vorbeireformiert und geglaubt hat, fürstliche Landeskirchen seien Gott wohlgefälliger. Der Mönch im Augustinerkloster hat leider von der geschichtlichen Kirche nichts verstanden. Herzog Georg der Bärtige¹¹ hat vergeblich an die Theologen appelliert, die Kirchenreform als Sache des Reiches zu betreiben und nicht zu meinen, daß jeder Landesherr könne auf eigene Faust handeln [sic!], wie „er es sich vor Gott und Kaiserlicher Majestät zu vertreten getraue“. Karl der Große fühlte sich als fränkischer König wie als Kaiser als Beherrscher des „Imperium Christianum“. Die deutsche Reformation hat aber leider das „Sacrum Imperium“ vernachlässigt und so am Ende der Zerstörung ausgeliefert.

In den letzten Januartagen kamen zwei Briefe von Hans, aus denen wir erfuhr, daß seine neuaufgestellte Einheit aus Rostock in die Gegend von Schneidemühl abmarschiert sei. Dort verlief aber jetzt die Ostfront. Natürlich war Hanna davon sehr mitgenommen. Ich sagte ihr, daß man immerhin den Umstand, daß er sechs Wochen aus der Front heraus und von der Katastrophe in Polen verschont worden sei, als die positive Seite der Sache ansehen müsse. Erst am 17. Februar bekamen wir wieder eine Nachricht, datiert vom 3. Februar, mit dem Poststempel von Neustettin. Was konnte in den 14 Tagen, wo sie unterwegs gewesen war, alles passiert sein! Es war etwas Gutes passiert. Wir pflegten damals öfters in der Stadt Mittag zu essen, weil wir herausbekommen hatten, daß wir in gewissen Lokalen vorteilhafter speisen konnten als zu Hause. So gingen wir eine Zeitlang gern in „Auerbachs Keller“. Später war der „Kaffeebaum“ vorzuziehen. Als wir uns am 20. Februar dahin verabredet hatten, kam mir Hanna noch auf der Straße triumphierend entgegen: „Hans ist verwundet.“ Sie hatte einen Brief erhalten, der gleich zwölf Tage jünger war als der vorige: vom 15. Februar. Er meldete, daß Hans am Bein schwer verwundet im Lazarett in Stettin geborgen war. So außergewöhnlich war die Lage geworden, daß die Mutter ihn als geborgen empfand, obwohl er ernstlich

⁹ IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebucheintragung vom 27.1.1945, S. 9/10.

¹⁰ Carlo Graf Borromeo (1538–1584), Kardinal und Erzbischof von Mailand.

¹¹ Georg der Bärtige oder der Reiche (1471–1539), 1500–1539 Herzog von Sachsen.

verwundet war. Hanna fühlte sich einfach an meinen „Heimatschuß“ vom 22. November 1915 erinnert und dachte unwillkürlich nur daran, daß Hans nun der Todesgefahr oder Gefangenschaft entgangen sein würde. Ich selbst konnte es nicht anders empfinden. In meinem Tagebuch steht: „Für ihn ist der Krieg aus, denn ehe er wieder gesund wird, ist der Krieg zu Ende. Gott fügt es mit ihm wie einst mit mir.“¹² Hans wurde sobald wie möglich aus Stettin abtransportiert. Der Lazarettzug kam durch Leipzig. Er war aber so klug, sich hier nicht ausladen zu lassen, sondern weiterzufahren nach Süddeutschland. Er kam ins Lazarett nach Kissingen und fiel auf diese Weise später in amerikanische, nicht russische Kriegsgefangenschaft. Wir waren uns, sobald wir's erfuhren, des Heiles dieses Hergangs klar bewußt.

[...] ¹³ Etwas erleichtert wurde unser Dasein dadurch, daß mit Anfang Februar die Winterkälte nachließ und der Schnee schmolz. Am 8. Februar hatte ich zum ersten Male beim Spaziergang am Leipziger Flutkanal den Eindruck des Vorfrühlings. Sorgen machten mir noch Lore Böttgers Nachrichten aus Bautzen. Die Lage dort war sehr ungemütlich; viele Leute wurden von der Flüchtlingspanik angesteckt. Lore hielt sich aber daran, daß ich ihr von der Flucht abgeraten hatte, und hielt in der Stadt aus. Eine schlimme Nacht war auch für uns in Leipzig die des Fastnachtdienstags vom 13. zum 14. Februar. Als der Fliegeralarm gegeben wurde, sah es so aus, als ob die britisch-amerikanischen Geschwader Leipzig angreifen wollten. Sie bogen aber beinahe in letzter Minute ab und wandten sich gegen Dresden. Im Moment fühlten wir Erleichterung; in den nächsten Tagen aber waren wir schwer bedrückt über das Ausmaß der Vernichtung in Dresden. Wenn nun wir diesmal dran gewesen wären! Zu den Toten in Dresden mußten wir Cäcilia Thiele zählen, aber leider auch meine Schwester Hanny und ihren Mann Paul List. Über sie notierte ich am 23. Februar:

Merkwürdig, ich hatte hier gleich das Gefühl des Unglücks. Beide waren keine Menschen für die neue Zeit. Sie waren keine Nazis, aber Vorkriegsmenschen. Der Untergang ihres Besitzes und ihr eigener passen logisch zusammen. Zu meinem 50. Geburtstag schrieb mir Hanny: Er fällt in eine große Zeit – nämlich in die des Überfalls auf Prag und der Schaffung des „Protektorats“. Ich mußte diese Äußerung als hilflos empfinden.¹⁴

Hanny und Paul wurden unter den Trümmern begraben; es ist nie eine Spur von ihnen gefunden worden. Ist es ein Einwand gegen meine Liebe, daß ich über diesen Untergang keine große Trauer empfand? In mir überwog allzu sehr das Gefühl, daß Hanny und Paul den Zustand totaler Verarmung unerträglich gefunden hätten. Paul hätte, weil er nominell Mitglied der NSDAP

¹² IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebucheintragung vom 20. 2. 1945, S. 16.

¹³ Auslassung: 3 Zeilen. Über die Wiederbelebung des Briefwechsels mit Herbert Schöffler.

¹⁴ IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebucheintragung vom 23. 2. 1945, S. 17.

war, unter russischer Besatzung sein Ruhegehalt verloren, und ich glaube nicht, daß er mit diesem Schicksal fertig geworden wäre. So muß ich glauben, daß sogar das Ende mit Schrecken die bessere Fügung war. Es ist mir noch mit manchen andern, die ich kannte, ähnlich ergangen: schon nach dem Ersten Weltkrieg mit Jenaer Bundesbrüdern, die nie die Energie aufbrachten, ein Examen zu machen. Da sie dann im Kriege gefallen waren, überwog bei mir die Empfindung: Sie hatten es eben auch nicht nötig. Spricht das für eine im Grunde gütige Vorsehung, die über uns waltet, auch wenn uns Schlimmes zustößt?

Ich will hier auch des Schicksals meines Schwiegervaters gedenken, der mit 85 Jahren am 14. März 1945 starb, genau zwölf Jahre nach meiner Schwiegermutter, die am 18. März 1933 von schwerem Leiden erlöst wurde. Sie wurde am 21., dem Tage des unechten Potsdamrummels auf dem kleinen Friedhof in Klösterle-Zelle begraben; der Vater jetzt ebenso, aber im Untergehen der falschen Herrlichkeit. Hanna und ich konnten nicht einmal dabei sein, denn es gab keine Möglichkeit mehr, nach Aue zu reisen. Wir erfuhren die Trauernachrichten nur noch telefonisch. Auch im Falle meines Schwiegervaters, dem ich immer dankbar war, überwog bei mir der Eindruck einer gewissen Rechtzeitigkeit seines Abscheidens. Es blieb ihm erspart, den Niedergang seiner Firma in Aue, seines Lebenswerkes, zu erleben, der unter den Kommunisten unabwendbar war. Mein Schwager Ernst hat bitter darunter leiden müssen.

Meine jüngere Schwester Grete überlebte die Katastrophe in Dresden. Auch ihr Hausbesitz, das Erbe meiner Eltern, blieb erhalten. Ich wußte, daß sie robust genug war, auch mit schwierigen Nachkriegszeiten fertig zu werden. Ebenso konnte mein Schulkamerad Theodor Steinbach mit seiner Frau in Dresden am Leben bleiben. Aber ihre Tage waren natürlich auch angst- und sorgenvoll. Am 13. März 1945 erhielt ich Briefe von den Dresdnern, in denen sie mich fragten, ob sie Angst vor den Russen haben oder damit rechnen mußten, unmittelbares Kampfgebiet zu werden. In meinem Tagebuch steht: „Die Propaganda hat die Menschen um den Verstand gebracht.“¹⁵

Unsre Lage in Leipzig möchte ich hier charakterisieren, indem ich wörtlich aus dem Tagebuch zitiere¹⁶:

27. Februar: Heute Mittag etwa von 1.30 Uhr bis über 2 Uhr schwerer Luftangriff. Sämtliche Fenster bei uns kaputt. Im EBzimmer habe ich selbst einen entstehenden Brand gelöscht, der schon die Ecke des Buffets erfaßt und beschädigt hat. Pfarrhaus und Gemeindehaus (der Lutherkirche) gegenüber (auf der Schreiberstraße) sind niedergebrannt. Unser Haus steht. Wir haben es wieder gleich gerettet. Mein Arbeits- und das Schlafzimmer und im 3. Stock die Küche sind sofort wieder verwendbar. Hoffentlich folgt kein zweiter Angriff.

28. Februar: Bis [zum] Nachmittag hat sich der gefährliche Angriff nicht wiederholt. Ich kann in meinem Zimmer bei provisorisch vernagelten Fen-

¹⁵ Ebd., Tagebucheintragung vom 13. 3. 1945, S. 23.

¹⁶ Das folgende ebd., Tagebuch 1945, S. 18–20 (mit Auslassungen).

stern sogar arbeiten. Elektrisches Licht und Telefon sind intakt, Gas und Wasser versagen. Heute morgen sah ich auf der Tauchnitz-Straße einen völlig verkohlten Toten liegen. Manche Stadtteile sind unversehrt, manche hat es böse zerschlagen.

1. März: Beim Luftangriff vom 27. 2. haben wir trotz unsrer Schäden noch einmal Glück gehabt. Wenn man sieht, wie andere Häuser zugerichtet sind, merkt man das. Heute kamen bisher noch keine Flieger. Dafür ist es sehr windig. Unsre obere Wohnung hat (außer der Küche) keine Fensterscheiben. Der Schutt und das Glas sind noch nicht weggeräumt, ein trauriger Anblick. Unten in meinem Zimmer, wo wir wohnen, haben wir die Fenster nur mühsam verstopft. Es zieht. Aber der Ofen geht wieder. Ich kann am Schreibtisch sitzen und habe noch immer alle meine Bücher. Im Büro (bei Brandstetter) konnte ich heute noch gar nichts ausrichten. Ich kam nach Hause und fand Hanna einem Nervenzusammenbruch nahe. Ich habe getröstet, nun geht es wieder.

2. März: Stürmisches, stark wechselndes Wetter. Vormittags sehr langer Luftalarm mit Angriffen in Sachsen, wenn auch nicht bei uns. Morgen soll angeblich wieder Leipzig drankommen. Unwillkürlich empfindet man Beklemmungen. Mit den Aufräumarbeiten sind wir etwas weiter.

3. März: Es ist kälter geworden. Da die Fenster nur provisorisch verstopft sind, möchte das nicht andauern. Wie lange soll der Wahnsinn dieser Lage dauern, in der wir ohne jeden Schutz sind? Denn die Nazis sind in der Luft ganz ohnmächtig geworden.

Ich holte mir viel Trost und Beruhigung durch die Religion. Natürlich gingen wir regelmäßig in die Sonntagsmesse. Die Sonntage blieben überhaupt meist alarmfrei, und Hanna bemühte sich jedesmal, sie möglichst festlich zu gestalten. Ich las zu Hause die Liturgietexte sämtlicher Tage der Fastenzeit. Am Freitag nach dem 3. Fastensonntag hieß es im Introitus: „Herr, tu an mir ein Zeichen deiner Güte, daß es meine Hasser sehen und zuschanden werden, da du, O Herr, mein Helfer und mein Tröster wurdest.“ Und im Tractus wurde gebetet: „Herr, um der Ehre deines Namens willen, mach uns frei, mit unsern Sünden übe Nachsicht deines Namens wegen.“ Am Nachmittag des 24. März ging ich ins Kolpinghaus zur Osterbeichte.

Um die Zeit des kalendermäßigen Frühlingsanfangs wurde das Wetter schön. Da konnte ich regelmäßig in den Auwäldern am Flutkanal spazierengehen. Da wurden die Sträucher grün, und ich fand schon einige Frühlingsblumen. Ich fand aber auch ganz absonderliche Sachen, Flugblätter, die von den gegnerischen Fliegern abgeworfen worden waren. Es war verordnet, solche „Hetz- und Lügenschriften“ sofort bei der Polizei abzuliefern. Sie zu behalten, war nicht ungefährlich. Aber ich konnte das schon manchmal riskieren.

Am 16. März kam ein Brief von Hans aus Kissingen. Da schrieb ich auf:

Sehr im Gegensatz dazu wird uns gemeldet, daß sein Kamerad Nebe am 18. Januar westlich von Warschau gefallen ist. Welch wunderbares Schicksal! Durch besonderen Befehl wird Hans vor Weihnachten aus der Weichsel-front herausgezogen, und dann wieder kommt er im Februar durch seine

Verwundung aus den Kesseln in Pommern heraus. Ist es anmaßend, wenn ich die Absicht Gottes, ihn zu retten, zu erkennen glaube, und das alles mit meinem eigenen Bewußtsein verbinde, der Zukunft zu gehören? Ich glaube an unsre Verschonung, obwohl ich auch Sorge habe, wenn Bomben fallen. Sorge ist der richtige Ausdruck, nicht Angst. Indem ich mich zu einem Werk berufen glaube, bin ich in Sorge um das Gelingen. Aus den Evangelien habe ich gelernt, daß in dieser Weise selbst Jesus in Sorge war. So darf ich sogar die Sorge der Echtheit der Berufung zuschreiben. Gott weiß, daß ich bei alledem demütig sein will. Die Hoffnung ist in mir, und der Frühling beflügelt sie. Heute war ein richtiger Frühlingstag.¹⁷

21. März: Das war im März 1933 der Tag von Potsdam. Damals begann die politische Charlatanerie, die heut' in Blut und Trümmern endet. Mit Zorn und Sorge war damals mein Herz erfüllt. Heute mit Schrecken vor der fürchterlichen Vernichtung um uns herum. Ich bitte Gott täglich, daß er diesen „peirasmós“¹⁸ abkürze und uns errette.¹⁹

Der 25. März war der Palmsonntag. Am Vormittag besuchte mich Fritz Bellmann, mit dem ich ein Gespräch über die Lage führte. Ich dachte auch daran, daß es der Festtag Mariä Verkündigung war.

Mein Geburtstag am 27. März war dadurch ausgezeichnet, daß er ohne Alarm verlief. Ich bekam viele Briefe und einen Geburtstagstisch mit Kuchen, Likör, Seife, Wein, Blumen und noch anderen kostbaren Dingen. Es gab ein fürstliches Mittagessen und echten Kaffee. Welch ein Festtag! Am Gründonnerstag besuchten wir außer der Kirche ein Gewandhauskonzert. Am Karfreitag bewunderte ich im Gottesdienst die Altertümlichkeit und Tiefe der Liturgie. Die Lesungen und Wechselreden entsprechen so gar nicht den sentimental Vorstellungen moderner Passionsbetrachtungen. Am Kar Samstag wurde der Gottesdienst leider durch Fliegeralarm unterbrochen. Am Schreibtisch war ich jetzt damit beschäftigt, eine Skizze der inneren Entwicklung Luthers niederzuschreiben. Die Osternacht und der Ostersonntag blieben alarmfrei. Ich mußte aber bei Brandstetter übernachten, weil ich Luftschutzdienst hatte. Der zweite Osterfeiertag brachte Hannas Geburtstag. Auch er blieb alarmfrei, und wir waren frohgestimmt.

Aber am 6. April vormittags gab es einen schweren Luftangriff. Der Bayerische Bahnhof brannte aus; das Reichsgericht und die Universitätsbibliothek erhielten schwere Treffer. Hauptziel waren wohl Bahnanlagen. In dem großen Haus uns gegenüber auf der Schreiberstraße brannte das Dach weg wie einst bei uns. Aber unser Haus wurde diesmal nicht beschädigt. Nur versagten Wasserleitung, Strom und Telefon. Das elektrische Licht und das Telefon wurden am nächsten Tage wiederhergestellt. Aber die Wasserleitung funktionierte nur noch im Keller. Die Leipziger Zeitungen blieben aus. Zeitungen von auswärts erhielt

¹⁷ Ebd., Tagebucheintragung vom 16. 3. 1945, S. 24/25.

¹⁸ Altgriechisch: Prüfung.

¹⁹ IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebucheintragung vom 21. 3. 1945, S. 26.

ich damals manchmal an einem Kiosk am Augustusplatz: irgendeine deutschsprachige aus der Schweiz oder den Pariser „Temps“, der zugelassen wurde, weil ihn „das Volk“ nicht lesen konnte. Ich hatte mich mit meinem Kiosk-Mann sehr angefreundet und lernte durch ihn eine Reihe seiner Kunden kennen, unter denen mehrere Kommunisten waren. Wir vertrugen uns aber damals prächtig. Der gemeinsame Gegensatz gegen die Nazis verband uns, und wir hatten volles Vertrauen zueinander. Eine Zeitlang pflegte ich Sonntags vom Kiosk aus mit einigen Kommunisten spazierenzugehen. Die Freundschaft dauerte noch einige Monate fort, bis im Juli die Russen einrückten, die von den Kommunisten begrüßt wurden, von mir aber nicht. Das brachte uns auseinander.

Mit dem 10. April etwa setzte für uns die Krise der Eroberung durch die Amerikaner ein. Es lohnt sich zu zitieren, was ich in den folgenden Tagen laufend notiert habe²⁰:

10. April: Heute nachmittag 6 Uhr, zu ungewohnter Zeit, Luftangriff. Brände im Osten und Norden der Stadt. Ich kam gerade an der Thomaskirche vorbei, als ich sie hoch am Himmel kommen sah. Irgendwo fiel eine Bombe. Ich flüchtete in den Keller eines Eckhauses der Otto-Schill-Straße. Dann war's bald vorbei. Abends Gerüchte, daß Erfurt von den Amerikanern besetzt sei. Das Licht, das nach dem Angriff eine Weile weg war, kam abends 9.30 Uhr wieder.

11. April: Wenn man heute abends um 9 Uhr eine Bemerkung über den Tag niederschreibt, muß man gewärtig sein, daß vor Mitternacht noch ein Ereignis den Sinn des Tages umwirft. Es gibt dauernd Alarm: vormittags, nachmittags, abends. Dabei erfährt man wenig von der wirklichen Kriegslage und hat nur den Wunsch, die Gefahren, die vor dem Ende noch drohen, zu überwinden. Arbeiten kann ich nicht mehr viel.

12. April: Heute im Betrieb kam die Nachricht, die Amerikaner seien bis Weißenfels und Naumburg vorgerückt. Noch nähere Ortsangaben waren natürlich Unsinn. Bis Mittag gab es viermal Kleinalarm mit rasch hinterher folgender Entwarnung. Nachmittags war gar kein Alarm. Diese Ruhe spricht für die Nähe der Front. Lange Zeit hörte man in der Ferne Kanonendonner. Abends gegen 8 Uhr sagte der Drahtfunk durch, daß schon von dieser Nacht an mit neuem Alarm zu rechnen sei, der die Ankunft feindlicher Luftlandetruppen oder Panzerspitzen meldet. So ist also der Moment der Wende nahe.

13. April: Der Tag begann ganz ruhig. Im Büro wurde vor Mittag schon geschlossen, weil alles Gelegenheit haben soll, sich zu verproviantieren. Kein Luftangriff. Am Nachmittag kam eine Durchsage der Kreisleitung, die zur Ruhe, aber nicht zum Widerstand aufforderte. Unmittelbar darauf das erste Frühlingsgewitter. Nachher Geschützdonner aus der Ferne. Nach Naumburg, Zeitz und Merseburg fuhren früh schon keine Züge mehr. Da steht also der Feind! Auch schon in Lützen? In Pegau? Die Nazis, die bei uns im Hause wohnen, sind still geworden. Ich nehme an, die Amerikaner umgehen erst mal Leipzig und besetzen es vielleicht morgen. Heute früh

²⁰ Das folgende ebd., Tagebuch 1945, S. 33–39 (mit Auslassungen).

kam Nachricht, daß Roosevelt gestorben sei. „Miracle de la maison de Brandenbourg?“²¹ Oh nein! – Es ist der zweite Abend, seit wir auf den Feind warten, der zugleich unser Befreier ist. Man gibt uns Lebensmittel wie noch nie in diesem Kriege, räumt also die Läger aus, damit dem Feind nichts in die Hände fällt und man sich in diesem Punkte eine gute Erinnerung schafft. Man kann im blühenden Frühling spazierengehen, und ich sitze unter allen meinen Büchern. Vielleicht besteht wirklich Aussicht, mit ihnen zu überdauern. Man möchte sich freuen und weiß doch, daß die Krise noch zögert zu kommen. Kommt sie morgen? Übermorgen?

14. April: Was wird werden? Leipzig scheint vom Übrigen ziemlich abgeschnitten zu sein. Die Amerikaner stehen bei Magdeburg an der Elbe. Sie flankieren uns im Norden und Süden. Aber ganz kampfflos wird man ihnen den Platz wohl nicht überlassen. Dazu die Aufregung über die Lebensmittelverteilung, die die Frauen ganz krank macht. – Gestern ist Willy Brandstetter²² aus neunmonatiger Haft entlassen worden (weshalb man den Chef der Firma verhaftet hatte, weiß ich nicht mehr). Die Gestapo ist aus Leipzig geflohen. Die Stadt ist ruhig, das Wetter gut. Manchmal Geschützfeuer, aber wo man kämpft, das wissen wir nicht. Heute gegen Abend Besuch von Helmut Langbein, mit dem ich die Lage besprach.

15. April: Gestern waren es zwei Jahre, daß ich von Heinz Wild die Leitung des Hegner- und des Tauchnitz-Verlags übernahm. Heute vor 42 Jahren starb mein Vater, der nur 11 Jahre älter als Hannas Vater war. Jetzt ist es Sonntagnachmittag; so war uns wieder ein ruhiges Wochenende bis zur heutigen Kaffeestunde (mit echtem Kaffee) beschieden. Man sieht Volksturmposten und Andeutungen von Barrikaden, man hört Geschützdonner, näher oder weiter weg. Aber wir warten noch immer und wissen nicht, zu welchen Zwischenfällen es beim Einmarsch der Amerikaner kommen kann. Alle Vernünftigen bangen vor unverantwortlichem Widerstand des verbrecherischen „Werwolf“-Geistes, der uns Vernichtungsbomben zuziehen könnte. Stadtverwaltung und Polizei bemühen sich offenbar, das Äußerste zu verhüten. Aus einem Gespräch mit Dedo Müller entnahm ich, daß man Widerstand möglichst wohl nur markieren will, und daß man wohl gar keine Waffen hat, außer ein paar Panzerfäusten. Der nächste Sonntag heißt Jubilate. Möge er diesen Namen mit Recht tragen.

16. April: Ich habe heute den Prokuristen Dr. Würfel in fast verzweifelter Stimmung angetroffen über die Hilflosigkeit, mit der wir den Narren preisgegeben sind, die die Existenz von Hunderttausenden aufs Spiel setzen, indem sie die Kapitulation Leipzigs ablehnen wollen. Grimma scheint von den Amerikanern besetzt zu sein. Wir sind also ringsum eingeschlossen. Es

²¹ Diese Wendung gebrauchte Friedrich der Große nach der Schlacht von Kunersdorf am 12. 8. 1759 in einem Brief an seinen Bruder Heinrich vom 1. 9. 1759. Als Mirakel bezeichnete er den Umstand, daß die verbündeten österreichischen und russischen Truppen, die ihm gerade eine katastrophale Niederlage beigebracht hatten, diesen Sieg nicht durch Nachsetzen zu seiner Vernichtung ausnutzten. Vgl. Theodor Schieder, Friedrich der Große. Ein Königtum der Widersprüche, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1983, S. 196 f.

²² Willy Brandstetter (geb. 1880), 1906 Eintritt in die väterliche Oscar Brandstetter Druckerei.

fährt kein Zug mehr von Leipzig ab. Auch ich überlege, ob man etwas tun könnte, den Willen der Bevölkerung, die dem Tod entgehen möchte, zur Geltung zu bringen. Aber in unsrer Lage gibt es tatsächlich kein anderes Auskunftsmittel als das Gebet. Ihm wende ich mich zu in der Erwartung, daß es helfen wird. Schwer zu ertragen ist das Warten.

17. April: Um halb drei heute nacht aus dem Schlafe gestört durch Voralarm. Bald kam der Großalarm, der das Anrücken des Feindes (von Grimma und Wurzen her) anzeigte. Es war aber, wie es scheint, nur ein Aufklärungsvorstoß bis zum Stadtrand (Liebertwolkwitz?). Nach 9 Uhr kam die Entwarnung. Wir haben uns für alle Fälle im Keller etwas eingerichtet. Brandstetter arbeitet heute nicht. Ich habe vormittags der Hanna etwas geholfen. Am Schreibtisch arbeiten kann man nicht, weil der Schlaf zu kurz war. In der Sebastian-Bach-Straße hängen schon ein paar weiße Fahnen.

Am Nachmittag dieses 17. April fuhr ich gegen 5 Uhr mit dem Rad nach dem Vorort Schleußig zu Dedo Müller. Es gab Fliegeralarm, der mich auf der Rückfahrt durch den Auwald begleitete. Er war so andauernd, daß ich nicht zweifeln konnte, daß der angreifende Feind über die Stadtgrenze kam. In aller Eile fuhr ich weiter bis nach Hause. Beim Abendessen hörten wir einen Einschlag; aber es war nicht der einer Fliegerbombe, sondern wohl von einer Granate. Es schien mir möglich, daß Artillerie unsre Straßenzüge in bestimmten Abständen bestrich, wie ich's von der Grabenstellung im Ersten Weltkrieg her kannte. Wir standen darum sofort vom Tische auf und gingen in den Luftschuttkeller unsres Hauses, wo wir die andern Bewohner sämtlich schon fanden. Viele von ihnen waren erklärte Nazis, unser Haus war auf der ganzen Schreberstraße als besonders nazistisch bekannt. Jetzt blieben auch wir unten und richteten uns für die Nacht ein. Ich versuchte auf einer provisorischen Liege zu schlafen, aber es war recht unbequem. Wir warteten die ganze Nacht vergeblich auf irgendein Zeichen der Entwarnung. Nur Radiomeldungen kamen, die zu ruhigem Verhalten aufforderten. Am frühen Morgen gingen wir in unsre Wohnung hinauf, um wenigstens in einiger Bequemlichkeit zu frühstücken. Wir waren aber die einzigen, alle übrigen blieben im Keller. Das war bei ihnen noch eine Art Nazidisziplin. Die Schreberstraße vor unsern Fenstern war absolut menschenleer. Wir hatten noch immer den Vorzug, daß unser Telefon funktionierte, während der größte Teil des Stadtnetzes von den Fliegerbomben zerstört war. Zwischen 8 und 9 Uhr früh rief ich den Pfarrer Gunkel im Oratorium in Lindenau an: ob er denn etwas von den Amerikanern gemerkt hätte. Er antwortete: „Ja, bei uns sind sie schon.“ Noch war mit der Möglichkeit zu rechnen, daß am Flutkanal einiger Widerstand versucht würde, denn der Volkssturm hatte dort „Befestigungen“ angelegt. Allerdings waren sie nicht der Rede wert. Vom Fenster aus sah ich, daß der Reichsgerichtsrat Schäfer²³ im Nachbarhaus eine weiße Fahne herausgesteckt hatte. Als wir wieder in

²³ Franz Schäfer (geb. 1879), 1909–1937 am Landgericht in Saarbrücken, seit 1937 Reichsgerichtsrat.

den Keller kamen, führten ein paar Hitlerjungen Reden, man müsse die „Verräter“ unschädlich machen. Aber der Nazifunktionär Färber war vernünftig genug, die Jungen derb anzufahren.

Als wir mittags wieder oben in der Wohnung waren, stand ein schwerer amerikanischer Panzer an der Ecke der Sebastian-Bach-Straße neben der Thomaschule; ein zweiter stand vor der Lutherkirche. Wir hörten einzelne Schüsse aus Infanteriegewehren. Auf die Straße konnte sich also niemand wagen. Gegen 4 Uhr nachmittags sah ich amerikanische Posten auf der Straße mit zwei deutschen Gefangenen, von denen einer verwundet war. Abends im Keller führte die Naziclique noch immer törichte Reden. Eine der Frauen wurde so unverschämt, daß ich sie zurückschlagen mußte. Man munkelte, in der Nacht käme nun der deutsche „Gegenangriff“. Wir verließen den Keller und schliefen nachts oben in unsern Betten. Aber wir waren im ganzen Hause die einzigen, die das wagten.

So erwachten wir morgens am 19. April gestärkt. Es war ein Prachtwetter. So wagte ich's, am Vormittag auf die Straße zu gehen. Ich kam unbehelligt bis auf den Königsplatz. Dort sah ich, daß das Rathaus von amerikanischen Posten umstellt war. Weiter durfte ich nicht gehen, aber ich durfte bei einem der Posten stehenbleiben. Man wartete auf geeignete Geschütze, um das Nazinest in dem festen Gebäude – es war ja die ehemalige, nur umgebaute Pleißenburg – auszurauchern. Soviel ich weiß, haben die Belagerten bald kapituliert.²⁴ Der nazistische Oberbürgermeister²⁵ hatte bereits in der Nacht zum 18. April Selbstmord begangen. Eine andere Gruppe wurde im Völkerschlachtdenkmal belagert; aber es wurde auch dort kein ernster Widerstand geleistet.²⁶ Die Amerikaner hätten sich der ganzen Stadt viel schneller bemächtigen können. Aber sie wußten, daß sie sich beliebig Zeit nehmen konnten. Sie wollten offenbar ohne Verluste zum Ziel kommen. Der deutsche Stadtkommandant, der sicher Befehl hatte, die Stadt als „Festung“ zu verteidigen, muß wohl vernünftig genug gewesen sein, seine Truppen herauszuziehen, falls er überhaupt welche hatte. Die Amerikaner hatten Leipzig längst umgangen, ehe sie zugriffen. Ich habe in den Tagen der Krise keinen deutschen Soldaten gesehen außer einigen Gefangenen, die die Amerikaner brachten.

Ich bekam ein achtseitiges Zeitungsblatt in die Hände: „Bekanntmachungen der Alliierten Militärregierung von Leipzig“. Unter dem Titel stand: „Die nachstehenden Proklamationen, Gesetze, Anordnungen und Bekanntmachungen sind durch Verordnung der Alliierten Militärregierung in Leipzig ausgegeben worden, wirksam 16.30 Uhr, 19. April 1945“. Dies war also der Zeitpunkt,

²⁴ Vgl. Charles B. MacDonald, *The Mighty Endeavor. American Armed Forces in the European Theater in World War II*, New York 1969, S. 487.

²⁵ Alfred Freyberg (1892–1945), 1932 Ministerpräsident in Anhalt, 1933 Staatsminister, 1936 MdR, 1940–1945 Oberbürgermeister von Leipzig.

²⁶ Vgl. MacDonald, *The Mighty Endeavor*, S. 487.

zu dem die Amerikaner die Okkupation von Leipzig als vollzogen betrachteten. Darauf folgte die „Proklamation Nr. I des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte General Eisenhower“:

Wir haben deutschen Boden betreten als ein siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet, das von Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten, die Herrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beseitigen, die NSDAP auflösen, sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtssätze und Einrichtungen, die von der NSDAP geschaffen worden sind, aufheben. Den deutschen Militarismus, der so oft den Frieden der Welt gestört hat, werden wir endgültig beseitigen. Führer der Wehrmacht und der NSDAP, Mitglieder der Geheimen Staatspolizei und andere Personen, die verdächtig sind, Verbrechen und Grausamkeiten begangen zu haben, werden gerichtlich angeklagt und, falls für schuldig befunden, ihrer gerechten Bestrafung zugeführt.²⁷

Ich habe diesen Sätzen vorbehaltlos zugestimmt, nur hätte ich gewünscht, daß man geschichtlich korrekter von „preußischem“, nicht von „deutschem“ Militarismus gesprochen hätte. Denn das Königreich Sachsen und andere Bundesstaaten wurden 1866 und 1870 nur zwangsweise in preußischer Art „militarisiert“. Wir wollten den Militarismus ebensowenig wie die Niederländer oder die Skandinavier. Kursachsen war das erste Land, das 1756 und 1866 von den Preußen heimtückisch überfallen wurde, nicht anders als 1914 etwa Belgien, 1940 die Niederlande, 1941 Dänemark und Norwegen. Der Begriff des „deutschen“ Militarismus verleumdet uns, er entstellt die geschichtliche Wahrheit. Die sogenannte „nationale“ Geschichtsschreibung Deutschlands muß revidiert werden. Deshalb wurde denn das Deutsche Reich zum Schrecken seiner Nachbarn? Weil sie 1866 miterlebten, wie es Schleswig-Holstein, Hannover und Kurhessen erging und beinahe auch Sachsen ergangen wäre. Ich nenne ja meine hier vorliegenden Aufzeichnungen nicht umsonst „kursächsisch“. Preußen hat den europäischen Frieden nicht anders als vorher den deutschen Bundesfrieden zerstört. 1945 hat es auch dafür mit seiner eigenen Existenz bezahlen müssen. Was aber Hitlers Nationalsozialismus anlangt, so habe ich diesen einfach als eine Fremdherrschaft empfunden und daher die Apriltage von 1945 als Tage der Befreiung erlebt.

Wir mußten uns zunächst einer Ausgangssperre fügen, die aber bei Tage bald gelockert wurde. Ich konnte durch die Stadt gehen und mir Nachrichten

²⁷ Gedruckt in: Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle im englischen Originalwortlaut mit deutscher Übersetzung, zusammengestellt von Dr. R. Hemken, Bd. 2, Stuttgart o.J. Die Proklamation wurde im September 1944 verfaßt. Sie trat jeweils in Kraft am Tag der tatsächlichen Besetzung des jeweiligen Ortes. Der Text beginnt: „Die alliierten Streitkräfte [...] haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als ein siegreiches Heer, ...“

verschaffen. Zunächst erhielt ich noch ein amtliches Nachrichtenblatt „Die Mitteilungen“. Darin stand:

Unter der Alliierten Militärregierung kann für jeden Deutschen, der sich nichts vorzuwerfen hat und der willens ist, die Gesetze der Militärregierung zu befolgen, ein neues Leben beginnen.

Das war für mich buchstäblich wahr. Das Blatt berichtete „bisher verheimlichte“ Tatsachen, teilte mit, was mit dem Tode und was geringer bestraft werde und welche Nazigesetze aufgehoben seien. Es enthielt biographische Notizen über Eisenhower und Präsident Truman, der anstelle Roosevelts getreten war. Die erste mit Tagesdatum ausgegebene Zeitung, die ich bekommen konnte, war die „Frankfurter Presse“ Nr. 1 vom 21. April.²⁸ Sie meldete die Einnahme von Leipzig, Plauen im Vogtland und Zwickau. Auf der ersten Seite brachte sie einen Nekrolog für den am 12. April verstorbenen Präsidenten Roosevelt. Man weiß, daß dieser Tod die Hoffnungen von Goebbels und Hitler noch einmal aufflackern ließ. Aber am 21. April war das schon vorbei, und man wußte im Führerbunker der Berliner Reichskanzlei: „In zehn Tagen kommt der Tod“. Ich fand es immerhin bemerkenswert, daß ich mir, während der Tyranne noch lebte, bewußt sein konnte, daß diese Hölle überstanden war, daß man sich eines Frühlingstages erfreuen und ohne Lebensgefahr den Sonnenschein genießen konnte. Der Sonntag Jubilate am 22. April hatte gehalten, was man sich vom ihm erhofft hatte. Der Gedanke an die Ungewißheiten der Zukunft kam bei mir noch nicht auf. Hanna freilich fühlte sich fast unfähig zur Hausarbeit und war auch in Sorgen wegen unserer Ernährung, weil es kaum möglich war, Eßwaren zu kaufen. Sie ärgerte sich auch über gewisse Maßnahmen der Amerikaner, zum Beispiel, daß sie Häftlinge in engen hölzernen Käfigen an den Pranger stellten, weil das einen üblen Eindruck mache.

Auf der vierten Seite der „Frankfurter Presse“ stand die Nachricht, daß Franz von Papen, Walter Darré²⁹ und auch ein paar Fürstlichkeiten verhaftet worden seien, andere frühere Größen aber sich erschossen hätten.³⁰ Als Dokument wurde wiedergegeben die ausführliche Erwiderung Thomas Manns an die Bonner Philosophische Fakultät, als er am 18. Dezember 1936 aus der Liste der Ehrendoktoren gestrichen worden war.³¹ Seine „Ausbürgerung“ aus

²⁸ „Frankfurter Presse. Alliiertes Nachrichtenblatt der Amerikanischen 12. Heeresgruppe für die deutsche Zivilbevölkerung.“ (IfZ-Archiv, MZ 150).

²⁹ Richard Walter Darré (1895–1953), Diplomlandwirt, 1933 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 1934 Reichsbauernführer, 1942 aus allen Ämtern entlassen.

³⁰ Namentlich genannt werden die Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink-Heissmeyer, der ehemalige Polizeipräsident von Wuppertal Paul Hinkler, der Bürgermeister des Konzentrationslager-Ortes Ohrdruf, der Schulungsleiter Franz Glavemin aus Werl, der Leiter des „Völkischen Beobachters“ Max Amann, der Bürgermeister und der Vize-Bürgermeister von Leipzig.

³¹ Der Antwortbrief Thomas Manns vom 1.1.1937 ist gedruckt in: Thomas Mann, An die gesittete Welt. Politische Schriften und Reden im Exil, Frankfurt/M. 1986, S. 160–

Deutschland war schon 1933 ausgesprochen worden. Er hatte sie, da er schon im Ausland wohnte, schweigend hinnehmen können. Nach der akademischen Diffamierung wußte er etwas zu äußern, was den Deutschen viel zu wenig und eben nicht rechtzeitig gesagt worden ist: daß sie sich nämlich in „unsäglichem Unwissenheit über das, was die Weltglocke geschlagen hat“, befänden. Das war für mich, als ich es im April 1945 las, eine wesentliche Bestätigung meines eigenen, schon in Jahrzehnten gereiften Urteils. Ich glaube in der Tat, daß die deutschen Nationalisten weniger Verbrecher, als höchst fatale Ignoranten gewesen sind, aber nicht erst seit Hitler oder Papen, sondern schon um Jahrzehnte weiter zurück. Ich selber habe als Student noch nicht gehant, daß der Krieg eine ganz „falsche Rechnung“ war. Aber ich habe es wenigstens beim Kriegsausgang von 1918 begriffen. Das hat mich gegen die Hitlerei und schon gegen die Hugenbergerei vom ersten Tage an völlig immun gemacht. Ich blieb daher ohne jede Beteiligung an beiden politischen Torheiten; ich habe sie nie auch nur einen Tag als „deutsche Sachen“ anerkannt.

Für einen Glücksfall halte ich heute noch, daß Leipzig von den Amerikanern erobert worden ist, und nicht von den Russen, wenn ich auch bedauern muß, daß die Amerikaner die Monate, in denen sie Herren von Leipzig waren, nicht richtig benutzten. Sie blieben zu passiv und gaben sich nicht die Mühe, die Freunde ihrer Sache zu finden und zu ermutigen. Sie setzten einen Juristen, Dr. Vierling³², als kommissarischen Bürgermeister ein und stellten ihm einen Beirat zur Seite.³³ Aber sie gestatteten weder diesem Organ noch anderen Leuten, die gern aktiv geworden wären, eine politische Betätigung. Als das in Rußland gebildete „Nationalkomitee Freies Deutschland“ einen Versuch dazu machte, wurde es sofort daran gehindert.³⁴ Aber als dann die Russen am 2. Juli in Leipzig eingezogen waren, trat sofort die Kommunistische Partei Deutschlands auf den Plan. Die Amerikaner hätten Zeit gehabt, dafür zu sorgen, daß andere Organisationen früher da waren.

Ein Mitglied des Beirats war zum Beispiel mein Freund Dedo Müller. Aber er war nicht gerade ein berufener Politiker, wie ich aus den Mitteilungen ersah, die er mir machte. Ein besserer Informant für mich war der katholische Propst von Leipzig, Dr. Otto Spülbeck³⁵, einer der Oratorianer, der mir seit

168. Der Brief des Dekans der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn ist datiert vom 19.12.1936 (gedruckt ebd., S.160).

³² Hans Vierling (geb.1888), ab 1919 Rechtsanwalt beim Amts- und Landgericht in Leipzig, am 23.4.1945 von den Amerikanern zum Bürgermeister, am 24.5.1945 zum Oberbürgermeister berufen.

³³ Vgl. Walter L. Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß, übersetzt und herausgegeben von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973, S. 35.

³⁴ Vgl. ebd., S.34–39 und Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995, S.701–708.

³⁵ Otto Spülbeck (1904–1970), 1937–1945 Pfarrer in Leipzig-Reudnitz, 1945–1955 Propst in Leipzig, 1955 Koadjutor des Meißner Bischofs und Weihbischof, Apostolischer Administrator des Bistums Meißen, 1958 Bischof von Meißen.

meiner Konversion nahestand. Am Sonntag Cantate (29. April) erhielt ich am Kiosk auf dem Augustusplatz, der von meinem Zeitungslieferanten aus der Nazizeit wieder eingenommen war, die erste Nummer der „Hessischen Post“³⁶, die von der 12. Heeresgruppe der Amerikaner „für die deutsche Bevölkerung“ allwöchentlich herausgegeben wurde und die ich mir von nun an regelmäßig bis zum Abzug der Amerikaner beschaffen konnte. Die Nummer 2 vom 5. Mai meldete den Tod Hitlers, die „Hinrichtung“ Mussolinis und die vollständige Eroberung Berlins durch die Russen. Der Selbstmord von Goebbels wurde erst noch als Gerücht mitgeteilt, ebenso daß sich Hitler „selbst gerichtet“ habe. Über Mussolini schrieb ich schon am letzten Apriltage ins Tagebuch:

Er zeigte einst wirklich staatsmännische Ansätze, aber seit 1935 verfolgte er, sich selbst weit überschätzend, hartnäckig den Weg ins Verderben. Auf der Konferenz von Stresa³⁷ trennte er sich von England und warf sich Hitler, den er vorher verachtet hatte, in die Arme. Er verriet Österreich und überbot sich immer weiter in seiner Verblendung. Es war manchmal nicht mit anzusehen.³⁸

Am 1. Mai notierte ich, daß wir beabsichtigten, unsere eigene Wohnung im 3. Stock wiederherzurichten. Denn sie war, nachdem das Haus schon in der Kriegszeit ein provisorisches Dach erhalten hatte, nicht so sehr beschädigt, daß die Herstellung unmöglich gewesen wäre. Über unsre Stimmung schrieb ich am 1. Mai:

Das vorherrschende Gefühl ist, daß wir nach der zwölfjährigen Barbarei des tyrannischen Hochstaplers wieder aufleben und eine Zukunft haben. Die neue Fremdherrschaft ist zwar nicht gut, aber die geistige Bewegungsfreiheit wird doch wieder begründet.³⁹

Natürlich hofften wir damals, unter amerikanischer Herrschaft zu bleiben, wenn es auch gewisse Anzeichen gab, daß es anders kommen könnte. Daß die Amerikaner keine politische Aktivität zuließen, gab mir bald zu denken. Ich bemühte mich, wenigstens zur Vorbereitung solcher Aktivität persönliche Beziehungen anzuknüpfen. Durch den Studienrat Mehlhorn, der früher in Bautzen gewesen war, suchte ich andere Bekannte zu gewinnen. Der wichtigste war der Studienrat Ernst Eichelbaum⁴⁰, der an der Thomasschule einer

³⁶ „Hessische Post“, hrsg. von der amerikanischen Armee. Nr. 1 vom 28. 4. 1945 (IfZ-Archiv, Z 1256).

³⁷ Auf der Konferenz von Stresa, 11.–14. 4. 1935, sprachen sich die Ministerpräsidenten der teilnehmenden Staaten Italien, Frankreich und Großbritannien gegen die einseitige Kündigung von Verträgen aus.

³⁸ IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebucheintragung vom 30. 4. 1945, S. 46.

³⁹ Ebd., Tagebucheintragung vom 1. 5. 1945, S. 47.

⁴⁰ Ernst Eichelbaum (1893–1991), 1919–1943 Lehrer an der Thomasschule in Leipzig, Mitbegründer der CDU in Leipzig, 1945–1948 Stadtverordneter und 2. Bürgermeister

der Lehrer meines Sohnes gewesen, aber vor zwei Jahren wegen eines Konflikts über seinen Religionsunterricht entlassen worden war. Er wurde nach der Gründung der CDU einer der wichtigsten meiner politischen Freunde. Ein ausführliches klärendes Gespräch hatte ich am 7. Mai mit Heinrich Becker⁴¹, dem Prokuristen des Verlags Harrassowitz, vor 1933 Ministerialrat im preußischen Kultusministerium, der als Sozialdemokrat hier die Richtung der „christlichen Sozialisten“ vertreten hatte. Seinem Bekenntnis nach rechnete er sich zu den Quäkern. In ihm lernte ich einen vortrefflichen Mann kennen, der auf die Kulturpolitik schon ehemals Einfluß gehabt hatte und jetzt entschlossen war, die höhere Schule nicht wieder den privilegiert akademischen Interessen der durchschnittlichen Studienräte auszuliefern. Ich hatte Becker schon während des Krieges kennengelernt. Damals hatte der Plan bestanden, mit ihm und Dedo Müller zu weltanschaulichem Gedankenaustausch gelegentlich zusammenzukommen und als vierten den Dr. Erich Zeigner, den Präsidenten der sächsischen Linksregierung von 1923, zuzuziehen, gewiß ebenfalls einen interessanten Mann.

Gegenwärtig wollte nun Becker verhindern, daß die Stelle eines Leipziger Stadtschulrats nach den Vorschlägen einer Gruppe von Studienräten besetzt würde, die unter Führung des Studienrats Lösche standen. Dieser gehörte, weil er Vorsitzender der Goethesellschaft war, zur Leipziger Prominenz. Becker ärgerte sich darüber, daß Dedo Müller gern ein wenig den Königsmacher in der Schulpolitik spielen wollte und dabei den Herrn Lösche begünstigte, obwohl er Mitglied der NSDAP gewesen war. Becker meinte, solche Leute sollten in der neuen Kulturpolitik in Leipzig keine Rolle mehr spielen, und ich stimmte ihm zu. Dedo Müller, der in Vierlings Beirat saß, hatte politisch keine glückliche Hand. Auch Propst Spülbeck war dieser Meinung. Ich selbst hatte in zwei Gesprächen mit Lösche keinen angenehmen Eindruck. Er beschwerte sich prompt über meine „Schroffheit“. Diese war aber berechtigt, denn er hatte mir in recht arrogantem Tone erklärt, PG, d. h. nazistischer Parteigenosse, sei doch jeder aktiv tätige Bürger gewesen, die Übrigen seien sowieso die Unbrauchbaren, und ohne PGs werde man in der Bonzenwirtschaft versumpfen. Das war mir natürlich in die Nase gefahren, und ich war deshalb verstimmt auch gegen Müller. Ich fand es ziemlich verständnislos, daß er mich fragte, ob ich Schulrat für die Volksschulen werden wolle. Denn er hätte doch wissen können, daß ich keine bürokratische Stellung anstrebte, am wenigsten im Volksschulwesen, von dem ich nichts verstand. Um einen neuen Brotberuf mußte ich mich freilich kümmern, denn mein Ruhegehalt war mit dem Kriegsausgang dahin. Im April 1945 hatte ich es zum letzten Male erhalten; im Mai

von Leipzig, 1949–1957 Oberstudiendirektor in Wuppertal, 1952–1963 Bundesvorsitzender des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge, 1957–1965 MdB.

⁴¹ Heinrich Becker (geb. 1891), 1930–1933 Ministerialrat im preußischen Kultusministerium, ca. 1950–1970 Leiter bzw. Direktor des Bibliographischen Instituts Markkleeberg bei Leipzig.

war es ausgeblieben. Die Bankkonten wurden von der amerikanischen Militärregierung gesperrt. Glücklicherweise hatte ich aber vorgesorgt und besaß vorläufig genug Geld in meinem Schreibtischfach. Vorläufig konnte ich auch noch Verlagsleiter im Hause Brandstetter bleiben. Doch würde ich diese Stellung ja aufgeben müssen, wenn Dr. Wild zurückkehrte.

Eine Aufgabe, die ich sofort angreifen konnte, war die, den Heller-Verlag wieder in Gang zu bringen. Für Tauchnitz konnte ich die Erlaubnis zum Neudruck eines englischen Wörterbuchs erwirken. Dem Heller-Verlag wollte ich vor allem seinen alten Namen „Verlag Jakob Hegner“ zurückgeben. Von Hegner selbst war nicht anzunehmen, daß er nach Leipzig zurückkehren werde. Er hatte, wie ich erzählt habe, 1936 auswandern müssen, und hatte in Wien den Thomas-Verlag gegründet. Hier brachte er im Herbst 1937 ein aufsehenerregendes Buch heraus: „Dreimal Österreich“ des Bundeskanzlers Schuschnigg.⁴² Gerade das dürfte dazu beigetragen haben, daß er nach dem Einrücken der Hitlertruppen im März 1938 verhaftet wurde. Man ließ ihn aber wieder frei gegen sein Versprechen, nach England auszuwandern. Auf der Reise kam er durch Leipzig und besuchte mich auf der Schreiberstraße. Er ging nach London, doch erfuhr ich über sein Leben während der Kriegszeit nichts.

Mitte Juni 1945 erhielt ich zum ersten Male von einem früheren Hegnerautor, Julius Overhoff⁴³, ein Lebenszeichen. Es gab noch keinen Postverkehr, aber durch private Vermittlung erreichte mich der am 6. Juni in Frankfurt geschriebene Brief am 15. Overhoff erkundigte sich nach Hegner und Dr. Wild und außerdem nach dem Schicksal des Suhrkamp-Verlags. Diesem hatte er seine Dichtung „Griechische Familienbriefe“ oder „Briefe aus Megara“⁴⁴ anvertraut, gegen deren Veröffentlichung in der Nazizeit vorher der Heller-Verlag gewisse Bedenken gehabt hatte. Ich beantwortete Overhoffs Brief mit allen Angaben, die ich machen konnte. Vor allem konnte ich ihm mitteilen, daß der alte Name des Hegner-Verlags wiederhergestellt worden sei.

Das war nicht leicht gewesen. Rechtsanwalt Schärfl, der juristische Berater der Firma Brandstetter, hatte Bedenken gehabt. Ich konnte aber die Namensänderung mit Hilfe Propst Spülbecks bei der Militärregierung durchsetzen. Wir erhielten auch die Erlaubnis, als erste Veröffentlichung den Druck liturgischer Texte der Oratorianer vorzubereiten. Die Kirchen in Deutschland waren die einzigen Organisationen, denen die Amerikaner nicht mißtrauten. Das war sehr charakteristisch für die Lage, in der wir uns befanden. Ich erhielt eines Tages im Verlag den Besuch eines amerikanischen Offiziers, der in wahre Begeisterung geriet, als ich ihm erzählte, daß ich zu Hause unter meinen Büchern auch solche von jüdischen Autoren besäße. Er sagte, das müsse er sofort nach Amerika berichten; das werde bei seinen Bekannten großen Eindruck machen. Denn in Amerika sei allgemein die Meinung verbreitet, daß die Deut-

⁴² Kurt von Schuschnigg, *Dreimal Österreich*, Wien 1937.

⁴³ Julius Overhoff (1898–1977), Dichter und Schriftsteller.

⁴⁴ Julius Overhoff, *Eine Familie aus Megara*, Berlin 1946.

schen blind und untertänig alle Vernichtungsbefehle der Naziregierung ausgeführt hätten. Daß solche Pauschalurteile bestanden, hinderte leider auch die Militärregierung daran, sich Sympathien zu erwerben, die ihr sonst gern entgegengebracht worden wären. Ich geriet einmal in der amerikanischen Kommandantur gemeinsam mit einigen andern Petenten an einen Militärgeistlichen, der uns mit einer ganz unsachlichen Strafpredigt abspesen wollte, die die meisten nicht einmal verstehen konnten. Das war natürlich eine sehr verkehrte Politik.

Der Briefvermittler, der meine Verbindung mit Overhoff ermöglichte, gab mir auch Gelegenheit, einen Brief Bergsträbers zu beantworten, der mich ebenfalls auf besonderem Wege erreicht hatte. Bergsträber war in Darmstadt als Regierungspräsident für die hessischen Provinzen Starkenburg und Oberhessen eingesetzt worden. Er schrieb, daß er sogar Aussicht habe, Oberpräsident in Kassel zu werden. In diesem Falle könne er einen Schulmann brauchen, um das Unterrichtswesen zu reorganisieren. Ob ich dann vielleicht diesen Posten übernehmen würde? Ich antwortete ihm zunächst am 12. Juni mit dem Hinweis, daß Leipzig vielleicht an die Russen kommen werde und daß es mir dann lieb sei, nach dem Westen überzusiedeln. Vielleicht könnte versucht werden, eine Filiale des Hegner-Verlags nach Frankfurt zu verlegen, falls es gelinge, die Genehmigung der Militärregierung dafür zu erhalten. Ich traute den Amerikanern zu, daß sie einsehen könnten, daß das für sie vorteilhaft sein werde, mit einem so völlig antinazistischen Verlag wie Hegner zusammenzuarbeiten. Aber da hatte ich mich getäuscht. Es war aussichtslos, auf der Kommandantur für so etwas Verständnis zu finden. Ich schrieb am 17. Juni gleich noch einen zweiten Brief an Bergsträber, in dem ich ihm das mitteilte. Wenn aber aus der Berufung nach Kassel etwas werden sollte, würde ich kommen. Es wurde nichts daraus, denn Bergsträber selbst kam nicht nach Kassel, sondern blieb in seinem Amt in Darmstadt.

Inzwischen wollte ich aber keine Zeit verlieren zu tun, was ich eigentlich vorhatte, nämlich mich an der Philosophischen Fakultät in Leipzig zu habilitieren. Am 15. Juni hatte ich eine Unterredung mit dem Dekan Professor Gadamer.⁴⁵ Sie verlief sehr günstig. Wir waren schon lange miteinander bekannt. Ich war durch meine Mitgliedschaft im Institut für Kultur- und Universalgeschichte seit mehr als zehn Jahren bereits in die Universitätskreise aufgenommen. Interessierte Professoren der Philosophischen, aber auch der Juristischen Fakultät veranstalteten in vielen Semestern im Institut ein regelmäßiges Kolloquium über wissenschaftliche Fragen, zu dem ich als Teilnehmer zugelassen wurde. Ich hatte auch Gelegenheit, mich an den Diskussionen zu betei-

⁴⁵ Hans-Georg Gadamer (geb. 1900), Philosoph, 1937 Professor in Marburg, 1939 in Leipzig, 1947 in Frankfurt/M., 1949 in Heidelberg, 1968 emeritiert, 1947 provisorischer Vorstand der Ortsgruppe Leipzig der Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft, 1947 Vorsitzender der sächsischen Landesleitung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands.

gen. Professoren wie Gadamer, Heimpel⁴⁶, Hans Freyer⁴⁷ und andere behandelten mich ganz kollegial. Freyer, der Institutsdirektor, war übrigens gleich mir Abiturient des ehemaligen Königlichen Gymnasiums in Dresden. Wir waren schon seit der Schulzeit bekannt, wenn auch nicht näher. Man dürfte von mir gewußt haben, daß ich mich habilitieren wollte, und hatte Verständnis dafür, daß ich das unter der Nazierrschaft unterließ. Gadamer jedenfalls begrüßte mich gleich damit, daß er meinen Besuch erwartet habe. Er hatte nur gedacht, ich würde die *venia legendi* für Philosophie erstreben. Ich sagte ihm aber, daß ich fachlich doch Historiker sei. Meine Geschichte der „Kölnischen Zeitung“ entsprach den Ansprüchen, die man an eine Habilitationsschrift stellt, am besten. Darum wollte ich die *venia* für Geschichte haben. Er bat mich um eine Eingabe an ihn als Dekan, die Aufschluß gebe über meine wissenschaftliche Produktion: Bücher und wichtige Aufsätze. Den Brief, in dem die Titel aufgezählt waren, schickte ich ihm bereits am 20. Juni zu. Damit war die Sache eingeleitet. Zum Referenten über meine Habilitationsschrift wurde Professor Freyer bestimmt. Ein amtliches Gesundheitszeugnis konnte ich bald nachreichen. Aber inzwischen wechselte in Leipzig die Besatzungsmacht.

[...] ⁴⁸

Meine persönlichen Stimmungen und Erlebnisse in der Übergangszeit von der amerikanischen zur russischen Herrschaft kann ich am besten durch Anführung von Abschnitten aus dem Tagebuch darstellen⁴⁹:

20. Juni: Heute zu Rad bei Sinz in Hohendorf; hin und zurück über 50 Kilometer. Es gab Kartoffeln, etwas Mehl, Erbsen, Eier, Obst. Die amerikanische Kontrolle bei Grotzsch habe ich sorgfältig umfahren. Dort hätte man mir bestimmt die Beute wieder abgenommen. Ich bog also sofort zum Bahnhof Grotzsch ab und fuhr über Göllwitz. Zurück über Oellschütz, Droßkau, Pödelwitz, Leipen, Priegel, Peres und Pulgar nach Zwenkau, wo man in Sicherheit ist. Das Wetter war sehr schön, die Saaten stehen gut. Sinz war erfreut; sein polnischer Schwiegersohn ist nach Westen fort zur dortigen polnischen Armee. Im Radio Nachrichten, die nach völliger Vertreibung der Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und Böhmen aussehen. Wenn jetzt das Meißner Land zur Tschechoslowakei käme, so wäre das ein Mittel, die Stellung des Volksdeutschtums wiederherzustellen. Die Lausitz wird in Prag sowieso verlangt.

⁴⁶ Hermann Heimpel (1901–1988), 1931 Professor für Mittelalterliche und Neuere Geschichte in Freiburg i.Br., 1934 in Leipzig, 1941 in Straßburg, 1946 in Göttingen, 1956 Direktor des Max-Planck-Instituts für Geschichte in Göttingen.

⁴⁷ Hans Freyer (1887–1969), Philosoph und Soziologe, 1922–1925 Professor für Philosophie in Kiel, 1925–1947 für Soziologie in Leipzig, danach Verlagsarbeit, 1952–1955 verschiedene Gastprofessuren, 1955–1963 Professor in Münster.

⁴⁸ Auslassung: 4 Seiten. Über das preußisch-russische Verhältnis im 18. und 19. Jahrhundert.

⁴⁹ Das folgende IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebuch 1945, S. 31–37 (mit Auslassungen).

21. Juni: Unsre Kartoffel- und Fettvorräte sind gleicherweise ergänzt worden durch Sinz und durch eine neue Sendung aus Aue. Brief von da vom 18. Aue ist unter russischer Regierung; es ist alles in Ordnung geblieben. Osteuropäische Zeit ist eingeführt, die noch eine Stunde mehr vorgeht als unsre Sommerzeit. Wir müssen das auch erwarten, da doch wahrscheinlich die Russen zu uns kommen. Der heutige Tag, für den der Wechsel angekündigt war, ist noch vorübergegangen. Einige amerikanische Truppenteile sind abgezogen, aber andere sind noch da.

22. Juni: Die Zeit der längsten Tage ist gekommen. Heute ist auch der Jahrestag des verhängnisvollen Angriffs auf Rußland, den Hitler wagte. Warum hat er ihn gewagt, statt in Nordafrika bis zum Suezkanal vorzudringen und den Weg Alexanders des Großen⁵⁰ nach Indien zu suchen? Dieser Tag hat am meisten dazu beigetragen, Hitlers Werk zur Episode zu machen. Heute ist diese Episode schon vorüber. „Schon“ im Sinne der Geschichte. Für mein Leben hat sie fast allzu lange gedauert. Es dauert überhaupt alles entsetzlich lange: daß von Hans oder von Lore keine Nachricht kommt und daß dieser Schwebezustand in Leipzig anhält, bei dem wir nicht wissen, ob die Amerikaner über Nacht abziehen und die Russen das Regime übernehmen, ob die Wirtschaft und das öffentliche und geistige Leben wieder in Gang kommen oder tot bleiben sollen. Im Hegner- und Tauchnitz-Verlag festigt sich im ganzen meine Position. Von Wild und Krause-Brandstetter wird nicht erwartet, daß sie nach Leipzig zurückkehren, sondern daß sie eher Zweigniederlassungen im Süden oder Westen aufmachen werden. So bleibt die Leipziger Tätigkeit bis auf weiteres bei mir. Doch wünschte ich mir weit mehr, Bergsträßer beriefe mich in den hessischen Dienst oder die Leipziger Fakultät gäbe mir einen Lehrauftrag für Parteigeschichte. Im Börsenverein lernte ich Herrn Schultz kennen und hatte ein vertrauliches Gespräch mit ihm, das mir zeigte, wie ratlos die Organisation der Buchhändler ist.

23. Juni: Ich fühle mich ernstlich erholungsbedürftig. Letzte Nacht ging mir der Gedanke an die kommende russische Besetzung durch die Seele. Nicht daß ich die Russen fürchte. Ich fürchte nur, die Chance zu verlieren, nach Westdeutschland zu reisen. Aber vielleicht ist die Leipziger Philosophische Fakultät die bessere Chance. Oder ist alles Täuschung, und ich bleibe ein Unbekannter?

26. Juni: Im Rathaus mit Heinrich Becker zusammen Audienz bei Dr. Zeigner, der jetzt gewissermaßen der Kultusminister der Stadt ist. Feiner alter Herr. Kennt den Hegner-Verlag und steht P. Arkenau⁵¹ nahe. Ich trug ihm meine Absicht vor, mich um die *venia legendi* für Geschichte zu bewerben. Nach einigen Ausführungen interessierte ihn das. Er schrieb sich meinen Namen und die Adresse auf. Von dieser Fühlungnahme wird Becker den Dekan Gadamer unterrichten, was meiner Bewerbung wohl gut bekom-

⁵⁰ Alexander der Große (356–323 v. Chr.), 336–323 v. Chr. König von Makedonien.

⁵¹ Aurelius Arkenau (1900–1991), Dominikanerpater, 1928–1932 Seelsorger in Köln, 1932–1934 Präfekt an der Ordens- und Missionsschule der Dominikaner in Vechta, 1934 bis Anfang der 40er Jahre Seelsorger in Berlin-Moabit, 1937–1940 Prior des Dominikanerkonvents St. Paulus, 1943 Anstaltspfarrer im Leipziger Frauengefängnis, 1946 Seelsorger in Köln, Düsseldorf und Worms.

men wird. Zeigner, der sächsische Ministerpräsident von 1923, hat mir bedeutenden Eindruck gemacht. Offenbar ist er, gerade weil er über den Durchschnitt ist, damals so angefeindet worden.

29. Juni: Ich war seit gestern krank, weil der Darm streikte. Heute abend geht mir's aber besser. Der Appetit ist wieder da, und ein wenig mehr als Ende Mai haben wir ja zu essen.

Wegen dieser Bemerkung im Tagebuch möchte ich rückschauend hier einflechten, daß der 29. Mai ein Tag war, wo Hanna völlig verzweifelt in der Küche stand, weil absolut nichts Eßbares mehr im Hause war. Ich suchte vergeblich, sie zu trösten. In diesem Augenblick klingelte es an der Wohnungstür. Wir bekamen Besuch von Frau Reichsgerichtsrat Schäfer von nebenan. Sie brachte uns spontan vier Pfund Kartoffeln und mehrere Pfund Möhren. Die Szene glich wirklich einem kleinen Wunder. Wir bekamen in der nächsten Zeit noch von anderen kleine Lieferungen, darunter von Langbein sieben Pfund von einem halben Zentner, den er für sich aufgetrieben hatte. Er erhielt dafür von uns eine kleine Flasche Cognac zur Aufmunterung für seinen Lieferanten. Diese Aushilfen sind erwähnenswert, weil sie zeigen, wie schwierig es doch war, sich durch die Wochen der amerikanischen Besetzung durchzuschlagen. Die Russen führten dann ein System von Lebensmittelkarten ein, von dem ich bald merkte, daß die Staffellung der Karten für „Arbeiter“, „Angestellte“ und „Sonstige“ recht wenig moralisch war.

Erst in den letzten Tagen vor dem Abzug wurde die amerikanische Kommandantur plötzlich großzügig, zum Beispiel in der Erteilung einer Druckerlaubnis. Am 30. Juni bewilligte mir bei meinem letzten Besuche in der Kommandantur der Captain Lester für die Firma Brandstetter den Druck von 30000 Exemplaren des englisch-deutschen Lexikons von Wesely. Damit war der Gesamtbetrieb auf Wochen hinaus mit Arbeit versorgt. Justus Brandstetter⁵² und Dr. Würfel waren deshalb außerordentlich zufrieden mit meiner Tätigkeit. Würfel zeigte sogar Interesse für meine Bücher. Einstweilen war ich also in meiner Stellung als Verlagsleiter gesichert, und man bezahlte mir gern das laufende Monatsgehalt. Es war die Jahreszeit, in der ich früher an eine Sommerreise zu denken pflegte.

Aber die Schweiz liegt jetzt in unendlicher Ferne. Die politische Lage erschien jetzt ein wenig entspannt. Sowjetisiert, so hörte ich, soll Deutschland nicht werden. Auch die Kommunisten sind für demokratische Wahlen.⁵³

Am 2. Juli wurde es wahr, daß die Russen als Besatzungsmacht in Leipzig einrückten. Ich schrieb ins Tagebuch:

2. Juli: Ein Glück, daß gestern der Sonntag noch ruhig verlief. Denn der heutige Tag war doch aufregend. Die Amerikaner waren über Nacht bis auf ge-

⁵² Justus Brandstetter (geb. 1884), 1909 Eintritt in die väterliche Oscar Brandstetter Druckerei.

⁵³ IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebucheintragung vom 30. 6. 1945, S. 38.

ringe Reste verschwunden. Ich sah vom Bürofenster aus lange Kolonnen Infanterie und Panjewagen durch die Dresdner Straße ziehen. Die Motorisierung ist viel geringer als bei den Amerikanern. Ich hatte vormittags eine lange Unterredung mit Heinrich Becker; dann eine ebensolange mit Propst Spülbeck. Zwischendrin habe ich an den „Antifaschistischen Block“ einen kurzen Brief geschrieben, um ihm mein Interesse zu bekunden. Der Propst ist damit einverstanden, während er das Hervortreten des P. Arkenau, als eines Geistlichen, zu weitgehend findet. Leider macht sich deutscher kommunistischer Mob hie und da unangenehm bemerkbar. Hanna war heute sehr betroffen, und mir fiel es nicht leicht, sie zu trösten. Es war wie am 29. Mai, als wir nichts zu essen hatten. Die Amerikaner hätten ein viel besseres Andenken hinterlassen, wenn sie nicht ein Vierteljahr lang tatenlos hätten alles gehen lassen, wie es ging. Ich höre, daß Vierling als Bürgermeister zurückgetreten, und daß Zeigner⁵⁴ in seine Stellung eingerückt ist.⁵⁵

Auch der bisherige Polizeipräsident Heinrich Fleißner⁵⁶ hatte sein Amt abgegeben. Mit ihm, einem alten Sozialdemokraten, hatte ich Anfang Juni in Führung zu kommen gesucht; aber es war mir nicht gelungen. Um so wichtiger wurde mir jetzt die gute Verbindung mit Heinrich Becker. Glücklicherweise funktionierten die Telefone, die einige Zeit stillgelegt wurden, sehr bald wieder. Man spürte Veränderung im öffentlichen Leben.

3. Juli: Die Amerikaner haben jede geistige Regung niedergehalten. Sie haben sich auf den Gedanken festgelegt, daß das deutsche Volk selbst schuldig sei, und denken nicht daran, daß es vielmehr durch Terror und Propaganda unterdrückt und überschrien worden ist. Sachsen ist 1866 nicht anders vergewaltigt worden als 1938 Österreich. Der Westen hat kein Interesse für die Widersprüche in der deutschen Seele und begeht hier einen entscheidenden Fehler. Die Russen werden uns – auf ihre Art – vermutlich wirklich befreien. Diese Vermutung kam mir manchmal schon früher.⁵⁷

Ich übernehme hier diese Stelle, weil sie zeigt, daß mir der Gedanke, die russische Besetzung könne zum Ansatz einer Revision des deutschen Geschichtsverständnisses werden, von allem Anfang an nicht fernlag. Könnte es nicht so kommen, daß sie zum Ende des Bismarck-Reiches führte und damit wieder Raum schuf für stärkere Auswirkungen der kursächsischen Geschichte? Die Amerikaner zogen sich aufgrund der interalliierten Vereinbarungen bis über die Werra zurück. Was sie jetzt den Russen überlieferten, war der gesamte Raum, auf dem sich einst die kursächsische Geschichte abgespielt hatte. Dieser Raum war im 19. Jahrhundert nur zum Teil preußisch geworden. Preußen

⁵⁴ Zeigner wurde am 16. 7. 1945 zum Oberbürgermeister ernannt.

⁵⁵ IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebuch 1945, S. 39/40.

⁵⁶ Heinrich Fleißner (1888–1959), 1923–1933 Polizeipräsident in Leipzig, Mai–August 1945 erneut Polizeipräsident, dann in den Ruhestand versetzt.

⁵⁷ IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebuch 1945, S. 40/41.

aber hatte seit der Vertreibung der Deutschen aus dem größten Teil Ostelbiens faktisch schon aufgehört zu bestehen. Dagegen rückten die einst kursächsischen Gebiete nun wieder zusammen. Der „Freistaat Sachsen“ wurde, seit die Oder/Neiße-Grenze gezogen worden war, um die diesseits der Neiße gelegenen Teile der Oberlausitz vergrößert, vor allem durch die alte „Sechsstadt“ Görlitz, die die Preußen 1815 annektiert hatten. Die thüringischen und provinzsächsischen Gebiete rückten innerhalb der „Ostzone“ wieder nahe an den Freistaat Sachsen heran. Niemand konnte wissen, wie sich das in der zukünftigen Geschichte einmal auswirken könnte. Ich will aber hier betonen, daß für mich in dieser territorialen Neugestaltung ein Trost lag. Die oben zitierte Tagesbuchstelle zeigt, daß mir das mit dem Tage, wo die Rote Armee zum Völkerschlachtdenkmal kam, bewußt wurde. Es öffentlich auszusprechen, kam allerdings nicht in Frage, denn es war vorerst nichts als reine Spekulation in eine noch völlig dunkle Zukunft hinein.

Am 5. Juli abends rief mich Dr. Spülbeck an, um mich für den nächsten Sonntagnachmittag zu einer Vorbesprechung über die Gründung einer „christlichsozialen“ Partei einzuladen. Die Russen hätten allen „antifaschistischen“ Parteien erlaubt, wieder tätig zu werden. War es nicht also wirklich so, als sollten uns einige Freiheitsregungen wieder gestattet werden? Ich war hoffnungsvoll gestimmt und sagte dem Propst meine Teilnahme an der Sache zu.

Die Versammlung vom 8. Juli tagte ganz in der Nähe meiner Wohnung im Hause des Baumeisters Peuser auf der Elsterstraße. Ich traf mehrere Dutzend Leute an, die mir unbekannt waren. Am Vorstandstische saßen außer Herrn Peuser der Kaufmann Pudor⁵⁸, der in der Weimarer Republik der Führer der Leipziger Liberalen gewesen war, ein Gewerkschaftler namens Schneider⁵⁹ und der Dominikaner P. Aurelius Arkenau, den ich bei dieser Gelegenheit auch zum ersten Male sah. Er verwaltete ein katholisches Pfarramt im Vorort Wahren. Nur gehört hatte ich schon öfters von ihm. Er hatte, was unser Propst nicht ganz billigte, Verbindungen mit den Kommunisten, weil er ihnen in der Nazizeit mehrmals geholfen hatte. Er hatte z. B. einem ihrer Führer zur Flucht verholfen. Wahrscheinlich war er der politische Kopf, auf den die Einberufung der Versammlung zurückging. Denn der Baumeister Peuser war von ihm beeinflußt. Er stand den Dominikanern nahe, weil er für sie in Berlin ein Haus gebaut hatte. In der Versammlung vom 8. Juli aber dominierten die Liberalen, wie das in Leipzig zu erwarten war. Um so mehr war ich bemüht, von der ersten Stunde an Einfluß zu nehmen. Von mir kam der Vorschlag, die zu gründende Partei als die „Demokratische Partei Deutschlands“ (DPD) zu bezeichnen, weil es gut sei, die Analogie zur SPD und KPD zu betonen. Der Vorschlag wurde angenom-

⁵⁸ Richard Pudor.

⁵⁹ Georg Schneider (1892–1977), 1926–1933 Provinzialverwaltungsrat in Ratibor, Mitbegründer der CDU in Leipzig, 1946–1947 Landesgeschäftsführer der CDU Thüringen, 1948–1960 Mitglied des Hauptvorstandes der Deutschen Angestelltengewerkschaft, seit 1951 deren stellvertretender Bundesvorsitzender, 1953–1965 MdB.

men. Es wurde ein Gründungsausschuß von 18 Mitgliedern gebildet, in den ich hineingewählt wurde. Er trat zwei Tage später in den Geschäftsräumen von Pudor zusammen, die in der Innenstadt lagen. In dieser waren ja viele Häuser zerstört oder beschädigt, aber manche waren auch erhalten geblieben.

Die Initiative ging also vorwiegend von Katholiken aus: erst von Arkenau und dann von mir. Irgendwelche Spannungen zur evangelischen Konfession konnten unter den gegebenen Verhältnissen natürlich nicht auftreten. Wohl aber kann man von einem Versuch sprechen, den Liberalen zuzukommen. Trotzdem aber konnte man eigentlich nicht von einer „christlichsozialen“ Partei sprechen. Wir wollten versuchen, alle nichtsozialistischen Bürger politisch zu organisieren. Ich wollte den Fehler vermeiden, der in der Weimarer Republik gemacht worden war, wo man fast durchgängig das Parteiensystem aus dem Kaiserreich aufrechterhalten hatte. [...] ⁶⁰ Ein neuer parlamentarischer Staat bedarf neuer politischer Parteien. Ich bleibe darum überzeugt, daß gerade mit der Gründung der Demokratischen Partei in Leipzig der richtige Weg betreten wurde. Nur ist es sehr bezeichnend, daß wir gerade daran von der sowjetischen Militärregierung gehindert worden sind. Ich werde darauf noch zu sprechen kommen, muß nur hier erst noch den weiteren Verlauf unsrer Leipziger Parteigründung berichten.

Bei der Sitzung in den Räumen Pudors vom 10. Juli skizzierte ich einen Aufruf, mit dem wir uns an die Öffentlichkeit zu wenden hätten. Ich stieß damit auf starken Widerspruch, aber nach längerer Debatte ergab sich doch, daß die Mehrheit meine Gedanken erwägenswert fand. Ich wurde beauftragt, meinen Aufruf auszuarbeiten, und in der Sitzung vom 14. Juli wurde er trotz der Einwendungen einiger Herren aus der Wirtschaft gutgeheißen. Es wurde ein Redaktionskomitee gebildet, das ihn in die endgültige Form bringen sollte. Von diesem wurden schließlich alle meine Formulierungen angenommen. Nur ein einziger Satz wurde auf Antrag des Freiherrn von Stoltzenberg ⁶¹, offenbar eines schwarzrotgoldenen Liberalen, eingefügt. Ich gebe hier das Dokument in seiner parteioffiziell gebilligten Fassung im Wortlaut wieder:

Aufruf

der Demokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Leipzig. Männer und Frauen in Stadt und Land! Deutsche Jugend! Nach mehr als zwölf Jahren Gewissenszwang ist das deutsche Volk aufgerufen, sein durch wahnwitzige Machtpolitik von Grund auf zerstörtes Gemeinwesen neu zu bauen.

Was uns hinterlassen wurde, sind Trümmer und Chaos: die Trümmer unsrer Arbeitsstätten, Wohnungen und Kulturdenkmäler und das Chaos des wirt-

⁶⁰ Auslassung: 7 Zeilen. Hinweis auf die sächsischen Landtagswahlen von 1926.

⁶¹ Wilhelm von Stoltzenberg (1895–1955), Rechtsanwalt, ab 1945 LDP-Mitglied, 1946 Vorsitzender des Kreisverbandes Leipzig und Mitglied des Zentralvorstandes der LDP Sachsen, 1947–1949 Bezirksverbandsbeisitzer, ab 1949 Beisitzer des Landesvorstandes der LDP Sachsen, 1946–1952 MdL in Sachsen, 1949–1950 Staatssekretär im Ministerium für Aufbau der DDR, 1950–1953 Präsident des Landesverwaltungsgerichtes Thüringen.

schaftlichen und geistigen Lebens. Unsre Sache ist es, aus dieser entsetzlichen Katastrophe wieder einen Weg zur Klarheit und Ordnung zu finden. Für den Krieg, den Hitler entfesselt hat, werden wir alle mitverantwortlich gemacht. Europa erwartet von uns, daß wir uns nicht fernerhin vom Völkerrecht ausschließen, sondern uns einfügen in eine Welt, die sich auf der Grundlage des Bundes der Vereinigten Nationen erneuern und befrieden will.

Der Hebel, mit dem der Nationalsozialismus das Bestehende zum Einsturz brachte, war die schrankenlose und willkürliche Diktatur seiner Partei. Die Grundbedingung des Neuaufbaus ist also die Absage an solche Diktatur und die Wiederherstellung der natürlichen Kräfte der politischen Willensbildung.

Diese natürlichen Ströme fließen zusammen in der Gesamtvertretung der antifaschistischen Parteien. Unentbehrlich ist unter ihnen der Strom jener bewußt demokratischen Kräfte, die von den früheren republikanischen Mittelparteien herkommen. In dem Raume, den sie ausfüllten, darf keine Lücke bleiben, weil hier so viele lebendige Kräfte ihren Schwerpunkt haben, die Deutschland jetzt in seiner Not am wenigsten entbehren kann. Darum tritt an diese Stelle die

Demokratische Partei Deutschlands

In ihrem Namen rufen wir zu uns den Arbeiter, den Bauern, den Bürger, unsre altbewährten Mitkämpfer und die Jugend, die gewillt ist, sich von der oberflächlichen Romantik der Soldatenspieler und von der Denkfaulheit des Kadavergehorsams abzuwenden und dem leuchtenden Ideal der politischen Freiheit zuzustreben. Das Banner der Freiheit und Einheit des Reiches, für die im Jahre 1848 die Väter der Demokratie ihr Blut gaben, ist das unsere. Welches sind die Güter, die wir wieder erlangen und für immer festhalten wollen?

Fragt euch, was ihr unter Hitlers Tyrannei habt entbehren müssen, dann werdet ihr selbst finden, was wir uns zu sichern haben. Vornehmlich sind es sieben Dinge: Freies Wort und sicheres Recht, gerechten Lohn und billiges Brot, kaufkräftiges Geld, einen friedlichen Staat und religiösen Geist.

Freies Wort:

Zwölf Jahre war das Wort in Ketten geschlagen. Schon der Gedanke, ehe er ausgesprochen wurde, sollte in Uniform gepreßt werden. Jede selbständige Urteilsbildung durch Rundfunk oder Schriften wurde zum Verbrechen gestempelt, nur das überlaute Mundwerk der Propaganda war frei, und schlimmer noch: das giftige Wort des Denunzianten. Vergeßt nicht, wie unsittlich und eines großen Volkes unwürdig dieser gegenseitige Verkehr im Flüsterton und mit scheuen Blicken nach rechts und links gewesen ist! Darum proklamieren wir wieder die freie Presse, die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, die Freiheit des Forschens und Glaubens!

Sicheres Recht:

Die verheerende Unsicherheit des Rechts unter der Naziherrschaft haben wir alle gespürt. Es war eine orientalische Despotie, im grellen Widerspruch zum germanischen Geist, den die Nazis anpriesen! Wir haben ein Leben der Furcht geführt, und die Greuel der Konzentrationslager haben uns vor aller Welt entehrt!

Gerechten Lohn:

Der Nationalsozialismus prahlte mit „Schönheit der Arbeit“ und „Kraft durch Freude“. In Wirklichkeit kam es ihm nur an auf äußerste Ausbeutung

für den Krieg. Man verteilte Zuckerbrot, um bald desto rücksichtsloser die Peitsche zu schwingen. Willkürliche Vergünstigungen sind kein gerechter Lohn. Sie demoralisieren den Arbeiter. Das neue Deutschland wird sozial sein. Es wird klare Ansprüche auf Erholung und Fürsorge anerkennen.

Billiges Brot:

Wir dürfen uns nicht von der Weltwirtschaft abschließen, sondern müssen uns eingliedern und unser Volk an den Gütern der Welt teilnehmen lassen, soviel wir davon durch unsre Produktion einzutauschen imstande sind. Wir brauchen eine leistungsfähige bäuerliche Veredelungswirtschaft, die der Ernährung des Volkes besser dient als konkurrenzunfähige Getreidewirtschaft. Die Beseitigung der unproduktiven Kriegsrüstung wird unsre Wirtschaft ihren ureigenen Zwecken, der Erzeugung von Nahrung, Kleidung und Wohnungen wiedergeben.

Kaufkräftiges Geld:

Durch verderbliche Inflation schon einmal ausgeplündert, sah unser Volk seit langem mit Schrecken die Entwertung seiner Ersparnisse. Daß eine gewaltige Verarmung eingetreten ist, wird jedem klar, der sich den Umfang der Zerstörung an den Produktionsanlagen, Verkehrsmitteln, Wohnungen usw. vor Augen führt. Wir werden einen Mißbrauch der Währung zur Staatsfinanzierung nicht dulden, sondern arbeiten, um das Mißverhältnis zwischen Geld und Gütern zu überwinden und unsern Kredit in der Welt wiederherzustellen.

Einen friedlichen Staat:

„Im Namen unseres Volkes“ wurden seit 1938 unsre sämtlichen Nachbarn überfallen oder mit Überfall bedroht. „Im Namen unseres Volkes“ wurde der Krieg begonnen und totalisiert. Es war für die andern Völker unmöglich, neben einem solchen Angreiferstaat zu leben. Nicht minder unmöglich war es im Grunde für uns, in ihm zu leben. Denn dieser im innersten Wesen unfriedliche Staat führte Krieg auch gegen seine eigenen Bürger. Er lebte von Ausbeutung und Vergewaltigung. Einen friedlichen Staat fordert nicht nur die Kultur, sondern auch alle kluge Politik. Darum verurteilen wir auch den von Preußen gezüchteten Militarismus, der das deutsche Bürgertum korrumpiert hat und zuletzt Hitlers Steigbügelhalter und Mitschuldiger geworden ist.

Religiösen Geist:

Hinter den Redensarten vom „Allmächtigen“ und der „Vorsehung“, die Hitler im Munde führte, verbarg sich in Wahrheit die Vergötzung seiner eigenen Person. Wenn er von „Verantwortung vor der Geschichte“ sprach, meinte er in Wirklichkeit seine absolute Verantwortungslosigkeit. Der völkische Gedanke ist seinem innersten Wesen nach heidnisch und der Rassenwahn ist Ausdruck unmenschlicher Barbarei. Es konnte nicht anders kommen, als daß der Nazistaat immer stärker zur Religionsverfolgung überging. Aber die Kirchen haben sich als ein Hort der Freiheit erwiesen. Vergeßt nicht, deutsche Männer und Frauen, aus diesen Zusammenhängen eine Lehre zu entnehmen! Es gibt kaum ein anderes Volk, das sich in Geist und Leben so weit von den religiösen Bindungen gelöst hat wie das unsre. Man kann sich aber nicht ungestraft aus der Verantwortung vor Gott ablösen.

Demokratische Partei Deutschlands
Bezirk Leipzig

Hier folgten im Original des Aufrufs noch sieben Namensunterschriften, die ich in der gegebenen Reihenfolge anführen will: Kaufmann Richard Pudor, Rechtsanwalt Dr. Freiherr von Stoltzenberg, Fabrikdirektor Dr. Ing. Müller-Bernhardt⁶², Bez.-Leiter Paul Nowak⁶³, Volkswirt Dr. Hans Reif⁶⁴, Verlagsleiter Dr. Karl Buchheim, Rechtsanwalt C. G. Ruland⁶⁵ und der Arbeitsausschuß. Dann wurde die Geschäftsstelle angegeben, in der man seinen Beitritt anmelden konnte. Vier von den sieben Unterzeichnern waren bekannte Leipziger Liberale. Nowak war ein katholischer Gewerkschaftler. Ruland war als Vertreter der evangelischen Christen anzusehen. Er hatte mir, als ich mit dem Entwurf des Programms betraut worden war, in einem Brief vom 11. Juli nahegelegt, den P. Aurelius Arkenau als Mitarbeiter heranzuziehen, damit in den Text hineinkäme,

daß der Abfall von Gott eine der wesentlichsten Voraussetzungen dafür war, daß die NSDAP dieses Unheil anrichten und die seelische und charakterliche Substanz des Volkes zerstören konnte.

Er war besonders zufrieden, weil mein Aufruf diesem Anliegen entsprach. Von dieser Stunde an begann für uns beide eine lebenslange politische und persönliche Freundschaft. Der Aufruf wurde als Plakat gedruckt und lag fertig vor, um an den Anschlagsäulen veröffentlicht zu werden. Aber der Anschlag wurde von der Sowjetischen Kommandantur verhindert. Eine „Erste öffentliche Kundgebung“, die für Sonntag, den 29. Juli, 10 Uhr vormittags angekündigt war, wurde verboten.

Warum sie dem Verbot verfiel und warum mein Programm nicht publiziert werden durfte, wurde mir erst nachträglich klar. Anstößig war den Russen sicherlich der Satz: „Die Grundbedingung des Neuaufbaus ist (...) die Wiederherstellung der natürlichen Kräfte der politischen Willensbildung.“ Eine solche Wiederherstellung wünschte die Rote Armee gerade nicht. Das Besatzungsregime brachte vielmehr aus Moskau eine Direktive mit, wonach in

⁶² Hans Müller-Bernhardt (geb. 1887), Ingenieur, 1945 LDP-Mitglied, ab Oktober 1945 geschäftsführender Landesvorstand der LDP in Sachsen, ab 1946 MdL in Sachsen.

⁶³ Paul Nowak (geb. 1892), Metallpolierer, 1923–1933 Arbeitsrichter, ab 1945 CDU- und FDGB-Mitglied, 1946–1950 Beisitzer im Landesvorstand der CDU Sachsen, 1948–1950 Beisitzer und ab 1949 Leiter der Abteilung (Arbeit/Sozialfürsorge) im Hauptvorstand der CDU, 1946 Sekretär der Kreisleitung des FDGB in Leipzig und im Bundesvorstand des FDGB, 1946–1950 Stadtverordneter in Leipzig, 1946–1950 MdL in Sachsen, 1948–1949 im Plenum der Deutschen Wirtschaftskommission.

⁶⁴ Hans Reif (1899–1984), 1945 Mitbegründer der LDP Leipzig, ab 1946 FDP-Vorstandsmitglied in Berlin, 1958–1959 Landesvorsitzender der FDP in West-Berlin, 1948–1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949–1957 MdB, 1946 Professor für politische Wirtschaftslehre an der Hochschule für Politik, später Otto-Suhr-Institut in Berlin.

⁶⁵ Carl Günther Ruland (1874–1962), Rechtsanwalt, 1945 Mitbegründer der CDU in Leipzig, 1945–1950 1. Vorsitzender der Kreisleitung der CDU in Leipzig, 1949–1950 Leiter der Abteilung (Justiz) im Hauptvorstand der CDU, 1946–1950 MdL in Sachsen, 1948–1950 Präsident des Oberlandesgerichts Sachsen.

Deutschland Parteien nur nach einem ganz bestimmten Schema zuzulassen seien: zwei „Arbeiterparteien“, die KPD und die SPD, und zwei „demokratische“ bürgerliche Parteien. Als ich einen Monat später die Kommandantur betrat, um mit anderen Vertretern zusammen die Lizenz für die Christlich-Demokratische Union entgegenzunehmen, sprach mich auf der Treppe ein deutschsprechender Offizier an und fragte, für welche Partei ich käme. Als ich antwortete: Für die CDU, bestätigte er: „Ah, die Partei Erzbergers“. Der Kreml wünschte also die Wiederherstellung des republikanischen Zentrums und einer liberalen Partei im Sinne der Deutschen Demokraten der Weimarer Zeit oder Stresemanns. Er wollte nicht die „lebendigen Kräfte“ der Parteibildung begünstigen, sondern das Weimarer System aufrichten, um es dann im sowjetischen Interesse fortzubilden. Es stellte sich bald heraus, daß die beiden „Arbeiterparteien“ dazu bestimmt waren, sich zu verschmelzen, die beiden „bürgerlichen“ aber getrennt zu bleiben, damit man sie desto leichter dirigieren konnte.

Ich habe bereits gesagt, daß in meinem Programmentwurf ein einziger Satz nicht von mir stammt, sondern vom Baron Stoltzenberg eingeführt worden ist: „Das Banner der Freiheit und Einheit des Reiches, für die im Jahre 1848 die Väter der Demokratie ihr Blut gaben, ist das unsere.“ Vielleicht kann man merken, daß dieser Satz im Text ein Fremdkörper ist. Ich war in der Weimarer Zeit Mitglied des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, weil ich die Reichsverfassung gegen die „Nationale Opposition“ Hugenburgs, des Stahlhelms und des Alldeutschen Verbandes verteidigen wollte. Die schwarzrotgoldene Fahne war allein die echte deutsche Trikolore, wenn es schon eine Trikolore geben sollte. Aber was die Achtundvierziger hatten schaffen wollen, war leider nicht das ersehnte deutsche „Reich“, sondern ein Nationalstaat, wie ihn die Franzosen besaßen, wenn auch ein nationaler Bundesstaat. Das „Reich“, das die Achtundvierziger wollten und das nachher Bismarck auf preußische Weise errichtete, bewahrte nicht die Kontinuität der deutschen und mitteleuropäischen Geschichte, sondern unterbrach sie und hielt deshalb den Belastungen der beiden Weltkriege am Ende nicht stand. Die wahre Aufgabe der Achtundvierziger wäre eine gründliche Reform und Erneuerung des Deutschen Bundes gewesen, der noch als eine Fortsetzung des alten Reiches angesehen werden kann. Statt solcher Reform hat die Frankfurter Paulskirche ein aus der Fremde übernommenes Ideal verwirklichen wollen und ist damit gescheitert. Selbstverständlich hätte ich nun 1945 die „Wiedervereinigung“ der östlichen und westlichen Besatzungszonen gern gesehen und von Herzen gewünscht, aber ich habe innerlich fast von vornherein nicht daran geglaubt.

Ich ahnte, daß sich die nationale „Einheit“ als ein trügerisches Ideal erweisen, und deswegen ein ungeeignetes Ziel sein werde. Die russische Politik konnte dieses Ziel für Deutschland zwar erstreben, aber nur unter Gleichschaltung mit dem Bolschewismus, also mit einem Vorzeichen, unter dem die politische Freiheit verloren ging.

Dafür war das Verbot meines Leipziger Parteiprogramms bezeichnend. Das Besatzungsregime gedachte offensichtlich, das Parteiwesen so zu gestalten,

daß es von den Berliner Parteizentralen aus Einfluß auf ganz Deutschland ausstrahlen könnte. Berlin war im Juli 1945 noch keine Viersektorenstadt, sondern allein in russischer Hand. Die Potsdamer Konferenz der Siegermächte stand ja erst noch bevor.⁶⁶ Der „Befehl Nr. 2“ der roten Besatzungsarmee, der die „Erlaubnis“ zur Bildung politischer Parteien erteilte, erging aber bereits am 10. Juni⁶⁷; sehr im Unterschied von den Amerikanern, die Parteien bis auf weiteres nicht zuließen. Am 12. Juni erschien die KPD auf dem Plan⁶⁸, einige Tage später die SPD.⁶⁹ Der Gründungsaufruf der Berliner „Christlich-Demokratischen Union“ war vom 26. Juni datiert.⁷⁰ Als letzte erschien Anfang Juli die „Liberal-Demokratische Partei“ (LDP).⁷¹

Als wir in Leipzig am 8. Juli im Hause Peuser unsere Demokratische Partei Deutschlands (DPD) gründeten, wußten wir von den Berliner Vorgängen gar nichts, denn wir waren ohne jede Verbindung nach außen. Wir wußten nicht einmal, was in Dresden oder Chemnitz vor sich ging, und ebensowenig, was man in andern Gegenden Deutschlands unternahm oder unternehmen durfte. Die Berliner Parteien wurden aber als Zentralen für ganz Deutschland organisiert.

Auch die Berliner CDU errichtete daher eine „Reichsgeschäftsstelle“.⁷² Die Führung lag hier in den Händen des früheren Reichsministers Andreas Hermes⁷³, der von der Militäradministration zum Zweiten Bürgermeister von Ber-

⁶⁶ Konferenz von Potsdam zwischen den USA, Großbritannien und der UdSSR vom 17. 7. bis 2. 8. 1945.

⁶⁷ Gedruckt in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, hrsg. vom Außenministerium der DDR und dem Außenministerium der UdSSR, Berlin (Ost) 1968, S. 54.

⁶⁸ Am 11. 6. 1945 veröffentlichte die KPD ihr Gründungsprogramm. Vgl. Werner Müller, Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), in: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber, München 1990, S. 440–459, hier S. 443.

⁶⁹ Am 15. 6. 1945 präsentierte der Zentralausschuß der SPD der Öffentlichkeit seinen Gründungsaufruf. Vgl. Werner Müller, Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), in: SBZ-Handbuch, S. 460–480, hier S. 464.

⁷⁰ Vgl. Siegfried Suckut, Christlich-Demokratische Union Deutschlands CDU(D), in: SBZ-Handbuch, S. 515–539, insbes. S. 515–517.

⁷¹ Die am 16. 6. 1945 gegründete Deutsche Demokratische Partei benannte sich am 30. 6. um in Liberal-Demokratische Partei Deutschlands und erhielt am 10. 7. die Lizenzierung durch die SMAD. Vgl. Horst Dähn, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP), in: SBZ-Handbuch, S. 544–573, insbes. S. 545/546.

⁷² Die Berliner CDU verstand sich als gesamtdeutsche Gründung, als „Reichspartei“. Vgl. Werner Conze, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1969, S. 61; Suckut, CDU, S. 519.

⁷³ Andreas Hermes (1878–1964), Land- und Volkswirt, 1920–1922 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 1922–1923 Reichsfinanzminister, 1928–1933 MdR (Zentrum), 1945 stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin, Vorsitzender des Gründungsausschusses der CDU in Berlin und der SBZ, 1945 1. Vorsitzender des Parteivorstandes der CDU, 1946–1954 Vorsitzender des neugegründeten Deutschen Bauernverbandes.

lin eingesetzt war. Von Hermes scheint der Name „Christlich-Demokratische Union“ zu stammen, weil der Name „Zentrum“ zu sehr konfessionell abgestempelt war und Hermes von vornherein Katholiken und Protestanten gleichmäßig ansprechen wollte. Für die Russen war dieser Wechsel belanglos. Für sie handelte es sich in Berlin sicherlich genau wie in Leipzig um die Wiedererrichtung der „Partei Erzbergers“. Der Gründungsauftrag vom 26. Juni war von fünfunddreißig Männern und Frauen unterzeichnet, die nicht alle aus dem früheren Zentrum kamen. Es waren ehemalige Deutsch-Demokraten darunter wie Ernst Lemmer⁷⁴, Dr. Walther Schreiber⁷⁵, Otto Nuschke⁷⁶, Ferdinand Friedensburg⁷⁷ und noch einige frühere Parteineutrale wie Rudolf Pechel⁷⁸, Herausgeber der „Deutschen Rundschau“, Theodor Steltzer⁷⁹ und Otto-Heinrich von der Gablentz.⁸⁰ Die ersten Hauptforderungen des CDU-Auftrags waren

⁷⁴ Ernst Lemmer (1898–1970), Journalist, 1922–1933 Generalsekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, 1924–1933 MdR (DDP/Deutsche Staatspartei), 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin und in der SBZ, 1945 Mitglied im FDGB-Gründungsausschuß, 1945–1947 CDU-Delegierter im Zentralen Blockausschuß, 1945–1947 2. Vorsitzender der CDU, 1946–1949 3. Bundesvorsitzender des FDGB, 1946–1949 MdL in Brandenburg, 1950–1956 Mitglied des Abgeordnetenhauses von West-Berlin, 1952–1970 MdB, 1956–1965 Bundesminister.

⁷⁵ Walther Schreiber (1884–1958), Rechtsanwalt, 1919–1933 MdL Preußen (Zentrum), 1925–1932 Minister für Handel und Gewerbe in Preußen, 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin und in der SBZ, 1945 2. Vorsitzender der CDU in der SBZ, 1947–1948 1. Landesvorsitzender der CDU Berlin, 1946–1948 stellvertretender Stadtverordneten-Vorsteher in Berlin, 1951–1953 Vorsitzender der CDU West-Berlin, 1950 Bürgermeister in West-Berlin, 1953–1955 Regierender Bürgermeister von West-Berlin.

⁷⁶ Otto Nuschke (1883–1957), Journalist, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1921–1933 MdL Preußen (DDP/Deutsche Staatspartei), Mitbegründer der CDU in Berlin und in der SBZ, 1945–1947 Parteivorstandsmitglied der CDU in der SBZ, 1948–1957 1. Vorsitzender der CDU, 1946–1952 MdL in Brandenburg, 1946–1948 MdL in Sachsen-Anhalt, 1949–1957 stellvertretender Ministerpräsident bzw. stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der DDR und Leiter der Hauptabteilung Kirchen.

⁷⁷ Ferdinand Friedensburg (1886–1972), Bergassessor, 1921–1925 Landrat im Kreis Rosenberg/Westpreußen, 1927–1933 Regierungspräsident in Kassel, 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin und in der SBZ, 1946–1947 Mitglied im geschäftsführenden Parteivorstand der CDU in der SBZ, 1946–1951 1. stellvertretender Oberbürgermeister von Groß-Berlin bzw. ab 1948 Bürgermeister in West-Berlin, 1950–1952 Mitglied des Abgeordnetenhauses von West-Berlin, 1952–1965 MdB, 1945–1968 Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung West-Berlin.

⁷⁸ Rudolf Pechel (1882–1961), Publizist, 1919–1942 Herausgeber und Chefredakteur der „Deutschen Rundschau“, 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin und in der SBZ, 1945 Chefredakteur der „Neuen Zeit“, ab 1946 Herausgeber und Chefredakteur der „Deutschen Rundschau“.

⁷⁹ Theodor Steltzer (1885–1967), 1920–1933 Landrat in Rendsburg, 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin und in der SBZ, 1945–1947 Regierungspräsident in bzw. Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.

⁸⁰ Otto-Heinrich von der Gablentz (1898–1972), 1925–1934 Mitarbeiter im Statistischen Reichsamt Berlin, 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin und in der SBZ, 1945–1948 Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Ausschusses bei der Hauptgeschäftsstelle

die Wiederherstellung der Rechtssicherheit und der geistigen und religiösen Gewissensfreiheit. Vieles klang ähnlich wie in meinem Leipziger Aufruf. Größer als bei mir war die Nähe zu sozialistischen Gedanken.⁸¹ Es wurde einer Sozialisierung der Bodenschätze das Wort geredet, was damit begründet wurde, „daß das Notprogramm für Brot, Obdach und Arbeit keine Rücksichten auf private Interessen mehr zulasse“. „Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unsres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden.“ Das entsprach natürlich den Wünschen der sowjetischen Besatzungsmacht, zweifellos aber auch dem freien Willen vieler von den Unterzeichnern. Die neue Partei sollte und wollte ja angesichts der unübersehbaren Verwüstung des Nationalvermögens mit den übrigen, besonders den sozialistischen Parteien zusammenarbeiten. Abgesehen von den Bodenschätzen und den Schlüsselunternehmungen wollte sie sich aber doch für die Erhaltung und Stärkung des Privateigentums einsetzen. Sie wollte am Aufbau einer neuen deutschen Demokratie mitarbeiten.

Am 14. Juli traten in Berlin je fünf Vertreter aus den vier erlaubten Parteien zusammen zu einer festen Arbeitsfront der „antifaschistisch-demokratischen“ Parteien, zum „Antifaschistischen Block“.⁸² Als wichtigste Forderung wurde hier beschlossen: „Ehrliche Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörde und Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung“. Angesichts der bestehenden Lage klang das alles durchaus beifallswürdig. Es war aber eine äußerst zentralistisch angelegte Ordnung des Partei-systems. Wenn es gelang, von Berliner Parteizentralen aus mit diesem System ganz Deutschland zu durchdringen, dann verfügte die russische Administration über zahlreiche Kanäle, ihren Einfluß überall hin auszubreiten. Bemerkenswert ist vor allem, daß dieses System so frühzeitig angelegt wurde, daß es beim Zusammentritt der Siegermächte in Potsdam schon bereitgestellt war.

Wir in Leipzig befanden uns nach der Ablehnung unsrer Demokratischen Partei in einer kritischen Lage. Natürlich wurden in der Bevölkerung alle möglichen Gerüchte kolportiert. Eine Neuregelung der Besatzungszonen, über die nach der Potsdamer Konferenz sogar die „Hessische Post“ vom 26. August einen Bericht enthielt⁸³, sollte angeblich sogar Sachsen von der russischen Besetzung wieder befreien. Es hieß, die russische Zone sollte auf Mecklenburg, Pommern, Brandenburg außer Berlin und einen Teil von Schlesien beschränkt werden, Sachsen aber samt Teilen der Provinz Sachsen ein „Freistaat“ mit britischer Polizei werden. Da spitzte ich natürlich die Ohren: Das hätte ja die Wiederherstellung des alten Kurstaats bedeutet. Daß im Lande in solchem Sin-

der CDU, 1949 Lehrbeauftragter, 1953 Professor an der FU West-Berlin, 1955–1966 Direktor der Hochschule für Politik.

⁸¹ Vgl. Conze, Jakob Kaiser, S. 15–23.

⁸² Vgl. Siegfried Suckut, Block-Ausschüsse, in: SBZ-Handbuch, S. 595–618.

⁸³ Die „Hessische Post“ war ein Wochenblatt. In der Ausgabe vom 25. 8. 1945 findet sich kein Hinweis auf den von Buchheim dargestellten Sachverhalt.

ne geredet wurde, kann ich mit einer Notiz vom Tage nach unserm Versammlungsverbot belegen:

30. Juli: Trübe Aussichten für Ernährung und Produktion. Die Russen plündern uns aus. Ob es wirklich so ist, daß sie schnell ausräumen, weil die Engländer kommen? Die Kommunisten, die behauptet haben, die Rote Armee komme als Freund des deutschen Volkes, verlieren beständig an Sympathien. Brandstetter freilich druckt Bücher für einen russischen Militärverlag. Das gibt Arbeit, macht aber vielleicht von den Russen abhängig. Die Verlage dürfen z. Z. nichts verkaufen.⁸⁴

Für mich persönlich waren die ersten Augusttage sehr bedeutsam. Gadamer gab mir am Telefon hoffnungsvollen Bescheid über meine Zulassung zur Universität. Man könne mich für einen Lehrauftrag sehr gut brauchen wegen meiner Zuständigkeit für die Zeitungsgeschichte. Im Wintersemester solle ich schon mit einer Vorlesung beginnen und auch im Kolloquium der Fakultät mitarbeiten. Diese Sache schien also perfekt zu werden. Aber was würde aus den Buchhandels- und Parteiangelegenheiten werden? Da würden wir, schrieb ich am 3. August, natürlich besser fahren, wenn wir wirklich unter die Herrschaft der Engländer kämen. Ein sächsischer Freistaat, während Preußen überhaupt aus der Weltgeschichte verschwindet, das wäre eine bedeutende Chance. Mein Versuch, wenigstens lokal in Leipzig als politischer Führer aufzutreten, war mir von den Russen durchkreuzt worden. Wahrscheinlich, so notierte ich weiter, sei ich doch eher zu historischer als zu politisch aktueller Arbeit berufen. Vordringlich mußte mir ja erscheinen, vor politischem Eingreifen für eine Revision des Geschichtsbildes zu arbeiten. „Es ist besser Geschichte zu erkennen als zu machen.“⁸⁵

In diesen Tagen erfuhren wir, daß der Baumeister Peuser nach Berlin gereist sei und sich in der „Reichsgeschäftsstelle“ für die Gründung einer Leipziger Orts- oder Bezirksgruppe der CDU von Berlin aus bemühe. Da mußten wir uns also vorsehen, nicht verdrängt zu werden. Rechtsanwalt Ruland rief mich an, was zu tun sei. Wir trafen uns im Johannapark, der zwischen unsern Wohnungen in der Tauchnitz- und der Schreiberstraße lag. Von diesem Spaziergang an verband uns beide ein besonderes Vertrauensverhältnis, das für unsre politische Tätigkeit bestimmend blieb. Wir kamen überein, mit der Berliner CDU an Ort und Stelle Fühlung zu nehmen. Da ich wegen meiner Tätigkeit im Verlag nicht gut selbst nach Berlin reisen konnte – was ja damals ein Unternehmen nicht ohne Risiko war –, erklärte sich der Studienrat Ernst Eichelbaum, der Zeit hatte, weil er keine Schule halten durfte, bereit, die Mission zu übernehmen. Aber die Reiseschwierigkeiten waren so groß, daß er am Samstag, dem 4. August, noch nicht zurückgekehrt war. Wir mußten ohne seine Informationen in die Sitzung der Demokratischen Partei gehen, die für diesen Tag ange-

⁸⁴ IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebuch 1945, S. 57.

⁸⁵ Ebd., S. 60.

setzt war. Da die bisherige Partei nicht weitermachen durfte, beantragte Ruland den Anschluß an die am 26. Juni in Berlin begründete CDU. Die Mehrheit wünschte aber den Anschluß an die LPD. Die christliche Gruppe wurde überstimmt. Da erhob sich Ruland sofort und erklärte unsern Austritt. Er verließ zusammen mit mir den Tagungsraum und gab nur noch bekannt, daß sofort in seiner Wohnung ein neuer Ausschuß gebildet werden sollte, an dem jeder teilnehmen könnte, der ihm jetzt folge. Das kam so plötzlich, daß niemand mehr das Wort nehmen konnte. Einige der Anwesenden gingen sogleich mit uns zusammen hinaus, einige andere folgten uns nach einiger Besinnung. In Rulands Wohnung konstituierten wir uns als Leipziger Vorstand der CDU. Mir fiel es zu, die Konstituierung nach Berlin am Telefon mitzuteilen. Peuser muß gerade in der Reichsgeschäftsstelle anwesend gewesen sein, denn er kam an den Apparat und protestierte. Ich erklärte ihm, daß wir uns zu unserm Bedauern in der Zwangslage befunden hätten, sofort zu handeln. Am nächsten oder übernächsten Tage kam Eichelbaum zurück und bestätigte, daß man in Berlin unsern Beschluß dankend zur Kenntnis genommen habe.

Ebenso nahm ihn die Leipziger Kommandantur zur Kenntnis. Unterm 22. August wurden wir „registriert“ und für den 24. in die Kommandantur zur Entgegennahme eingeladen. Auf unsrer Seite war die Lage gegenüber dem Juli insofern anders geworden, als wir inzwischen nicht nur mit Berlin, sondern auch mit Chemnitz und Dresden Verbindung bekommen hatten. Wir wußten jetzt, daß Christliche Demokraten in Chemnitz unter Pfarrer Ludwig Kirsch⁸⁶, in Dresden unter Professor Hickmann⁸⁷ tätig geworden waren. Kirsch war früher Landesvorsitzender der Zentrumspartei. Hickmann war Landtagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei gewesen. Beide hatten, weil ihre Städte von Anfang an zum russischen Besatzungsgebiet gehörten, schon lange Verbindungen mit der Berliner Reichsgeschäftsstelle. Von Hickmann wurden wir darauf hingewiesen, daß es empfehlenswert sei, den Namen Christlich-Demokratische Union anzunehmen und einem „Landesverband Sachsen“ beizutreten, als dessen Vorsitzender er von der Militärbehörde anerkannt wurde. Die Leipziger Kommandantur ließ ihn am Registrierungstage eigens nach Leipzig kommen, um zu bezeugen, daß sich der Leipziger Bezirk ihm unterstelle, so wie er seinerseits der Berliner Reichsgeschäftsstelle sich un-

⁸⁶ Ludwig Kirsch (1891–1950), 1930–1933 1. Landesvorsitzender des Zentrums in Sachsen, 1945 Mitbegründer der CDU in Sachsen, 1945–1950 1. Kreisleiter der CDU Chemnitz-Stadt, 1946–1948 Beisitzer, 1948–1950 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Sachsen, 1948–1950 Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand der CDU.

⁸⁷ Hugo Hickmann (1877–1955), Religionslehrer, 1922–1933 MdL in Sachsen (DVP), 1926–1933 Landtagsvizepräsident, 1945–1950 1. Landesvorsitzender der CDU in Sachsen, 1945–1947 Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand der CDU, 1946/1948 und 1949 CDU-Delegierter im Zentralen Blockausschuß, 1947 4. stellvertretender Vorsitzender der CDU in der SBZ, 1947–1948 Vorsitzender der kommissarischen Parteileitung der CDU, ab 1948 2. Vorsitzender der CDU, 1946–1950 MdL in Sachsen.

terstellt hatte. Auf die Zentralisierung des Parteiapparats in Berlin kam es den Russen an, und damit auch auf die Einfügung Leipzigs. Unsre Trennung von den Liberaldemokraten und auch ihre entschlossene Plötzlichkeit am 4. August waren also das einzig Mögliche und Richtige. Nun war Ruland unser anerkannter Bezirksvorsitzender, und ich war Mitglied des Leipziger Vorstands der Union. Mit Peuser gab es noch einige Ärgerlichkeiten, aber dann mußte er sich bescheiden. Pater Arkenau und Eichelbaum gehörten dem Vorstand gleichfalls an, außerdem einige andere wie der Chefarzt des Katholischen Krankenhauses, Dr. Singer⁸⁸, und die Kaufleute Rambo⁸⁹ und Matthes, die sich in der Nazizeit zu einer Gruppe „Bund der wahren Deutschen“ zusammengetan hatten. Josef Rambo übernahm das von den Russen als besonders wichtig betrachtete Amt des Parteisekretärs. Zusammen mit Rambo, Ruland, Matthes und einem gewissen Wolfrum wurde ich in den Arbeitsausschuß des Antifaschistischen Blocks berufen, der seine Sitzungen im Oktober unter einem nicht ungeschickten kommunistischen Vorsitzenden aufnahm.

Gerade in der Zeit der Parteikonstituierung klärte sich auch die Frage meiner Zulassung zur Habilitation. Am 17. August sagte mir Professor Freyer am Telefon, daß er die Zulassung beantragen werde. Die Öffnung der Universität war noch nicht in Sicht, aber die Philosophische Fakultät kam wieder richtig in Gang. Ihre Diensträume wurden wiederhergestellt. Am 15. September empfing mich der Dekan Gadamer zum ersten Mal in seinem Dienstzimmer. Er sagte, daß an Vorlesungen noch nicht zu denken sei. Auch wenn die Universität eröffnet werde, würden Vorlesungen in Geschichte und Philosophie noch nicht zugelassen. Aber meine Habilitation werde vollzogen werden. Es sei auch wahrscheinlich, daß ich dann einen Lehrauftrag für Geschichte der politischen Parteien bekommen werde. Das bedeutete für mich eine Verdienstmöglichkeit. Ich mußte ja bemüht sein, mir ein neues regelmäßiges Einkommen zu sichern, da ich Verlagsleiter bei Brandstetter nicht bleiben konnte und wollte. Sonst hätte ich, da mir mein Ruhegehalt nicht mehr gezahlt wurde, wieder an die höhere Schule zurückgehen müssen. Es kam mir aber darauf an, bei der wissenschaftlichen Tätigkeit, die ich elf Jahre in Leipzig hatte ausüben können, zu bleiben. Unter diesen Umständen entschloß ich mich, mich an Heinrich Becker zu wenden, der inzwischen eine einflußreiche Stellung in der SPD und im Kulturrat im Leipziger Rathaus bekleidete. Eine Anstellung im Bibliothekswesen ließ sich am leichtesten mit einer Lehrtätigkeit an der Universität vereinbaren.

⁸⁸ Bernhard Singer (geb. 1896), 1945–1950 Mitglied der CDU-Kreisleitung in Leipzig, 1946–1950 MdL in Sachsen, 1950 Mitglied des engeren CDU-Landesvorstandes in Sachsen.

⁸⁹ Josef Rambo (geb. 1898), Versicherungskaufmann, 1945 Mitbegründer und Geschäftsführer der CDU in Leipzig, 1946 Stadtverordneter in Leipzig, ab 1950 Landesvorsitzender der CDU in Sachsen, MdL in Sachsen und Direktor der Leipziger Emissions- und Girobank, 1949 2. Bürgermeister von Leipzig, 1950 Präsident des Verwaltungsgerichts Sachsen.

Der Leiter des Kulturamts war Stadtrat Holtzhauer.⁹⁰ Ihn traf ich am 9. Oktober zufällig im Rathausgang und kam in ein langes Gespräch mit ihm über historische Vorlesungen. Er forderte mich auf, ihm eine Denkschrift einzureichen. Einige Tage später sandte ich sie ihm zu. Nebenbei hatte ich damit auch ihn für mein Anliegen interessiert. Am 24. Oktober teilte mir Becker mit, meine Anstellung an der Universitätsbibliothek in Verbindung mit der Dozentur an der Universität sei im Laufen. Am 21. November war es soweit. Der Vorsteher des Hauptverwaltungsamts des Oberbürgermeisters Zeigener ließ mich zu sich bitten. Ich erfuhr, daß ich auf Vorschlag Holtzhauers gleich zum Leiter der Universitätsbibliothek vorgesehen sei. Das ging nun wirklich über meine Wünsche hinaus. Ich wollte es vermeiden, mit Verwaltungsaufgaben belastet zu sein, denn das würde ja die Möglichkeiten zu wissenschaftlicher Tätigkeit nur wieder einschränken. Ich machte also Becker gegenüber Andeutungen, daß mir eine etwas weniger prominente Stellung lieber sein würde. In der Tat hatte man einen Bewerber, den ich selbst für geeigneter halten mußte als mich: den Dr. Otto Kiemeyer⁹¹, der mit mir zusammen vorgeschlagen worden war. So wurde ein Tausch vorgenommen: Kiemeyer sollte als Direktor die Verwaltung übernehmen, und ich sollte der „Leiter der geisteswissenschaftlichen Abteilung“ werden, gleichgestellt mit dem „Leiter der naturwissenschaftlichen Abteilung“, Dr. Helmut Mogk⁹², dem einzigen unter den bisherigen Bibliotheksräten, der nicht Mitglied der NSDAP gewesen war. Gleich nach Neujahr wurden wir drei von Universitätsdirektor Professor Schweitzer⁹³, Ordinarius für Archäologie, in unsre Ämter eingeführt als die „Tresviri Bibliothecae restituendae“. Es war ein kleiner feierlicher Akt, zu dem das ganze Bibliothekspersonal in Arbeitstracht zusammengeholt wurde.

Für mich war die Konsequenz, daß ich Willy Brandstetter bitten mußte, mich ohne Kündigung aus meiner Verlagstätigkeit zu entlassen. Er war dazu bereit. Ein schriftlicher Vertrag zwischen uns existierte ohnehin nicht, und er hatte selbst meine Stellung in der Firma wohl immer nur als provisorisch angesehen. Ich erklärte mich bereit, die geringfügigen Verlagsgeschäfte im Nebamt weiterzuführen, und habe das auch eine Zeitlang getan. Da in dieser Zeit Heinrich Wild einmal nach Leipzig kam, konnte er selbst noch alle Angelegenheiten in der Firma ordnen. Denn er schied auch aus, blieb in München und übernahm dort die Leitung des Kösel-Verlags. Er bestimmte Brandstetter,

⁹⁰ Helmut Holtzhauer (1912–1973), Buchhändler, 1945 Stadtrat (KPD), 1946 3. Bürgermeister von Leipzig (SED), 1948–1951 Minister für Volksbildung in Sachsen, 1951–1954 Leiter der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten.

⁹¹ Otto A. Kiemeyer (geb. 1906), 1933 Emigration nach Spanien, 1936 nach Griechenland, 1946–1947 kommissarischer Leiter der Universitätsbibliothek Leipzig.

⁹² Helmut Mogk (geb. 1896), 1927 Universitätsbibliothek Leipzig, 1947 Lehrauftrag an der Universität Leipzig (Biologie, Ökologie, Bibliothekswissenschaft).

⁹³ Bernhard Schweitzer (1892–1966), 1925 Professor für Klassische Archäologie in Königsberg, 1932 in Leipzig, 1948 in Tübingen.

mich für meine nebenamtliche Arbeit noch etwas zu entschädigen, da ich selbst dafür nichts verlangt hatte.

Was ich für die Philosophische Fakultät noch zu leisten hatte, Kolloquium in der Fakultätssitzung und Probevorlesung, beide über Monate hinaus verschoben, wurde im April und Anfang Mai 1946 nachgeholt. Gleichzeitig mit mir erwarb der junge Ägyptologe Dr. Siegfried Morenz⁹⁴ die *venia legendi*. Er war bisher ein eifriger Mitarbeiter in der CDU gewesen. Aber als er Dozent geworden war, gab er jede politische Betätigung auf.

Mit alledem war ich seit dem 1. Januar 1946 in den aktiven Staatsdienst zurückgekehrt, freilich ohne Beamtenrechte, die es unter dem russischen Regime nicht mehr gab, im Angestelltenverhältnis auf vierteljährliche Kündigung. Außerdem war ich ordentliches Mitglied der Philosophischen Fakultät. Am 5. Februar wurde die Universität eröffnet. Ich durfte bereits mit Assistentenstimmrecht an der Wahl des neuen Rektors teilnehmen, denn die Militärregierung wollte den Professor Schweitzer nicht weiter akzeptieren, weil er unter den Amerikanern gewählt worden war. Die Neuwahl fiel auf Gadamer, der den Russen genehm war. Infolgedessen brauchte die Philosophische Fakultät einen neuen Dekan: den Altphilologen Friedrich Klingner.⁹⁵ Es bewährte sich, was Gadamer in seinen Memoiren mitteilt, daß in der Leipziger Fakultät die Philologen den Ton angaben.^{95a} Mir konnte das recht sein; ich war auch mit Klingner gut bekannt. Unter seinem Dekanat wurde meine Habilitation endgültig vollzogen.

Mein neues Amt an der Bibliothek verdankte ich nicht der Universität. Hier war für die Zeit, wo es keine Landesregierung in Dresden gab, das Kulturstadtrat des Leipziger Rates zuständig. Der Stadtrat Holtzhauer und Heinrich Becker, der sein Referent war, beriefen mich. Becker hatte, wie früher schon gesagt, Einfluß in der SPD. Wir standen uns damals in der Gesinnung sehr nahe. Auch Becker hätte es sehr gern gesehen, wenn sich die Gerüchte bestätigten hätten, die Russen zögen wieder ab. Als sie nicht abzogen, äußerte er zu mir: „Dann ist das eben unser Schicksal.“ Auch darin gab ich ihm recht. Holtzhauer kannte ich von früher kaum. Er war Kommunist, und ich wäre ihm schwerlich näher bekannt geworden, wenn ich nicht seit September 1945 im Rathaus regelmäßig zu tun gehabt hätte. Es wurde nämlich im Antifaschistischen Block beschlossen, daß die Parteien je einen Beobachter zu den Ratssitzungen delegieren sollten. Die CDU entsandte mich. Ich übernahm damit eine interessante Aufgabe. Als „Beobachter“ hatte ich kein Stimmrecht und brauchte auch kaum in die Debatten einzugreifen. Ich hatte nur meiner Partei zu „berichten“.

⁹⁴ Siegfried Morenz (1914–1970), 1946 Dozent für Ägyptologie und hellenistische Religionsgeschichte an der Universität Leipzig, 1946 Professor in Leipzig, 1961 in Basel, 1966 in Leipzig.

⁹⁵ Friedrich Klingner (1894–1968), 1925 Professor für Klassische Philologie in Hamburg, 1930 in Leipzig, 1948 in München.

^{95a} Vgl. Hans-Georg Gadamer, *Philosophische Lehrjahre. Eine Rückschau*, Frankfurt/Main 1977, S. 112.

Da der Oberbürgermeister Zeigner streng auf sachliche Arbeit hielt, kam es zu keinen Konflikten. Am 21. September 1945 nahm ich zum ersten Male an der Ratssitzung teil. Zeigner widmete mir eine kurze Begrüßung und bat mich nach der Sitzung mit in sein Dienstzimmer, um mit mir über den Hegner-Verlag zu sprechen, von dessen Büchern er gern noch das eine oder andere haben wollte. Zu neuer Produktion konnte er uns nicht verhelfen, weil nach wie vor auf Befehl der Militärregierung sämtliche Verlage geschlossen blieben. Zeigner war ein kultivierter Mann mit viel geistigen und sogar religiösen Interessen. Er war mit Pater Arkenau befreundet, und ich erfuhr, daß er sogar den Propst Spülbeck aufsuchte, um ihm sein oft schweres Herz auszuschütten. Kirchliche Konsequenzen daraus zog er freilich nicht. Ich merkte mit der Zeit, daß er als Privatmann anders redete denn als Parteimann. So kann ich ihm wirkliche Klarheit und Charakterfestigkeit leider nicht zubilligen.

Die CDU in Leipzig festigte während des Wintersemesters ihre Position. Sie erhielt repräsentative Geschäftsräume im Europahaus. Im Februar 1946 trat der bisherige selbsternannte Vorstand zurück, um durch einen endgültigen ersetzt zu werden. Etwas über 3000 Mitglieder entsandten 52 Wahlmänner, die die Wahl vollzogen. Ruland wurde als Vorsitzender bestätigt, der Gewerkschaftler Nowak erschien als sein Stellvertreter unentbehrlich. Einige Wahlmänner wollten den Geschäftsführer Rambo zum 3. Vorsitzenden machen; er erhielt aber nur 21 Stimmen gegen 30 für den bisherigen Vorsitzenden der Ortsgruppe Leipzig-Süd Hlawaczek.⁹⁶ So wurde ein „Geschäftsführender Vorstand“ gebildet aus Ruland, Nowak, Hlawaczek, ferner Eichelbaum als Schrift- und Rambo als Geschäftsführer. Ich erhielt bei dieser Gelegenheit 18 Stimmen und war froh, daß es nicht mehr waren. Dafür wurde ich einstimmig zum Beisitzer gewählt, zusammen mit Hellbach⁹⁷, Matthes, Frau Reschke⁹⁸ und Dr. Singer. Damit blieb ich, was ich schon vorher gewesen war. Ich erstrebte nicht mehr, denn damit behielt ich meinen Einfluß und wurde doch nicht mit Verwaltungsgeschäften belastet. Die Sitzung dauerte von 15.00 bis 19.00 Uhr am 16. Februar 1946. Ich wollte meine Parteitätigkeit auf Theorie und Publizistik konzentrieren. Damals war ich gerade mit einer Leibniz-Denkschrift beschäftigt, die für den bevorstehenden dreihundertsten Geburtstag des Philosophen bestimmt war, den die Stadt Leipzig feiern wollte. Ich gehörte zu denen, die den Einfluß Rambos nicht stärken wollten. Die Russen waren gewohnt, nach dem Beispiel ihrer heimatlichen Bolschewiki den „Parteisekretär“ für den ausschlaggebenden Mann zu halten, der den Kurs der Partei bestimmen sollte. Sie hatten im Grunde keinen Begriff vom westlichen parlamentarischen Parteiwesen, sondern sie behandelten auch im Mehrparteienstaat die Parteien als Organisationen, die Befehle entgegennehmen und ausführen sollten. Der „Parteisekretär“ war der Mann, an den sie sich dabei hielten, und Rambo war

⁹⁶ Walter Hlawaczek (geb. 1884), 1947 Stadtrat.

⁹⁷ Arnim Hellbach (geb. 1916), Buchhändler.

⁹⁸ Curt Matthes und Ilse Reschke.

nicht der Mann, der sich den Befehlen gegenüber als Anwalt seiner widerstrebenden Partei zu fühlen vermochte. Wir hatten 1946 schon Erfahrungen darüber gemacht. Wir hatten auch erlebt, daß Hauptmann Bravermann⁹⁹, der für uns zuständige Politoffizier der Militäradministration in unsre Vorstandssitzung kam, um dafür zu sorgen, daß wir die erwünschten Beschlüsse faßten.

Die Erfahrung hatten wir kurz vor Weihnachten 1945 machen müssen, als es zwischen der „Reichsführung“ der CDU in Berlin und der Militärregierung zum Konflikt wegen der „Bodenreform“ kam.¹⁰⁰ Die Parteien sollten der Enteignung alles privaten Grundbesitzes von über hundert Hektar zustimmen. Begründet wurde diese Maßregel mit der Notwendigkeit, den politischen Einfluß des preußischen Junkertums für immer zu vernichten, das ein Steigbügelhalter des Nationalsozialismus gewesen war. Die Liberaldemokraten fügten sich; die Vorsitzenden der CDU, Andreas Hermes und Walther Schreiber, versuchten Widerstand zu leisten. Aber es war für „antifaschistische“ Blockparteien sehr schwierig, den Widerspruch zu begründen, denn die geschichtliche Notwendigkeit, das reaktionäre Preußentum für immer auszuschalten, war nicht zu bestreiten. Nach meinen eigenen politischen Einsichten mußte ich der „Bodenreform“ grundsätzlich zustimmen, wenn es auch wünschenswert gewesen wäre, das Unrecht, das im Einzelfall angerichtet werden konnte, zu berücksichtigen. Übrigens wurde wenigstens der Kirchenbesitz von der Maßregel ausgenommen. Die Leipziger Vorstandsmitglieder waren prinzipiell mit mir einig. Wir hatten praktisch sowieso keine Möglichkeit, die Enteignung zu verhindern. Darum war es politisch klüger, in diesem Falle der Besatzungsmacht nachzugeben. Unser Vorstand faßte einen entsprechenden Beschluß. Daß wir in Gegenwart des Hauptmanns Bravermann beschließen mußten, war peinlich. Aber daß wir den Widerspruch von Hermes und Schreiber nicht unterstützen konnten, entsprach doch wirklich der Meinung, der wir uns in der gegebenen Lage nicht entziehen wollten. Hermes und Schreiber forderten die Partei im Lande zu einer Haltung auf, die politisch nicht überzeugend zu begründen und praktisch angesichts der Übermacht der russischen Militärmacht nicht zu vertreten war. In der Tat antwortete die SMA nur mit der Erklärung, daß sie zu den beiden Zonenvorsitzenden der CDU kein Vertrauen mehr habe.¹⁰¹ Darauf mußten Hermes und Schreiber zurücktreten. Ihre Nachfolger wurden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, die beide aus der Gewerkschaftsbewegung kamen und innerhalb der Zonengewerkschaft, des „Freien Deutschen Gewerkschafts-Bundes“ (FDGB), Stellungen bekleideten.

Ich glaube, daß beide wirklich ein gewisses Vertrauen bei der SMA genossen und daß es Anfang 1946 für beide nicht ganz ausgeschlossen war, auf die russische Zonenpolitik wirklich einigen Einfluß zu gewinnen. Dazu mußten sie zu

⁹⁹ Bravermann, Stadtkommandantur Leipzig, Mitarbeiter der Informationsabteilung, 1946–1948 oder 1949 Parteienreferent.

¹⁰⁰ Vgl. Suckut, CDU, S. 522/523; Conze, Jakob Kaiser, S. 45–52.

¹⁰¹ Vgl. Suckut, CDU, S. 523.

Zugeständnissen sozialistischer Art bereit sein, wie sie ja auch der Bodenreform zuzustimmen bereit waren. Kaiser hielt am 13. Februar im Berliner Vorstand der CDU eine programmatische Rede, die am nächsten Tage in der Parteizeitung „Neue Zeit“ in Berlin veröffentlicht wurde.¹⁰² Darin prägte er den Begriff eines „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“. Ich glaube nicht, daß die sowjetische Politik damals schon darauf festgelegt war, ihre Besatzungszone total zu bolschewisieren. Noch bestand ja das Mehrparteiensystem, wenn auch der Prozeß der Verschmelzung der SPD mit der KPD bereits eingeleitet war. Noch im Herbst 1946 willigte die SMA ein, Wahlen zu veranstalten, die nicht einfach als unfrei bezeichnet werden können.¹⁰³ Noch bestand in der benachbarten Tschechoslowakei die Regierung des Präsidenten Benesch¹⁰⁴; erst 1948 wurde ihr das totalitäre System aufgezwungen.¹⁰⁵ Eine restlose Vorliebe zur deutschen KPD bestand im Kreml sicherlich nicht, denn Stalin hat stets auch die Möglichkeit erwogen, mit andern Kräften als den Parteikommunisten in Deutschland zu paktieren. Ich glaube nicht, daß es Stalin auf den Sieg des Marxismus in Deutschland ankam, sondern auf ein zuverlässiges Satellitenverhältnis, das auch bei freierer Verfassung möglich gewesen wäre.¹⁰⁶

[...] ¹⁰⁷

Während des Jahres 1946 muß ich dem sowjetischen Geheimdienst, der natürlich alle deutschen Politiker genau beobachtete, besonders aufgefallen sein. Diese GPU¹⁰⁸ unterstand nicht der Militärregierung, sondern arbeitete ganz getrennt und wurde sichtlich von den russischen Offizieren selbst gefürchtet. Ich konnte später feststellen, daß diese Geheimpolizei recht genau über meine Person informiert war. Sie wußte, daß ich niemals ein Nazi gewesen war, und hatte meine öffentlichen und parteiinternen Reden laufend kontrolliert. Wir wurden alle beständig bespitzelt, und ich hatte unglücklicherweise bei ihr den Eindruck gemacht, Verständnis für die sowjetische Politik zu haben. Eines Ta-

¹⁰² Christlicher Sozialismus und Einheit. Programmatische Rede des Vorsitzenden der CDU Jakob Kaiser, in: Neue Zeit vom 14. 2. 1946, Nr. 37, S. 1 und S. 3. Vgl. auch Conze, Jakob Kaiser, S. 64–68.

¹⁰³ Am 19. 6. 1946 gab die SMAD die Erlaubnis zur Durchführung von Gemeindewahlen bekannt. Sie fanden am 1. 9. 1946 in Sachsen, am 8. 9. 1946 in Thüringen und Sachsen-Anhalt und am 15. 9. 1946 in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg statt. Am 20. 10. 1946 folgten die Kreis- und Landtagswahlen.

¹⁰⁴ Eduard Benesch (1884–1948), 1918–1935 Außenminister der Tschechoslowakei, 1935–1938 und 1946–1948 Staatspräsident.

¹⁰⁵ Im Februar 1948 erzwangen die Kommunisten eine Neubildung der Regierung, durch die sie die alleinige Macht erhielten. Am 9. 5. 1948 nahm die Nationalversammlung eine Verfassung nach sowjetischem Vorbild an. Die sich daran anschließenden Wahlen vom 30. 5. 1948 fanden aufgrund einer Einheitsliste statt.

¹⁰⁶ So auch die These von Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994.

¹⁰⁷ Auslassung: 23 Seiten. Ausführungen über Karl Marx, die bolschewistische Revolution in Rußland sowie Bemerkungen über zwei Schriften von G. W. Plechanow.

¹⁰⁸ Von 1922 bis 1934 Bezeichnung für den sowjetischen Geheimdienst, 1934 in den NKWD eingegliedert.

ges im Oktober teilte mir unser Geschäftsführer Rambo mit, in der Kommandantur wünsche man mich zu sprechen. Ich traf auf den Hauptmann Bravermann und mußte feststellen, daß er von nichts eine Ahnung hatte. Sonderbarerweise bot er mir aber an, mich in seinem Auto nach Hause bringen zu lassen. Am nächsten Tage, es war am 18. Oktober, wiederholte mir aber Rambo die Order, in die Kommandantur zu kommen. Diesmal fragte Bravermann, ob ich bereit sei, eine Kinoüberwachung zu übernehmen. Wie konnte ich dazu kommen? Jedenfalls verlief das Gespräch wieder ergebnislos, und ich verabschiedete mich.

Als ich um die nächste Straßenecke ging, hielt ein Auto neben mir. Man habe mich in der Kommandantur nicht mehr vorgefunden, aber der Herr Stadtkommandant wünsche mich zu sprechen, ich solle doch im Wagen Platz nehmen. Schon während der Fahrt wurde mir sonderbar zumute. Denn man fuhr wie auf Umwegen durch allerlei Straßen und hielt schließlich im Südviertel Leipzigs auf der Moltkestraße – vor dem Gefängnis. Als wir das Haus betreten hatten, fragte man mich, ob ich wüßte, wo ich mich befände. Ich wußte es. Man verlangte mir Brieftasche und Uhr, Taschenmesser und Hosenträger ab und führte mich in eine Zelle. Warum? Das würde ich alles noch erfahren. Eine kleine Weile war ich mir selbst überlassen. Dann holte man mich ab und führte mich in ein Dienstzimmer, wo mehrere Leute an einem Tische saßen. Wieder erfuhr ich, warum ich hier sei, würde man mir schon noch bekannt geben. Es sei denn, daß ich bereit sei, in die Dienste ihrer Behörde zu treten. Das verweigerte ich, und man führte mich in meine Zelle zurück. Man brachte mir eine Gefängnismahlzeit. Dann wurde ich das zweite Mal der Kommission im Dienstzimmer vorgeführt. Als ich wieder alles ablehnte und zu erfahren verlangte, weshalb ich verhaftet worden sei, hieß es wieder, das würde ich noch früh genug erfahren; und ich wurde zum zweiten Mal in die Zelle zurückgebracht. Hier überlegte ich mir, ob es nicht richtiger sei, auf alle Wünsche einzugehen, um erst einmal wieder enthaftet zu werden. Da holte man mich auch schon zum dritten Male wieder. Man lobte meine Sinnesänderung und verpflichtete mich zu geheimen Berichten unter dem Decknamen „Adler“. Aber ich solle nur ja keine Angst haben. Ich stünde von jetzt ab unter besonderem Schutze der Besatzungsmacht; mir könne gar nichts passieren. Ich wurde für einen bestimmten Tag zu bestimmter Stunde an eine bestimmte Straßenecke bestellt. Dort würde man mich ins Auto nehmen, und ich würde weiteres erfahren. Man gab mir die konfiszierten Gegenstände zurück und bot mir höflich an, mich im Auto nach Hause zu fahren. Das lehnte ich ab, denn ich war froh, auf freier Straße erst mal wieder allein zu sein. Es war ungefähr um 10 Uhr abends.

Ich war inzwischen schon reichlich vermißt worden: zu Hause natürlich von meiner Frau, aber auch in der Geschäftsstelle der CDU und vor allem in der Universität. Denn an eben diesem Nachmittag wollte ich mein erstes Kolleg halten. Die Studenten warteten im Auditorium und gingen nach einer halben Stunde schimpfend und andere alarmierend fort. Als ich auf der Schreiberstraße die Haustür aufschließen wollte, wurde sie von innen geöffnet von meiner

Frau, die Besuch von Rambo erhalten hatte und ihn wieder hinauslassen wollte. Rambo hatte ihr gesagt, er werde morgen nach Dresden fahren und dort an oberster Stelle verlangen, gegen meine Verhaftung zu intervenieren. Wir gingen wieder hinauf in die Wohnung, und ich berichtete, was ich erlebt hatte. Am nächsten Tage informierte ich unsern Bezirksvorsitzenden Ruland persönlich und ebenso Eichelbaum, der kürzlich Zweiter Bürgermeister von Leipzig geworden war. Später in Dresden zog ich Hickmann ins Vertrauen. Ich war entschlossen, trotz des Zugriffs der Geheimpolizei auf meine Person mein politisches Verhalten in keiner Weise zu ändern. Zwei Tage nach meiner Verhaftung wurde ich auf der Liste der CDU in den Landtag gewählt.¹⁰⁹ Ich wußte, daß das Mandat ein gewisser Schutz für mich sein werde. Der Handstreich der GPU¹¹⁰ gegen mich war ein törichter Mißgriff. Auf solche plumpe Art kann man sich die Zusammenarbeit mit einem im ganzen Lande bekannten Politiker nicht verschaffen. Wenn man mich zu Gesprächen mit irgendeinem politischen Offizier in die Kommandantur bestellt hätte, so wäre das hundertmal geschickter gewesen. Aber die GPU kannte offenbar nur die brutale Methode, ihr Opfer zum Spitzel zu degradieren. Daß es die Russen auf Zusammenarbeit mit mir abgesehen hatten, wurde mir im Laufe der Zeit immer klarer. Trotzdem war meine Lage natürlich sehr kritisch und belastend. Propst Spülbeck erklärte mir, als ich ihm meine Situation berichtete, ich müsse bedenken, daß aus Sibirien keiner zurückkäme. Die GPU-Leute waren am Ende zu allem fähig, zu Brutalitäten ebenso wie zu Dummheiten. Ich mußte das persönliche Risiko auf mich nehmen.

Ich will gleich hier vorausnehmen, daß ich es zweiundeinhalb Jahre getragen habe. Ich habe eine Reihe sehr unangenehmer Verhöre bestanden, in denen man mit Drohungen nicht sparte. Den Höhepunkt erreichte die Bedrohung zu Weihnachten 1947. Man bestellte mich gewöhnlich zu Verhören in eine Wohnung in Connewitz, wo der zuständige Kommissar als möblierter Herr zu Hause war. Gegenüber lag das GPU-Gebäude. Am 23. Dezember 1947 bestellte man mich abends an die Straßenecke. Es erschien ein Untergebener und brachte mich ins Haus der GPU durch eine Hintertür, dann mit größter Geheimnistuerei über einen Korridor ins Dienstzimmer zu einem höherrangigen Beamten, der mich zu verhören hatte. Da wurde mir die Wertlosigkeit meiner „Adler“-Berichte vorgehalten. Der Mann hatte ganz recht, denn ich berichtete immer nur Sachen, die ihnen ohnehin bekannt waren. Wenn sich das nicht ändere, werde man mich „verkaufen“. Draußen könnte ich ja dann immer noch reden, was ich wollte. Außerdem sollte ich mich nicht auf Gewissen und Religion berufen, sondern meine Verpflichtung erfüllen. Ich erklärte ihm, meiner Religion sei ich zuerst verpflichtet. Wie gewöhnlich kam sachlich bei dem Verhör nicht viel heraus. Am Ende zog der Kommissar sein Notizbuch und nannte einen Termin im Januar, an dem ich mich wieder zu stellen hätte.

¹⁰⁹ Landtagswahlen in der SBZ vom 20.10.1946.

¹¹⁰ Vgl. Anm. 108.

Dann ließ er mich gehen mit der Ermahnung, sorgfältig aufzupassen, daß mich niemand beim Ausgang aus dem Hause beobachte. Offenbar war der GPU an der Geheimhaltung am allermeisten gelegen.

Zu Hause habe ich mit Hanna beraten, ob ich angesichts der Bedrohungen das Feld räumen und nach Westdeutschland fliehen sollte. Sollten wir unsre Wohnung, meine Bücher und alles im Stich lassen, um uns Hals über Kopf in Sicherheit zu bringen? In diesen Weihnachtstagen war es, wo ich bei ruhiger Überlegung zu der Vermutung kam, daß man mich in das gefürchtete Polizeihaus gebracht und bedroht hätte, um mich einzuschüchtern. Meine Flucht während der Weihnachtsferien wäre wahrscheinlich erwünscht gewesen, um mich auf leichte Manier loszuwerden, weil ich die Herren enttäuscht hatte. Die Geheimnistuerei war so groß, daß ich dachte: Vielleicht haben die Leute mehr Angst vor einem öffentlichen Skandal als ich vor der Deportation nach Sibirien. So kam ich in den Gesprächen mit Hanna zu dem Entschluß auszuhalten.

Als der fatale Januartermin herankam, ging ich wieder in die Wohnung meines früheren Kommissars. Die Wohnungstür stand offen. Ein Kind starrte mich, während ich wartete, mit großen Augen, aber schweigend an. Der GPU-Mann war nicht zu sehen. Nach einer halben Stunde ging ich wieder auf die Straße und machte mich auf den Heimweg. Ein paarmal drehte ich mich um und hatte den Eindruck, es stünde jemand auf der Straße, der mir nachschaute. Genau behaupten kann ich das nicht, aber ich konnte nicht daran zweifeln, daß man mich absichtlich „versetzt“ hatte. Man wollte mich also wirklich loswerden. Ich erhielt noch ein paarmal telefonische Anrufe während des Jahres 1949. Einmal kamen die Leute dabei an meine Frau und merkten zu spät, daß ich's nicht selber war. Als sie sagte: Ich werde es meinem Mann berichten, gab der Anrufer keine Antwort, aber sie hörte, wie er drüben mit anderen palaverte. Dann legte er wortlos den Hörer ab. Ein andermal hatte ich gerade Eichelbaum zu Besuch im Zimmer und erklärte dem Anrufer: Ich kann nicht mit Ihnen sprechen, ich habe einen Besucher neben mir sitzen, und hängte meinerseits ab. Eichelbaum war erschrocken und sagte mir später, er habe tagelang meine Verhaftung erwartet. Aber ich kannte ja inzwischen meine Pappenheimer und durchschaute sie. Schließlich ließ ich einmal einen GPU-Mann, der mich auf offener Straße ansprach, einfach stehen, weil ich auf dem Weg zu meiner Vorlesung war und die Studenten im Hörsaal auf mich warteten. Aber endlich kam doch der Tag der Entscheidung.

Am 6. April 1949 kam abends, als es dunkel geworden war, ein deutscher Polizist in meine Wohnung mit russischem Befehl, mich ins Rathaus zu holen. Er lieferte mich an einer bestimmten Zimmertüre ab und verschwand eiligst. Ich stand vor einer ganzen Kommission, deren Sprecher mich mit Vorwürfen empfing, weil ich ihre Befehle mißachtet hätte. Ich versuchte ihnen auseinanderzusetzen, warum ich das hätte tun müssen. Da sagte der Mann: „Nun ja, wir schätzen Sie sehr, aber Sie schätzen uns nicht.“ Da fragte ich sie, ob sie nicht verstehen könnten, daß diese Form der Verhöre nicht geeignet sei, Sym-

pathien zu erwecken. Die Antwort war verblüffend: „Wir werden Sie nicht mehr behelligen.“ Ich mußte mich schriftlich verpflichten, über die „Gespräche“, die sie mit mir geführt hatten, gegen niemand etwas verlauten zu lassen. Diesen Zettel habe ich getrosteten Herzens unterschrieben. Dann durfte ich gehen und wurde von allen mit Handschlag verabschiedet. So erschien ich zur Freude meiner Frau wohlbehalten wieder zu Hause. Als ich dem Propst Spülbeck den Hergang erzählte, war er hochofiziert und sagte: „Wo steckt da der Pferdefuß!“ Von einem solchen Falle der „Dienstentlassung“ habe er noch nie gehört.

Ich erzähle diese Einzelheiten, um zu zeigen, wie blamabel die Methoden der GPU waren. Die Herren fanden weder in meinem Privatleben noch in meiner politischen Vergangenheit eine Handhabe, mich zu erpressen. Sie hatten sich von meiner politischen Einstellung nie eine rechte Vorstellung machen können. Bei einem der früheren Verhöre hatte mich der Inquisitor gefragt: „Warum wollen Sie eigentlich nicht mit uns zusammenarbeiten? Sie waren doch kein Nazi. Sie sind wohl gegen jede Regierung?“ Im Grunde wurden sie mit der Zeit auf ihre Weise respektvoll gegen mich, und sie fanden am Ende einen Ausweg, den ich als anständig bezeichnen muß. Die Technik der Verhöre bestand darin, daß tausend Fragen gestellt wurden, die nichts zu bedeuten hatten, darin eingewickelt aber eine einzige, auf die es ihnen ankam. So wollten sie 1947 zur Zeit der Leipziger Messe von mir wissen, ob Pater Arkenau nach Leipzig gekommen sei. Sie behaupteten, sie wüßten es und wollten es von mir bestätigt haben. In Wirklichkeit war Arkenau Ende 1945 von seinem Orden abgerufen worden und konnte unmöglich in Leipzig sein. Einmal fragten sie mich über Propst Spülbeck aus: von wem er „seine Direktiven“ bekomme. Hören wollten sie offenbar: aus Rom. Ich sagte aber: Vom Bischof von Meißen, und davon, daß der Meißner Bischof kein Suffragan war und tatsächlich Rom direkt unterstand, ließ ich nichts verlauten.

Ein Beispiel von der geheimen Solidarität unsrer Bevölkerung gegen die Russen will ich noch erwähnen. Ein deutscher Angestellter kam in die Universitätsbibliothek, um mich vor die GPU-Kommission zu bringen. Er kam erst an meine Sekretärin Hanna Schneider und hatte es nicht eilig, mit mir selbst zu sprechen. Dann erzählte er mir, er sei mit dem Auto in halb Leipzig herumgefahren, weil er die Universitätsbibliothek nicht gefunden habe. Wenn ich wollte, könnte ich jetzt mit ihm zum Rathaus fahren, ich könnte aber auch später nachkommen. Ich zog das letztere vor. Als ich ins Rathaus kam, war die Kommission gar nicht mehr da. Andere Russen tagten in dem Zimmer, an dessen Tür ich mich meldete, die von nichts wußten. Der Bote hatte mich ganz offenbar absichtlich nicht „gefunden“. Zuletzt haben die GPU-Leute selbst eingesehen, daß ich für sie unergiebig war. Und da möchte ich doch noch einmal anerkennen, daß sie mit Anstand auf mich verzichteten. Sie hatten mich wirklich „gewinnen“ wollen und es ernst gemeint, als sie mir nach meiner Verhaftung sagten, ich stünde unter ihrem Schutze und mir könne gar nichts passieren. Aber wie verfehlt war ihre Methode!

Ich muß aber anderseits betonen, daß sie mich zweiundeinhalb Jahre lang unter einen ganz unnötigen seelischen Druck setzten, der sowohl meine Dozenten- wie meine politische Tätigkeit mit einer schweren Hypothek belastete. Denn natürlich waren mir dadurch immer etwas die Schwingen gestutzt. Hätte man mich zu Gesprächen in die Kommandantur eingeladen, dann hätte ich den politischen Offizieren immer empfehlen können, die SMA täte gut, in der Besatzungszone kursächsische Traditionen zu beleben. Denn solche schlummerten ja nicht bloß in der Bevölkerung Sachsens, sondern auch Thüringens und Sachsen-Anhalts. In den Verhören durch Geheimpolizisten war so etwas undenkbar. So wie meine Lage war, durfte ich nichts sagen, was in der CDU und ihrer Führung unpopulär gewesen wäre. Denn die Solidarität mit der Partei war mein Rückhalt. Die Hoffnung auf Wiedervereinigung zum Bismarck-Reich, so aussichtslos sie im Grunde war, beherrschte nun einmal die Gemüter.

Wie schon erwähnt, fiel meine Verhaftung gerade auf meinen ersten Vorlesungstag. Ich war seit meiner Probevorlesung Mitglied der Historikerkunft. Am 20. bis 23. Mai 1946 nahm ich an einer Tagung der Zonenhistoriker mit kommunistischen Funktionären in Berlin teil. Aus Leipzig nahmen außer mir noch der Dozent Hermann Mau¹¹¹, der achtzigjährige Professor für Landesgeschichte Rudolf Kötzschke¹¹², der einer meiner Lehrer gewesen war, und der Buchhändler Hellmut Köster¹¹³ teil. Sie gehörten alle zur CDU. Es wurde uns gesagt, daß die historischen Vorlesungen im Wintersemester wieder beginnen dürften. Später erschien eines Tages ein sowjetischer Kollege aus Leningrad, um uns ein wenig zu instruieren. Es war ein angenehmer Herr, nicht ohne Verständnis für individuelle wissenschaftliche Arbeit.

Die meiste berufliche Arbeit war in der Universitätsbibliothek zu leisten. Daneben war ich am Unterricht der Anwärter für den mittleren Bibliotheksdienst – überwiegend Mädchen – stark beteiligt, der in der Deutschen Bücherei erteilt wurde. Dadurch kam ich in freundschaftliche Beziehungen zu Direktor Uhlendahl¹¹⁴, der mir in der Gesinnung näher stand als unser eigener Direktor Otto Kiemeyer, der lange Zeit damit beschäftigt war, unsre ausgelagerten Bücher wieder hereinzuholen. Sie waren teilweise von russischen Kommandostellen beschlagnahmt. Kiemeyer konnte mit der nötigen Entschiedenheit auftreten. Er besaß auch Fachkenntnis über die Inkunabeln, die ich nicht hatte. Er war also zweifellos geeignet für den führenden Posten. Menschlich war er mir nicht sehr sympathisch, doch kam ich mit ihm zurecht. 1947 wünschte er das Provisorium der Leitung der Bibliothek in Gemeinschaft

¹¹¹ Hermann Mau (1913–1952), 1951–1952 Geschäftsführer des Instituts für Zeitgeschichte.

¹¹² Rudolf Kötzschke (1867–1949), 1906–1931 Professor für Geschichte in Leipzig.

¹¹³ Hellmut Köster (1898–1963), Verlagsleiter, 1946 Stadtverordneter in Leipzig (CDU), 1946–1950 MdL Sachsen-Anhalt.

¹¹⁴ Heinrich Uhlendahl (1886–1954), 1924 Direktor der Deutschen Bücherei in Leipzig, 1938 Generaldirektor.

mit Mogk und mir zu beenden und amtlich Direktor mit dem entsprechenden höheren Gehalt zu werden. Mein Tagebuch verzeichnet unterm 17. Mai eine Unterredung mit mir über seine Direktion und meine eventuelle Universitätsprofessur.¹¹⁵ Er hoffte, mich auf diese Weise abzufinden, und ich wäre grundsätzlich auch damit einverstanden gewesen. Er hatte aber auch den Ehrgeiz, die Anwärterausbildung, die früher bei der Universitätsbibliothek gewesen war, von der Deutschen Bücherei zurückzuerobern, und [war] daher gegen Uhlendahl. Darin unterstützte ich ihn nicht, und die Landesregierung in Dresden lehnte das ab. Auch Rektor Gadamer hatte keine Neigung, sich dafür einzusetzen. Am 16. Juli hatte ich mit diesem ein Gespräch, in dem er mich bat, die Führer der CDU und LDP im Landtag, Professor Hickmann und Dieckmann¹¹⁶, über unsre Meinung zu informieren. Die beiden Briefe gingen ab. Kiemeyer reagierte damit, daß er dem Betriebsrat mitteilte, er habe in Berlin die Stellung des Leiters des kulturellen Beirats für den Buchhandel angenommen. Er werde also Leipzig verlassen. Da Gadamer verreist war, wurde ich vom Prorektor der Universität empfangen. Ich gab der Universität den Rat, Kiemeyer, wenn er sich selbst in den Weg stelle, nicht nachzulaufen.

Die Universität lief Kiemeyer doch ein wenig nach, besonders auf Betreiben von Professor Frings¹¹⁷, der der Verbindungsmann zu unsrer Bibliothek war und Kiemeyer gern halten wollte. Man machte ihm das Angebot, die Direktion in der Bibliothek neben der Stellung im Buchhandelsbeirat beizubehalten und außerdem eine Honorarprofessur in Leipzig zu bekommen. Das wäre darauf hinausgekommen, daß ich ihn in seiner Abwesenheit sehr häufig zu vertreten hätte und daß ich dabei vielleicht noch unabhängiger geworden wäre als bisher. Dann wollte ich aber wenigstens den Professorentitel auch für mich erhalten. Kiemeyer aber versprach sich großen Einfluß in Berlin. In meinem Tagebuch heißt es: „Was Kiemeyer getan hat, ist typisch für diesen Stimmungsmenschen und Impressionisten. An der Bibliothek liegt ihm einfach nichts mehr.“¹¹⁸

Kiemeyer war ein jüngerer Mitschüler von mir, ein Abiturient des Staatsgymnasiums in Dresden. Er neigte schon als Schüler zu radikalem Gehabe und wurde als Student unter der Weimarer Republik Kommunist. Dabei war

¹¹⁵ IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebuch 1947, S. 20.

¹¹⁶ Johannes Dieckmann (1893–1969), Volkswirt, 1929–1933 MdL in Sachsen (DVP), nach 1933 Geschäftsführer kohlewirtschaftlicher Verbände, 1945 Mitglied im Landesvorstand der LDP in Sachsen, 1946 im Zentralvorstand der LDP, 1949–1969 stellvertretender Vorsitz Parteivorstand LDP, 1946–1952 MdL Sachsen, 1948–1950 Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident von Sachsen, 1949–1969 Präsident der Volkskammer der DDR, 1960 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates der DDR, 1963–1968 Präsident der Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft.

¹¹⁷ Theodor Frings (1886–1968), 1917 Professor für deutsche und niederländische Philologie in Bonn, 1927 in Leipzig.

¹¹⁸ IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebucheintragung vom 16. 7. 1947, S. 28.

er VC-Turnerschafter, also aktives Mitglied einer farbentragenden schlagenden Verbindung. Ich glaube deshalb gar nicht, daß es mit seinem jugendlichen „Kommunismus“ weit her gewesen ist. Immerhin mußte er nach Hitlers „Machtergreifung“ Deutschland verlassen. Er floh von Aachen aus über die belgische Grenze und lebte 12 Jahre lang in verschiedenen Mittelmeerländern. Was er dort alles angefangen hat, weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß er später die längste Zeit in Griechenland verbrachte und es zuwege brachte, auch unter der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg Lehrer an der Deutschen Schule in Thessaloniki zu sein. Ich habe aus seinem Munde vieles gehört, was eher nationalistisch als kommunistisch klang. Er war kein Freund der Russen. Als er 1945 nach Deutschland zurückkehrte, wurde er nicht Mitglied der KPD, sondern der SPD, was ihm von Heinrich Becker, der ihn gleich mir für die Universitätsbibliothek empfahl, als Verdienst angerechnet wurde. Nach der Fusion der beiden „Arbeiterparteien“ sahen sich sowieso alle Sozialdemokraten zusammen mit den Kommunisten in der SED. Daß Kiemeyer besonderes Interesse an sozialen Fragen gehabt hätte, wie es bei Becker und Zeigner ohne Zweifel der Fall war, habe ich nicht bemerkt. Als er 1947 nach Berlin ging, konnte ich mir denken, daß er auch dort bald in Konflikt geraten werde. Ich glaube, er hat die Leitung des kulturellen Beirats für den Buchhandel nur ein Jahr innegehabt. Er verließ noch vor mir die Sowjetische Zone und übersiedelte in die Bundesrepublik. Nach einigen Jahren kehrte er Deutschland den Rücken und ging nach Thessaloniki zurück. In persönlicher Verbindung mit ihm blieb ich schon in der Berliner Zeit nicht. In der Bibliothek habe ich seine Fähigkeiten immer gern anerkannt, seinen Charakter aber zu labil gefunden. Er seinerseits respektierte mich einigermaßen, während er den Kollegen Mogk mißachtete. Mogk hat leider manchmal versucht, etwas Zwietracht zwischen Kiemeyer und mir zu säen. Darauf konnte ich mich nicht einlassen. Das gesamte Klima unsrer Beziehungen war nie ganz ungetrübt.

Ich wende mich jetzt noch einmal zurück zum Herbst 1946, wo mich am 18. Oktober die GPU überfiel und ich am 20. Oktober in den Landtag gewählt wurde. Die Wahlen, die die SMA genehmigte, begannen am 1. September mit der Gemeindewahl in Sachsen. Es war ein besonderer Trick, daß die Wahlen gestaffelt angesetzt wurden: am 1. September in Sachsen, am 8. in Thüringen und Sachsen-Anhalt, am 15. September in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Offensichtlich erfolgte diese Staffelung auf den Rat der deutschen Kommunisten, die in Sachsen jedenfalls auch bei freier Wahl zu siegen hofften und dann hofften, daß dieses Beispiel auf die Wähler der andern Länder ansteckend wirken werde. Die SMA verzichtete vor dem 1. September wirklich auf Einmischung und Beeinflussung. Ich konnte Ende August in den Wahlversammlungen ungehindert sagen, was ich wollte, und die Abstimmung in den Wahllokalen verlief einwandfrei. Das Ergebnis entsprach nicht den Erwartungen der SED. Sie erhielt in vielen Orten nicht die Mehrheit, so daß manche wichtige Städte überwiegend bürgerliche Gemeindevertretungen be-

kamen.¹¹⁹ Als daher in der zweiten Septemberhälfte Land- und Kreistagswahlen ausgeschrieben wurden, war es mit der Neutralität der SMA vorbei. Jetzt mußten die Kandidaten bei den Kommandanturen Skizzen ihrer Wahlreden einreichen. Häufig verschwanden diese Skizzen, statt genehmigt zu werden, in den Schubladen, und die Versammlungen mußten dann ausfallen. Ich habe vor den Landtagswahlen am 20. Oktober eine einzige Wahlrede halten dürfen, die natürlich auch noch durch anwesende GPU-Leute überwacht wurde. Damit wurde in Sachsen erreicht, daß die SED eine Mehrheit gewann. Immerhin erhielt die LDP 30 und die CDU 28 Mandate, zusammen also 58 von 120.¹²⁰ Auch das war also kein glänzendes Resultat für die SED, und die SMA wird daraus ihre Schlüsse gezogen haben.

Ich wurde am 1. September in die Leipziger Gemeindevertretung mitgewählt. Eichelbaum war Spitzenkandidat gewesen und hatte im Großen Saal des Zoologischen Gartens vor einer Riesenversammlung mit großem Erfolg gesprochen. Es war sicher, daß er im Stadtrat zum Zweiten Bürgermeister vorgeschlagen werde. Oberbürgermeister sollte wieder Zeigner werden, Erster Bürgermeister ein LDP-Vertreter. Mir war die Stellung des Fraktionsführers der CDU ziemlich sicher. Aber nun wurde gegen Ende September in Dresden die Landtagsliste der CDU zusammengestellt. Ruland nahm als Leipziger Bezirksvorsitzender daran teil und wünschte dringend, mich an seiner Seite im Landtag zu haben. Ich sollte außerdem als Vertreter der Universität angesehen werden. Ich hatte also zu wählen zwischen dem Landtagsmandat oder einer einflußreichen Stellung in Leipzig. Ich enthielt mich jeden Wunsches und ließ die Dinge laufen. Am Abend des 1. Oktober rief mich Ruland, soeben aus Dresden zurückgekommen, an und teilte mir mit, daß ich auf der Landtagsliste der CDU den neunten Platz erhalten hätte. Damit war meine Wahl so gut wie sicher. Ich entschied mich, die Kandidatur anzunehmen, vorläufig aber noch das Stadtverordnetenmandat in Leipzig beizubehalten.

Am 15. Oktober besuchte mich nachmittags die Marianne Gadow.¹²¹ Wir sollten zusammen nach Eythra fahren, um dort in einer Versammlung der CDU zu sprechen. Das Auto, das uns hinbringen sollte, erschien aber nicht, und so wurde auch aus dieser Wahlrede nichts. Ich erwähne den Vorgang um eines Kuriosums willen. Der Ortsvorsitzende in Eythra hieß nämlich Trotzki.¹²² Als der Name in einem meiner Verhöre einmal erwähnt wurde, gab es

¹¹⁹ Beispielsweise erhielt im Stadtkreis Dresden die SED 48,4 %, die LDP 34,8 %, die CDU 15,9 %, im Stadtkreis Leipzig die SED 46,3 %, die LDP 29,7 %, die CDU 21,5 %, im Stadtkreis Plauen die SED 41,9 %, die LDP 44,3 %, die CDU 12,9 % und im Stadtkreis Zwickau die SED 41,8 %, die LDP 25,7 %, die CDU 31,7 %. Vgl. SBZ-Handbuch, S. 404.

¹²⁰ Die SED erhielt 59 Mandate. Vgl. SBZ-Handbuch, S. 418.

¹²¹ Marianne Gadow (1910–1994), 1945 Eintritt in die CDU Leipzig, 1946–1949 Mitglied im Stadtverordnetenvorstand des Rats der Stadt Leipzig, 1952 Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses der Exil-CDU, 1952–1958 CDU-Stadtverordnete in Wuppertal.

¹²² Anspielung auf Leo Trotzki (1879–1940), russischer Revolutionär.

bei den GPU-Leuten Schmunzeln und Tuscheln. Laut aber nannten sie den von Stalin ja verfeimten Namen nicht.

Trotz des fatalen Ereignisses vom 18. Oktober nahm ich das Landtagsmandat natürlich an. Oder vielmehr gerade erst recht, denn es bedeutete für mich einen zusätzlichen Schutz. Denn um so größer würde das Aufsehen in ganz Sachsen werden, wenn mir etwas zustoßen sollte. Vielleicht würde man um so wichtigere „Berichte“ von mir erwarten. Aber ich war ohnehin entschlossen, mich immer so zu verhalten, daß niemand durch meine Schuld zu Schaden käme. Bis es zur wirklichen Konstituierung des Landtags kam, verging allerdings noch ein ganzer Monat.

Am 22. November, dem Caecilientag, wurde der Landtag in Dresden eröffnet. Die in Leipzig wohnenden Abgeordneten wurden früh um 7 Uhr in einen Autobus verladen und hingefahren. Als Sitzungsgebäude hatte man ein ehemaliges Soldatenheim auf der Königsbrücker Straße, nahe der ehemaligen Pionierkaserne, hergerichtet. Es hatte einen großen, für die 120 Volksvertreter zu reichenden Plenarsaal mit Sitzreihen und die nötigen Nebenräume für die Fraktionen, Sitzungszimmer für Kommissionen, auch Restaurationsräume, wenn es auch vorläufig wenig zu essen und trinken gab. Hanna verproviantierte mich für die Dresdner Sitzungen immer nach Kräften. Wohnen konnte ich bei meinem Freund Steinbach in der Krenkelstraße, [in der] Nähe des Großen Gartens. Von hier mußte ich regelmäßig durch die trostlosen Trümmerstätten der Altstadt und über die Augustusbrücke zur Königsbrücker Straße fahren. Die Reisen von Leipzig hin und her blieben lange beschwerlich, besonders an kalten Wintertagen eine wahre Strapaze, weil die Eisenbahnabteile beschädigte Fensterscheiben hatten. Wenn sich Gelegenheit ergab, ein Auto mitzubenutzen, war man heilfroh.

Vor dem Eingang zum Landtagsgebäude war auf hohem Maste eine große weißgrüne Fahne aufgezogen. Unter Hitler waren die Landesfarben verpönt gewesen. Die sächsischen Emigranten, die gleich hinter den sowjetischen Armeen nach Deutschland zurückkamen, zogen die sächsische Fahne sofort wieder auf. Vermutlich geschah das auf Betreiben des Publizisten Anton Ackermann¹²³, der auf seine Weise ein sächsischer Patriot war. Er hieß eigentlich Eugen Hanisch [und stammte] aus Thalheim im Erzgebirge. Ich lernte ihn bei der Berliner Historikerversammlung vom Mai 1946 kennen; später war er ein Kollege im Landtag. Auch in Leipzig habe ich zum Beispiel im Antifaschistischen Block einzelne Kommunisten kennengelernt, die erfreuliche Kenntnisse aus der sächsischen Geschichte hatten. Sie verloren leider bald ihren Einfluß in der Partei; auch Ackermann fiel in Ungnade. Für mich war die weißgrüne Fah-

¹²³ Anton Ackermann (1905–1973), 1928 Absolvent der Leninschule Moskau, 1945 Leiter der Initiativgruppe im ZK der KPD („Gruppe Ackermann“) für Sachsen, 1945/1946 Mitglied im ZK und Sekretariat des ZK der KPD, ab 1949 Kandidat im Politbüro der SED, 1949–1953 Staatssekretär im Außenministerium, 1953 aller Ämter enthoben, 1956 rehabilitiert.

ne am Landtag ein Zeichen der Hoffnung. Das Parlament, das unter diesem Zeichen tagte, war ja berufen, um unsern Landesstaat wieder aufzurichten, ihm eine Verfassung zu geben. Es hat die Verfassung auch zustande gebracht. Aber sie blieb im wesentlichen auf dem Papier stehen. Die Zeit, wo die Besatzungsmacht vielleicht eine freiheitlichere Entwicklung in ihrer Zone zugelassen hätte, war schon vorbei.

[...]¹²⁴

Ich habe die Umstände geschildert, unter denen ich im Sommer 1945 in die aktive Politik eintrat. Eine sächsische Regierung, von der auch das Symbol der Landesfahne wieder aufgerichtet wurde, war hier noch einmal ins Amt getreten. Ich ahnte aber, daß die Besatzungsmacht das Land, in dem ihr Siegeszeichen, das Völkerschlachtdenkmal, stand, niemals wieder herausgeben werde. Da war es mir ein Trost, daß sächsische Kommunisten die weißgrüne Fahne wieder hervorgeholt hatten. Es lag für mich doch darin eine gewisse Erfüllung alter Wünsche, daß ich in einen sächsischen Landtag gewählt worden war, in dem ich vielleicht Gelegenheit haben würde, mich an der Wiederherstellung unsrer heimischen Staatlichkeit zu beteiligen. Ich wurde allerdings in den Ausschuß, der die neue Verfassung beraten sollte, von der CDU-Fraktion nicht delegiert, sondern dem Ausschuß für Unterricht und Bildung zugeteilt. Aber man wußte bald fast allgemein im Landtag meine Fähigkeit zu schätzen, Anträge und Resolutionen zu formulieren. Zu solchen Aufgaben bestimmte mich die CDU fast immer. Außerdem hatte ich genug Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen mit Ruland und Hellmut Köster, die uns im Verfassungsausschuß vertraten. Die Landesverfassung, die schließlich beschlossen wurde, sah der Weimarer Verfassung in vielen Stücken ähnlich.¹²⁵ Aber es stellte sich leider heraus, daß sie im wesentlichen auf dem Papier stehen blieb.

Die Berliner Zentralverwaltungen, die keine Volksvertretungen, sondern reine Auftragsinstanzen der Besatzungsmacht waren, zogen immer mehr die wesentlichen Zuständigkeiten an sich. Die Tagesordnungen für die Landtags-sitzungen wurden dadurch magerer und enthielten bald überwiegend Belanglosigkeiten. Der Mehrheitspartei im Parlament, der SED, fehlte der Wille zur Selbständigkeit. Ob es die CDU je zu größerem Einfluß hätte bringen können, muß ich dahingestellt lassen. Die Möglichkeit dazu hätte sie wohl nur im Anfang der Vorstandschaft Kaisers und Lemmers gehabt, als es noch gar keine Landtage gab. Unserer Berliner Führung fehlte der Wille zum Föderalismus. Kaiser gab der Idee der nationalen Wiedervereinigung vor allem anderen den Vorrang. Damit entsprach er insofern den Wünschen der Besatzungsmacht, als diese ja auch zentralistisch eingestellt war. Aber die Russen wollten durch Partei- und Verwaltungszentralismus möglichst ganz Deutschland unter ihren Einfluß bringen. Kaisers „Wiedervereinigung in Freiheit“ wünschten sie

¹²⁴ Auslassung: 4 Seiten. Über Sachsen in der Zwischenkriegszeit.

¹²⁵ Verabschiedet am 28. 2. 1947.

nicht. Größere Freiheit in der Zone wäre nur bei Distanzierung von Westdeutschland zu haben gewesen; und Kaiser war nicht Staatsmann genug, um dies zu begreifen. Das Vertrauen der SMA zu seiner Politik nahm beständig ab; um so weniger konnte er erreichen. Mein Vertrauen zu ihm nahm auch ab, aber ich mußte mich hüten, so etwas auszusprechen.

Wie verhältnismäßig hoffnungsvoll ich am Anfang meines „Parlamentarismus“ die Lage noch betrachtete, zeigt eine Tagebuchnotiz vom Neujahrstage 1947:

1946 war für mich ein Jahr des Aufstiegs, für Deutschland ein Jahr des Wartens. Der 20. Oktober war für die Ostzone eine Niederlage des kommunistischen Totalitarismus. Möge auch 1947 ein Jahr des Aufstiegs werden: persönlich und politisch.¹²⁶

Trotz meiner Bedrückung durch die sowjetische GPU war ich also optimistisch gestimmt. Im Januar 1946 war ich in die Leitung der Universitätsbibliothek eingetreten; im Mai nach Erteilung der *venia legendi* in die Philosophische Fakultät aufgenommen worden. Mein Ziel, in die akademische Laufbahn zu gelangen, war also erreicht. Im September hatte man mich zum Stadtverordneten in Leipzig, im Oktober zum Landtagsabgeordneten in Dresden gewählt. Mein städtisches Mandat legte ich übrigens mit dem Ablauf des Jahres nieder, weil Doppelmandate vermieden werden sollten. Ich schätzte den 20. Oktober weit höher ein als den 18., wo mich die GPU meiner Freiheit beraubte. Mich hinterhältig auf der Straße zu überfallen, das war nicht nur eine brutale und plumpe, sondern auch eine törichte Maßregel gewesen. Einen im Lande bekannten Politiker so zu behandeln, war eine höchst ungeeignete Methode, aber es dauerte zweieinhalb Jahre, bis sie ihren Fehler korrigierte. Und während dieser ganzen Zeit war ich doch in meiner politischen Aktivität gelähmt. Das ist nicht zu leugnen und war sehr zu bedauern. Ich habe mich nicht beirren lassen, habe in der Öffentlichkeit weiter so gesprochen wie vorher. Aber ich war doch immer in schwieriger Lage. Am Neujahrstage 1947 sah ich darüber hinweg, aber am Ende dieses Jahres war es gerade, daß sich der Druck am meisten verschärfte. Der erhoffte weitere Aufstieg blieb mir versagt.

Im März 1947 hatten Hanna und ich zunächst die Freude, unsern Sohn wiederzusehen. Hans wurde von Heidelberger Studenten delegiert, an einer Tagung in Dresden teilzunehmen. So konnte er einige Tage bei uns in Leipzig sein. Er verließ uns unbeschreiblich schwer bepackt, weil er alle Sachen nach Heidelberg mitnehmen wollte. Es gelang ihm auch, und er konnte uns schreiben, daß er wieder an seinem Orte sei. Ich hatte aus verschiedenen Gründen den Wunsch, gleichfalls mal in die amerikanische Zone zu reisen: natürlich weil ich Hans besuchen wollte, aber auch, weil ich in München im Kösel-Verlag mit Heinrich Wild verhandeln wollte. Ich arbeitete im Winter 1946/47 an meinem Manuskript „Das

¹²⁶ IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebucheintragung vom 1.1.1947, S. 1.

Messianische Reich“.¹²⁷ Im Sommer 1947 konnte ich es abschließen. Auch das Manuskript über Goethes Suleika lag fertig vor. Die Schwierigkeit lag nur darin, eine Reiseerlaubnis von der sowjetischen Kommandantur zu erlangen. Da bekam ich eine Einladung, in der Volkshochschule von Kempten einen Vortrag zu halten, dessen Thema sich so gestalten ließ, daß ich den Antrag auf Genehmigung mit der Wahrnehmung allgemeiner politischer Interessen begründen konnte. Zu besorgen war freilich, daß mir die GPU einen Strich durch die Rechnung machen könnte. Da kam mir aber zugute, daß die Geheimpolizei und die Kommandantur ohne Fühlung untereinander arbeiteten. Die Kommandantur wurde von der GPU selbst überwacht und hatte kein Interesse, bei ihr anzufragen. Mit Hilfe unsres Kreisvorsitzenden Ruland, der persönlich in der Kommandantur vorsprach, erhielt ich am 17. September meinen Paß und machte mich natürlich schleunigst, ehe es einen Zwischenfall geben konnte, auf die Reise.

Ich war vom 19. September bis zum 11. Oktober in Bayern und Baden-Württemberg unterwegs. Als ich mich in Gutenfürst innerhalb einer gewaltigen Menschengschlange durch die nächtliche Kontrolle gezwängt hatte, traf ich im Pendelzuge nach Hof meinen Fraktionskollegen Alois Hoschek¹²⁸ aus Chemnitz, der auch eine Westreise unternahm. Als wir in Hof stundenlang auf Anschluß warten mußten, gingen wir frühmorgens in der Stadt spazieren in der Hoffnung, daß wir irgendwo ein Frühstück erhalten könnten. Aber es war kein Lokal zu finden, das für uns offen gewesen wäre. So mußten wir zum Bahnhof zurück, wo es auch nichts zur Stärkung gab, und traten dann die lange Bahnfahrt nach München an. Die schlaflose Nacht und der lange Tag machten die Reise recht strapaziös, zumal wir auch erst wieder bei Nacht nach München kamen. Ich trennte mich von Hoschek und wartete bis gegen Morgen. Dann schlug ich mich bis zur Ismaninger Straße durch, auf der Wilds damals wohnten. Früh um 6 Uhr konnte ich riskieren, an der Wohnung zu klingeln. Ich konnte mich waschen und ein wenig schlafen. Dann brachte mich Heinz Wild mit dem Auto nach Sendling, wo er in einem von katholischen Schwestern betreuten Lehrlingsheim ein Zimmer für mich gefunden hatte. Die Unterkunft lag weit draußen, und ich mußte öfters die lange Lindwurmstraße zu Fuß bis zum Goetheplatz gehen, weil es Straßenbahnverkehr nur in gewissen Morgen- und Abendstunden gab. Im Kösel-Verlag wurden meine beiden Buchmanuskripte angenommen. Und als ich mich etwas erholt hatte, machte Heinz mit mir einen Autoausflug nach Kochel und zum Walchensee, der für mich natürlich eine große Freude war. Er vermittelte mir auch einen Besuch bei Dieter Sattler¹²⁹, der Staatssekretär im Bayerischen Kultusministerium war, und regte

¹²⁷ Das Messianische Reich. Über den Ursprung der Kirche im Evangelium, München 1948.

¹²⁸ Alois Hoschek (geb. 1902), Textilhändler, 1918–1923 Mitglied der SPD, 1945 CDU, 1946 MdL Sachsen.

¹²⁹ Dieter Sattler (1906–1968), Architekt, 1947–1950 Staatssekretär für die Schönen Künste im Bayerischen Kultusministerium und Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1952 Botschaftsrat und Kulturreferent bei der deutschen Botschaft in Rom,

bei dieser Gelegenheit eine Berufung nach München für mich an. Von mir selbst aus besuchte ich bei der von den Amerikanern herausgegebenen „Neuen Zeitung“¹³⁰ den Redakteur Hans Lehmann, der früher bei den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ gewesen war. Er bot mir an, die „Neue Zeitung“ nach Leipzig zuzusenden. In ihr fand ich viel Material, das ich in Referaten vor unsern CDU-Mitgliedern in Leipzig ausgezeichnet verwenden konnte. Die Sendungen kamen nicht immer, aber doch häufig genug an, daß ich viel Nutzen daraus ziehen konnte. Ich hielt diese parteiinternen Referate jeden zweiten Samstag und kümmerte mich dabei nicht um die GPU, die sich ja gewiß darüber berichten ließ. Es wurde bei den Verhören nicht verlangt, daß ich diese Tätigkeit unterließ. Man spielte nur manchmal darauf an. Ein Mißerfolg in München war mein Besuch in der Geschäftsstelle der CSU. Ich hatte gehofft, eine Verbindung anknüpfen zu können. Man war aber gegen den Abgeordneten aus der Ostzone so reserviert, daß ich merkte, daß man fürchtete, ich könnte ein russischer Spion sein.

Da mir noch Zeit blieb bis zum Termin meines Vortrags an der Volkshochschule Kempten, benutzte ich die Tage zu einer Reise nach Heidelberg. Hans konnte mich dort in der Studentenbude eines gerade abwesenden Kommilitonen unterbringen, so daß wir mehrere Tage zusammensein konnten. Natürlich besuchte ich das Althistorische Institut und Professor Schaefer, der sein Direktor war. Mit ihm unternahm ich einen Ausflug in den Odenwald. Als es Zeit war, fuhr ich direkt nach Kempten, wo ich bei der Frau Huber¹³¹, der Besitzerin der Druckerei des Kösel-Verlags, wohnen konnte. Der Vortrag war erfolgreich, so daß ich nach Jahren noch einmal nach Kempten eingeladen wurde. Auf der Reise von 1947 war Kempten die letzte Station; meine Zeit war um. Ich verließ die Stadt mit dem Morgenzug um 4 Uhr nach München und stieg dort um in den Zug nach Hof. Ich durfte keine Zeit mehr verlieren und mußte den Pendelzug nach Gutenfürst erreichen. Auf der Rückreise nach Leipzig gab es noch eine Panne. Der Zug blieb in Glauchau mehrere Stunden liegen, weil ihm russische Offiziere, die nach Plauen wollten, die Lokomotive ausspannten. Ersatz gab es nicht; wir mußten warten, bis die Lokomotive zurückkam und uns nach Leipzig brachte.

Mit den Ergebnissen dieser Fahrt nach Westen konnte ich zufrieden sein; die GPU hatte mich anscheinend nicht vermißt. In der Universitätsbibliothek erwarteten mich Arbeit und Verantwortung. Kiemeyer war bereits nach Berlin übersiedelt. Ich mußte sogleich die Leitung übernehmen, nominell zunächst zusammen mit Mogk. Am 20. Oktober war Rektoratswechsel in der Universität.

1959 Ministerialdirektor und Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt, 1966–1968 Botschafter beim Vatikan.

¹³⁰ „Die Neue Zeitung“, erschienen als Organ der amerikanischen Besatzungsmacht seit 18.10.1945 in München und von 1949 bis 1953 in Frankfurt/M.

¹³¹ Ottilie Huber (1884–1972), 1927–1972 Gesellschafterin des Kösel-Verlages und der Graphischen Werkstätten (Druckerei) in Kempten.

Auch Gadamer hatte Leipzig verlassen und war seiner Berufung nach Frankfurt gefolgt. Zur Einführung seines Nachfolgers, des Juristen Jakobi¹³², kam er jetzt noch einmal zurück.^{132a} Ich war auch mit Professor Jakobi gut bekannt. Ich hatte ihn 1938/39 auf einem Gesellschaftsabend beim Rechtsanwalt Hansen kennengelernt. Hansen war Anwalt am Reichsgericht, also Kollege von Ruland. Er hatte eine jüdische Frau. Sein Haus war eine Zuflucht für Nazi-Gegner, vor allem jahrelang für Paul Stern, der bei ihm aus- und einging. In dieser Gesellschaft traf ich auf Professor Jakobi. Da gab es natürlich leicht eine persönliche Annäherung. Als er Rektor geworden war und ich der tatsächliche Leiter der Bibliothek, hatten wir nunmehr öfters miteinander zu tun. Ich konnte ihm meine persönlichen Wünsche mitteilen: entweder amtlich zum Nachfolger von Kiemeyer berufen zu werden oder aber noch lieber zum Universitätsprofessor. Jakobi war der Meinung, ich könnte beides werden. Er schlug dies in meiner Gegenwart bei einer Verhandlung mit Rocholl^{132b} vor, der eine mir nicht ganz definierbare Stellung im Volksbildungsministerium in Dresden bekleidete. Rocholl war ein SED-Mann, von dem ich vermutete, daß er Beförderungen für mich eher hintertreiben als begünstigen werde. Meine Vermutung bestätigte sich bald. Sicher wäre jede Entscheidung über die Leitung der Bibliothek auf die lange Bank geschoben worden, wenn nicht der Rocholl vorgesetzte Hochschulreferent in Dresden, der Chemiker Professor Simon¹³³ von der Dresdner Technischen Hochschule, die Sache in die Hand genommen hätte. Simon gehörte der Liberaldemokratischen Partei an. Nach einem Gespräch, das ich als Abgeordneter mit ihm führte, schlug er Lärm und zwang Rocholl, meine Ernennung auszufertigen. Ich wurde nicht „Direktor“, was auch Kiemeyer nicht gewesen war, aber ich wurde amtlich mit der Wahrnehmung der Direktorgeschäfte beauftragt. Meine Berufung zum Professor aber wurde tatsächlich verhindert, und ich halte es für sicher, daß Rocholl seine Hand dabei im Spiel hatte.

[...] ¹³⁴

Sicherlich war es die Krise, die zum Rücktritt Jakob Kaisers führte, die auch den Druck der GPU auf mich so fühlbar verstärkte. Ich wurde in den vierzehn Tagen vor Weihnachten 1947 nicht weniger als viermal zum Verhör bestellt.

¹³² Erwin Jacobi (1884–1965), 1920 Professor für öffentliches und Arbeitsrecht in Leipzig, 1933 entlassen, 1945–1958 Professor für Staatsrecht in Leipzig, 1947/1948 Rektor der Universität Leipzig, 1948/1949 kooptiertes Mitglied des Verfassungsausschusses des Deutschen Volksrates.

^{132a} Zu diesen Vorgängen Gadamer, *Philosophische Lehrjahre*, S. 133 und S. 139f.

^{132b} Heinz-Otto Rocholl (geb. 1912) 1946–1951 Mitarbeiter im Ministerium für Volksbildung in Sachsen, Referent für Bibliotheken und Pädagogische Fakultäten bzw. Referent für Wissenschaftliche Bibliotheken und Archive sowie für das Akademische Prüfungswesen.

¹³³ Arthur Simon (1893–1962), 1932–1960 Professor für Chemie an der TH Dresden, nach 1945 SED, 1946–1948 Leiter der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft im Ministerium für Volksbildung Sachsen.

¹³⁴ Auslassung: 2 Seiten. Über die Deutschlandpolitik 1945–1947.

Auch in den ersten Monaten des neuen Jahres war meine Lage nicht angenehm. Um so willkommener war mir die Aussicht, dem Druck durch eine Berufung nach München zu entgehen. Ich erhielt im Februar 1948 ein Schreiben des Prodekans der Allgemeinwissenschaftlichen Fakultät der Technischen Hochschule mit der Anfrage, ob ich grundsätzlich einer Berufung zustimmen würde. Natürlich bejahte ich das. Ich bekam darauf einen Fragebogen, den ich umgehend ausfüllte. Aber dann wartete ich vergebens auf eine Entscheidung. Man wollte an der Münchner Technischen Hochschule den planmäßigen Lehrstuhl für Geschichte wieder besetzen, den einst der Graf Du Moulin-Eckart¹³⁵ innegehabt hatte. Aber es muß wohl noch andere Anwärter gegeben haben. Jedenfalls hörte ich nichts weiter und gab allmählich die Hoffnung auf. Aber im Februar/März 1950, also nach vollen zwei Jahren, erfolgte die Berufung doch, als ich bereits einen andern Ruf nach München, nämlich an das neu zu gründende „Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit“¹³⁶ angenommen hatte. Ich habe diese Verzögerung immer bedauern müssen, weil ich in Leipzig eigentlich nur Zeit verlor und eine erfolgreiche Wirksamkeit immer weniger erwarten konnte.

Denn die Hoffnung auf eine Professur in Leipzig wurde auch immer geringer. Zunächst wurde Professor Johannes Kühn¹³⁷, bisher an der Technischen Hochschule in Dresden, nach Leipzig versetzt. Sein Verhältnis zu mir gestaltete sich nicht schlecht, aber meine Hörschaft änderte sich nach der ungünstigen Seite. 1948 kamen zum ersten Male die „Arbeiter- und Bauernkinder“, die in Kursen zu akademischem Studium ausgebildet worden waren, zur Universität, die natürlich einen andern Geist mitbrachten als die bisherigen Studenten. Den „Kapitalistenkindern“ wurde die Aufnahme verweigert. Ich konnte im Herbst 1947 gerade noch erreichen, daß meine Nichte Renate Böhme aus Aue zugelassen wurde. 1948 hatte ich einige Unterredungen mit Professor Frings, der mir mitteilte, die Philosophische Fakultät wünsche meine Ernennung, aber die Sache sei sehr schwierig. Sicherlich war es Herr Rocholl in Dresden, der meine Angelegenheit verzögerte. Einige andere erledigte Lehrstühle wurden neu besetzt, besonders der philosophische von Gadamer, für den Ernst Bloch¹³⁸ nach Leipzig berufen wurde. Mehrere bisherige Lehrkräfte ließen sich, wenn sie konnten, in wachsender Zahl aus Leipzig abberufen. Auf

¹³⁵ Richard Graf Du Moulin Eckart auf Bertoldsheim (1864–1938), 1897 Professor für Geschichte in Heidelberg, 1898 in München.

¹³⁶ Zur Gründungsgeschichte dieses Instituts, für das 1950 die Bezeichnung „Institut für Zeitgeschichte“ als offizieller Kurztitel eingeführt wurde, Hellmuth Auerbach, Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZ 18 (1970), S. 529–554, hier S. 552. Im Mai 1952 erfolgte aufgrund eines Beschlusses von Kuratorium und Beirat die Umbenennung in „Institut für Zeitgeschichte“.

¹³⁷ Johannes Kühn (geb. 1887), 1927 Professor für Neuere Geschichte in Leipzig, 1928 an der TH Dresden, 1947 in Leipzig, 1949 in Heidelberg.

¹³⁸ Ernst Bloch (1885–1977), Philosoph, 1948 Professor in Leipzig, 1957 zwangsemeritiert, 1961 Gastprofessor an der Universität Tübingen.

die Philosophen Litt¹³⁹ und Gadamer folgten der Altphilologe Klingner und der Volkswirtschaftler Lütge¹⁴⁰, die beide an die Universität München gingen. Auch Johannes Kühn zögerte nicht lange, als er 1949 einen Ruf nach Heidelberg erhielt. Er wurde hier Fachkollege von Hans Schaefer, der bedauerte, daß die Wahl seiner Fakultät nicht auf mich gefallen war. Ich war den Heidelbergern noch unbekannt. In München besaß ich „viele Freunde“, wie mir später Franz Schnabel¹⁴¹ einmal sagte. Deswegen ist ja wohl auch aus der Münchner Berufung am Ende doch noch etwas geworden.

Meine Bedrängnis durch die GPU ließ etwa seit dem April 1948 nach. Wie es zugeht, daß sie ein Jahr später ganz aufhörte, habe ich früher erzählt. Dafür nahmen in meiner Leitung der Universitätsbibliothek die Schwierigkeiten zu. Das Unterrichtsministerium setzte dem Rektor der Universität und mir als dem Direktor der Bibliothek einen Aufpasser vor die Nase, den ehemaligen Volksschullehrer Eichler¹⁴², als sogenannten „Kurator“. Dieses staatliche Aufsichtsorgan über die Hochschulen hatte es früher nur in Preußen gegeben. Jetzt wurde es in Sachsen eingeführt. Herr Eichler war natürlich Kommunist. Er mißtraute mir sozusagen gleich von parteiwegen. Er hätte mich sicher gern aus dem Sattel gehoben. Als ich einmal mit ihm zu verhandeln hatte, machte er sich fortgesetzt Notizen, so daß ich ihn schließlich fragte, was denn das heißen sollte, daß er jede Äußerung von mir schriftlich fixierte: „Er müsse sich doch sichern. Ich sei doch Abgeordneter, und er wisse doch nicht, was ich etwa im Landtag gegen ihn unternähme oder was ich dem Minister Holtzhauer erzählte“. Er traute mir also zu, ich könnte versuchen, ihn um sein Amt zu bringen. Daran merkte ich, wie innerlich unsicher Eichler war. Einmal hatte er mich in Dresden denunziert. Da nahm mich Holtzhauer im Landtag beiseite und sagte, er werde auf die Anschuldigung überhaupt nicht eingehen. Ich sollte aber von mir aus Konflikte mit dem Kurator möglichst vermeiden. Da war Herr Saegenschnitter^{142a}, der unter Kiemeyer als Restaurator beschädigter Handschriften zur Bibliothek gekommen war, ein viel vernünftigerer Mann. Ich wußte, daß er von der SED als Überwacher in die Bibliothek geschickt worden war. Zu ihm bekam ich aber ein so gutes Verhältnis, daß er in seinen Kreisen offen für mich eintrat und alle Zweifel an der Korrektheit und

¹³⁹ Theodor Litt (1880–1962), Philosoph und Pädagoge, 1919 Professor in Bonn, 1920–1937 und 1945–1947 in Leipzig, ab 1947 wieder in Bonn.

¹⁴⁰ Friedrich Lütge (1901–1968), 1940 Professor für Wirtschaftsgeschichte und Volkswirtschaftslehre an der Handelshochschule später Universität Leipzig, 1947 in München.

¹⁴¹ Franz Schnabel (1887–1966), 1922–1936 an der TH Karlsruhe, 1947 Professor in München, 1951 Präsident der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

¹⁴² Ernst Eichler (1900–1986), 1948–1949 zur politischen Gleichschaltung der Universität als Kurator eingesetzt.

^{142a} Ernst Saegenschnitter (1887–1962) Restaurator, 1932–1943 Leiter der Bibliothek des Börsenvereins, 1946–1947 Tätigkeit in der Privatwirtschaft, ab 1947 Angestellter in der Universitätsbibliothek Leipzig, ab 1950 stellv. Direktor.

politischen Loyalität meiner Amtsführung zurückwies. Als ich ihm 1950 mitteilte, daß ich einen Ruf nach München angenommen hätte und die Bibliothek verlassen mußte, hat er meinen Abgang aufrichtig bedauert. Wir unterhielten uns über Münchner Lokalitäten wie die „Torggelstube“, die er auch kannte, und trennten uns in bestem Einvernehmen. Ich pflegte auch ein gutes Verhältnis zur Deutschen Bücherei und ihrem Direktor Uhlendahl, die Kielmeyer aus überflüssigem Konkurrenzehreiz befehdet hatte. Meine Vortragskurse in der Bücherei behielt ich bei, und meinen eigenen Untergebenen – überwiegend Mädchen und Frauen – machte ich eine sichtliche Freude, indem ich regelmäßig am Samstag vor dem Dienstschluß eine Vorlesung hielt, deren Besuch freiwillig war, aber von allen fast niemals versäumt wurde.

[...]¹⁴³

Mir wurde im Herbst 1948 endgültig klar, daß ich zu wählen haben würde zwischen einer Laufbahn im kommunistischen System und der Übersiedlung in die kommende Bundesrepublik. Eine Laufbahn in der Ostzone hätte mir offengestanden. Ich hätte nur zur SED übergehen müssen. Der sehr prominente Kommunist Hermann Matern¹⁴⁴, der dem Sächsischen Landtag angehörte, sagte einmal bei Gelegenheit in offener Sitzung: „Wir hoffen, Herrn Dr. Buchheim noch für uns zu gewinnen.“

Aber wie stand es um die Möglichkeit, nach Bayern auszuwandern? Ich erhielt am 3. November 1948 eine Karte von Hans Schaefer, der sich bei einem Besuch in München nach meiner Sache erkundigt hatte, meine Berufung an die Technische Hochschule in München sei so gut wie entschieden; es könnte höchstens noch bürokratische Schwierigkeiten geben. Offensichtlich hat es diese reichlich gegeben, sogar noch, als 1950 die Berufung ausgesprochen wurde und ich in München eingetroffen war. Erst als ich schon ein paar Monate am Orte war, wurde meine Ernennung zum Professor wirklich vollzogen.

Im August 1948 erhielt ich ganz unerwartet eine Einladung von dem mir unbekannten katholischen Pfarrer von Römhild, einen Urlaub bei ihm zu verbringen.¹⁴⁵ Römhild ist ein angenehmes Städtchen im ehemaligen Herzogtum Meiningen, also zwar jenseits des Thüringer Waldes schon im Fränkischen, aber auf altem kursächsischen, später ernestinischen Boden, das ich gern einmal kennenlernte. Ich verdankte dieses Arrangement der Buchhändlerin Gertrud Goldbach. Sie war eine Katholikin aus Fulda und hatte mich 1945, als ich noch Verlagsleiter im Hause Brandstetter war, im Büro besucht. Sie besaß in Meiningen ein florierendes Sortimentsgeschäft und wohnte dort gleich im Bahnhof, denn ihr Vater war der Stationsvorsteher. Römhild liegt am Südfuß

¹⁴³ Auslassung: 1 Seite. Über die Währungsreform, die Berlin-Blockade und die Vorbereitungen zur Gründung der Bundesrepublik.

¹⁴⁴ Hermann Matern (1893–1971), 1911 SPD, 1919 KPD, Mai-Juni 1945 „Gruppe Ackermann“, 1945/1946 im ZK der KPD, 1946–1971 ZS/Politbüro SED, 1946–1950 MdL Sachsen, 1948–1971 MdVR bzw. MdVK.

¹⁴⁵ Buchheims Besuch in Römhild dauerte vom 10. bis 24. 9. 1948, IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebucheintragung vom 25. 9. 1948, S. 108.

der beiden Gleichberge, über deren Sattel die Straße nach Hildburghausen führt. Auf der Paßhöhe liegen einige Villen und ein Gasthaus, in dem mir der Pfarrer ein Zimmer besorgte, eine gute Viertelstunde vom Städtchen entfernt. Er versorgte mich reichlich mit seinen Brotmarken, die er nicht brauchte, weil er ein Bauernsohn aus der Umgebung war. Einer seiner Brüder bewirtschaftete den väterlichen Hof; zwei andere waren ebenfalls Geistliche, sogar Ordensgeistliche. Der Pfarrer war gleichzeitig Caritasdirektor jener Gegend. Als solcher fuhr er ein zwar uraltes, aber mit einem vortrefflichen Motor ausgestattetes Auto, mit dem er mich weit herum im Lande spazierenfuhr. Die ganze Gegend ist prähistorisch interessant. Man zeigte und erklärte mir Anlagen aus karolingischer und noch vorkarolingischer Zeit. Auf beiden Gipfeln der Gleichen gab es alte Burgwälle zu sehen. Wahrscheinlich waren es alte Fluchtburgen, in denen die Bauern sich und ihr Vieh in Sicherheit brachten, wenn Feinde das Land bedrohten. Hinter den Bergen dehnt sich ein großer Wald aus, auf dessen einsamen Wegen ich herumstreifen konnte. Ich hatte also nicht bloß erholsame, sondern auch recht interessante Urlaubstage. Die Zonengrenze verlief ganz in der Nähe. Sie durfte man nicht überschreiten, sonst wäre ein Besuch in Würzburg leicht möglich gewesen. Das Land ist im allgemeinen protestantisch, aber es gab einzelne katholische Dörfer und auch in den Städten katholische Gemeinden. In Meiningen wurde ich zu einem Vortrag aufgefordert. Alles verlief aufs beste, und ich wurde ein Jahr später noch einmal eingeladen. Nachdem ich 1950 die Zone verlassen hatte, rissen natürlich leider auch diese Beziehungen wieder ab.

Zu Pfingsten 1949 gelang es mir noch einmal, einen Interzonenpaß zu erhalten, diesmal ohne die Sorge, daß mir die GPU einen Strich durch die Rechnung machen werde, denn seit dem 6. April war ich sie los. Dieser Besuch galt meinem Sohne in Heidelberg und meinem Freunde Schaefer. Die Finanzierung des Studiums meines Sohnes machte mir seit der Währungsreform ernstliche Schwierigkeiten. Ich besaß zwar einige Mittel auf meinem Westmarkkonto bei Kösel in München, aber das war nicht genug. Im Frühjahr 1948 erschienen meine beiden Bücher „Das Messianische Reich“ und „Goethes Suleika“. Von beiden wurden mehrere Tausend Exemplare verkauft, aber ich mußte doch zusätzlich Geld auftreiben. Das gelang halbwegs durch Vereinbarungen mit Dr. Hans Lehmann, dem Münchner Redakteur, und mit meinem ehemaligen Klassenkameraden vom Staatsgymnasium Dresden, William Threlfall¹⁴⁶, der Mathematikprofessor in Heidelberg war. Für beide übernahm ich einige Zahlungsverpflichtungen in Chemnitz und Dresden, die wir dann gegenseitig verrechneten. Natürlich kam ich dabei schlecht weg, weil der Wechselkurs der Ostmark sehr schlecht war. Sowohl Lehmann wie Threlfall nahmen das nicht so genau und halfen mir über Schwierigkeiten hinweg.

[...]¹⁴⁷

¹⁴⁶ William Threlfall (1888–1949), Professor für Mathematik und Logik.

¹⁴⁷ Auslassung: 1 1/2 Seiten. Nähere Angaben zu William Threlfall.

Am 23. Mai 1949 beendete der Parlamentarische Rat in Bonn seine Beratungen, das neue „Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“ wurde bekanntgegeben. Im August¹⁴⁸ wurden freie Wahlen durchgeführt; im September trat der erste Bundestag zusammen. Er wählte Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler, der dann die Minister der ersten Bundesregierung berief. Die SMA antwortete am 7. Oktober mit der Gründung der „Deutschen Demokratischen Republik“. Ein dritter „Volkskongreß“ beschloß eine provisorische Verfassung¹⁴⁹, die ebenso der Weimarer Verfassung ähnlich sah wie die Verfassung des Landes Sachsen und ebenso auf dem Papier stehen blieb. Ich hätte mich vom Landtag in diesen Volkskongreß delegieren lassen können, wollte aber mit dem ganzen Verfahren nichts zu tun haben. Die Staatsbildung im Osten sah ich nach der Staatsbildung im Westen als geschichtslogisch und unvermeidlich an. Aber der Unterschied war, daß die Verfassung im Westen von den Wählern gebilligt war¹⁵⁰, die im Osten nicht. Auch die eigentlich fällige Neuwahl in Sachsen fiel aus. Unsre Landtagsmandate liefen nach dreijähriger Dauer im Herbst 1949 ab. Sie wurden willkürlich um ein Jahr verlängert, um für die Konstituierung des neuen Zonenstaates Zeit zu gewinnen. Man wollte zu diesem Zeitpunkt jede Wahl vermeiden. Ich habe damals in einer CDU-Versammlung zu unsern Parteifreunden gesagt, die vom Volkskongreß beschlossene Verfassung sei ihrem Wortlaut nach gut und auch die Verschiebung der Landtagsneuwahl sei vertretbar. Wenn die neue Deutsche Demokratische Republik nach ihrer Verfassung regiert werde, könnte man sich zufriedengeben; wenn nicht, dann würden wir das spätestens zu Weihnachten wissen. Und dann würde ich nicht mehr vor sie treten, um die Berliner Beschlüsse zu verteidigen.

Während des Ablaufs dieser Dinge wurde im September 1949 zum ersten Male wieder die Verbandstagung der deutschen Historiker veranstaltet¹⁵¹, an der ich teilzunehmen wünschte. Ich beantragte also im Dresdner Volksbildungsministerium, das jetzt zuständig war, einen Paß. Jeder Bescheid blieb aus. Ich fand aber Gelegenheit, mich direkt an die Nachfolgerin Professor Simons, der sein Amt abgegeben hatte, zu wenden. Das Dezernat für Hochschulen war wieder in den Händen der LDP, der Frau Dyck.¹⁵² Die Dame versprach mir, sich sofort um mein Gesuch zu kümmern, und da kam an den Tag, daß Herr Rocholl, jetzt Oberregierungsrat betitelt, meinen Antrag einfach in seiner Schublade hatte verschwinden lassen. Ich habe ihn, als ich später wieder

¹⁴⁸ Am 14.8.1949.

¹⁴⁹ Am 29./30.5.1949.

¹⁵⁰ Die Annahme des Grundgesetzes erfolgte durch das Votum der Landtage, nicht durch eine Volksabstimmung.

¹⁵¹ 20. deutscher Historikertag in München vom 12. bis 15.9.1949.

¹⁵² Margarete Dyck (1887–1956), Lehrerin, ab 1929 Oberregierungsrätin bzw. Ministerialrätin im sächsischen Ministerium für Volksbildung, 1948–1950 Ministerialdirektorin im Ministerium für Volksbildung in Sachsen, 1949 Beisitzerin im Landesvorstand der LDP in Sachsen, 1949–1953 Mitglied des Zentralvorstandes der LDP.

nach Dresden kam, persönlich zur Rede gestellt. Da erklärte er mir, es sei doch anzunehmen, daß ich die Teilnahme am Historikertag benutzen werde, mich um eine Berufung nach Westdeutschland zu kümmern. Das habe er verhindern wollen. Er halte es für einen Fehler von Frau Dyck, mir die Reise zu gestatten. Er hatte ja in der Sache nicht unrecht; aber sein Verfahren war doch unerhört.

Die Eindrücke vom Historikertag waren nicht alle erfreulich. Ärgerlich war vor allem das überaus anmaßende Auftreten von Gerhard Ritter¹⁵³, der so tat, als hätte er allein zu bestimmen, wie die Revision des deutschen Geschichtsbildes auszusehen hätte. Im Anschluß an die Tagung hatte mich Gerhard Kroll¹⁵⁴ um einen Besuch in dem noch im Entstehen begriffenen Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit gebeten. Kroll stammte aus Schlesien, seine Frau aus Sachsen. Er kam 1945 zu einem kurzen Aufenthalt nach Leipzig und reiste dann nach Bayern weiter. Hier beteiligte er sich sofort an der Politik. Er rechnete sich zu den Gründungsmitgliedern der bayerischen CSU. Mit einigen ihrer Führer wie Hundhammer¹⁵⁵ und Josef Müller¹⁵⁶, dem „Ochsen-sepp“, stand er auf Duzfuß. Er wurde Landtagsabgeordneter und Landrat in Staffelstein, war also ein einflußreicher Mann. Mit großer Betriebsamkeit und Energie wandte er sich dem Gedanken zu, in München ein historisches Institut zu gründen, das die verhängnisvolle Geschichte der jüngsten Zeit erforschen sollte. Er trieb die ersten Finanzmittel dafür auf, mietete die Räume in der Reitmorstraße und stellte die ersten Mitarbeiter ein. Nun forderte er mich dringend auf, die wissenschaftliche Leitung zu übernehmen. Ich gab Kroll keine Zusage an Ort und Stelle, sondern behielt mir vor, endgültigen Bescheid erst von Leipzig aus zu schreiben. Das Unternehmen stand noch nicht auf solidem Boden. Befreundete Historiker wie Franz Schnabel rieten mir eher ab. Er meinte, es sei ein „Abstieg“ vom Leiter der Leipziger Universitätsbibliothek zu der ungewissen Neugründung eines Tagespolitikers in München.

Ich ließ mir denn auch Zeit bis in die Weihnachtsferien, um die politische Entwicklung in der DDR zu prüfen. Noch war ich Landtagsabgeordneter;

¹⁵³ Gerhard Ritter (1888–1967), 1924 Professor für Geschichte in Hamburg, 1925–1956 in Freiburg.

¹⁵⁴ Gerhard Kroll (1910–1963), Mitbegründer der CSU in Bamberg, 1946/1947 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946–1948 Landrat in Staffelstein, 1946–1950 MdL, 1948/1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949–1951 erster Geschäftsführer des heutigen Instituts für Zeitgeschichte.

¹⁵⁵ Alois Hundhammer (1900–1974), Mitbegründer der CSU, 1946–1952 Mitglied des Landesvorstands, 1952–1960 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands, 1946–1970 MdL, 1946–1951 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, 1951–1954 Präsident des Bayerischen Landtags, 1946–1950 Bayerischer Kultusminister, 1957–1969 Bayerischer Landwirtschaftsminister, 1964–1969 stellvertretender Ministerpräsident.

¹⁵⁶ Josef Müller (1898–1979), Mitbegründer der CSU, 1946–1949 Landesvorsitzender der CSU, 1946–1960 und 1963–1968 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946–1949 und 1963–1965 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands, 1946–1962 MdL, 1947–1952 bayerischer Justizminister, 1947–1950 stellvertretender Ministerpräsident.

aber ich mußte bezweifeln, daß ich meine Stellung in der Bibliothek würde halten können, wenn ich nicht mehr Abgeordneter wäre. Es war zu befürchten, daß man die Wahlen der neuen „Volksvertreter“ in Ostberlin nicht mehr mit Parteilisten, sondern mit einer Einheitsliste vornehmen werde. Und auf einer solchen Liste wünschte ich nicht mit meinem Namen zu erscheinen. Es war vor auszusehen, welche Folgen das haben werde. Darum entschloß ich mich, auf das Münchner Projekt einzugehen. Zu Weihnachten sandte ich die Zusage an Kroll.

Die Entscheidung konnte nicht über das Jahresende aufgeschoben werden, denn ich mußte ja, wenn ich nach München gehen wollte, meine Stellung in Leipzig rechtzeitig für den 31. März 1950 kündigen. Das Risiko, das damit verbunden war, mußte ich tragen, und die Entwicklung innerhalb der CDU gab mir recht. Die Berliner Parteizentrale, Nuschke und sein Generalsekretär¹⁵⁷, wollten der Einheitsliste zustimmen.¹⁵⁸ Als ich im November oder Dezember noch einmal eine bildungspolitische Tagung in Ostberlin mitmachte, wollte mich Dertingers¹⁵⁹ Frau, die eine hochgeborene Gräfin war, für die Politik ihres Mannes gewinnen. Ich vermied es, ihr eine bestimmte Antwort zu geben, wußte aber, woran ich war. Im Gegensatz zu den Berlinern lehnten der Landesverband Sachsen unter Hickmann und der Bezirksverband Leipzig unter Ruland die Einheitsliste ab. Ruland war seit 1948 Oberlandesgerichtspräsident in Dresden; er bekleidete also das höchste Richteramt des Landes Sachsen: eine hochangesehene, aber auf die Regierungspolitik leider einflußlose Stelle. Dertinger besaß unser Vertrauen nicht. Aber die SMA handelte nur noch nach dem Gesichtspunkt, die DDR fest in der Hand zu behalten. Sie befahl einfach den Parteien, die Einheitsliste anzunehmen. Die SED organisierte lärmende Straßendemonstrationen gegen Hickmann in Dresden¹⁶⁰ und Ruland in Leipzig. Hickmann wurde mitsamt dem Stuhle, auf dem er in seinem Büro saß, gewaltsam auf die Straße gesetzt, und unser Leipziger Bezirksvorstand wurde gezwungen, Ruland abzusetzen. Zum Sprecher der kommunistischen Zumutungen in der Vorstandssitzung machte sich Dr. Singer mit dem Argument, das Christentum verlange Gehorsam gegen die Obrigkeit, die von Gott verordnet sei. Ruland wurde gefragt, wer ihn beraten hätte. Da griff ich

¹⁵⁷ Gerald Götting (geb. 1923), 1946 Eintritt in die CDU, FDJ, FDGB, 1949–1966 Generalsekretär der CDU, 1966–1989 Vorsitzender der CDU, 1960–1989 stellvertretender Staatsratsvorsitzender der DDR.

¹⁵⁸ Vgl. hierzu Michael Richter, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, Düsseldorf 1990, S. 241–248, S. 291–293.

¹⁵⁹ Georg Dertinger (1902–1968), Journalist, 1945/1946 Pressereferent im Parteivorstand der CDU, 1946/1947 Mitglied des Verfassungsausschusses beim Parteivorstand, 1946–1949 CDU-Generalsekretär, ab 1948 CDU-Delegierter im Zentralen Blockausschuß, 1952–1953 stellvertretender Vorsitzender der CDU, 1949–1953 Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, 1954 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1964 begnadigt, danach Lektor in Leipzig.

¹⁶⁰ Vgl. Richter, *Ost-CDU*, S. 223 f.

zu und sagte, ich sei es gewesen. Es wirkte immerhin verblüffend auf die Anwesenden, daß Ruland und ich gemeinsam jetzt unsre Vorstandsämter niederlegten und den Sitzungsraum verließen. Wir gingen zusammen bis zu seinem Haus in der Karl-Tauchnitz-Straße und redeten dabei kein Wort. Aber wir waren uns einig, daß eine weitere politische Tätigkeit in der DDR für uns unmöglich sei. Das war im Februar 1950.

Unsre Landtagsmandate behielten wir noch bei. Aber auf der nächsten Tagung in Dresden ging es ebenso stürmisch zu. An unsrer Fraktionssitzung nahmen russische Offiziere teil, die uns einfach befahlen, was wir zu beschließen hätten. Die Sitzung verlief sehr ungeregelt und endigte in einer Art von Chaos. Als wir hinterher in der Landtagsrestauration saßen, sagte Hickmann im Privatgespräch zu mir: „So wird man berühmt.“ Er war Mitglied des evangelischen Domkapitels von Meißen und zog sich bald aus der Politik auf seine Domherren-Pfründe zurück.

Kurze Zeit darnach, als ich wieder in Leipzig war, erhielt ich das amtliche Schreiben aus München, das mich an die Technische Hochschule berief. Da hatte ich also plötzlich gleich zwei Berufungen in den Händen. Die amtliche nannte mir den Namen eines Ministerialrats im Kultusministerium, mit dem ich weitere Verhandlungen führen könnte. Natürlich war dieser Ruf wichtiger als der an Krolls Institut. Ich fuhr mit dem neuen Dokument nach Dresden zu Holtzhauer und sagte ihm, ich gedächte dieser Berufung zu folgen; was er dazu meine. Er antwortete: „In einem solchen Falle kann man Ja oder Nein sagen; bei Ihnen werden wir Ja sagen. Das bedeutet, daß Sie beim Umzug Ihre Möbel und Ihr übriges Eigentum mitnehmen können.“ Die sächsische Staatsregierung werde meinen Wegzug genehmigen. Ich hatte ganz den Eindruck, daß er froh war, mich auf ehrenvolle Weise loszuwerden. Es war ja vor auszusehen, daß man mit mir auf die Dauer im Staatsdienst nichts mehr werde anfangen können. Wenn ich jetzt freiwillig wegging, blieben ihm zukünftig Maßregeln erspart, die er wahrscheinlich nicht gern verfügt haben würde. Als ich im April noch einmal im Landtag war, verabschiedete ich mich persönlich von ihm. Da bedankte er sich für meine politische Mitarbeit und fügte hinzu: „Ich möchte mich auch dafür bedanken, daß Sie so offen Ihre Entlassung beantragt haben und nicht bei Nacht und Nebel über die Grenze gegangen sind.“ Ich kann also mit Freude feststellen, daß mich die sächsische Regierung anständig behandelt hat. Wir gingen in Frieden auseinander. Für mich aber war es ein großer Gewinn, daß ich meine Heimat nicht als Flüchtling zu verlassen brauchte.

In Leipzig gingen die Dinge ebenso glatt. Direktor Uhlendahl benutzte eine Gelegenheit, wo er mich in Anwesenheit von Frau Dyck und anderen Staatsvertretern kollegial verabschiedete und mir für meine Arbeit im Bibliothekswesen dankte. Die Universitätsbibliothek aber veranstaltete am 31. März für mich eine Abschiedsfeier, bei der man in freundlichen Reden meinen Wegzug bedauerte und mir Andenken an die Belegschaft schenkte.

Es verging noch ein ganzer Monat, bis ich wirklich nach München fahren konnte, denn die Ausstellung meines Passes verzögerte sich. Ich mußte sogar

eigens noch einmal nach Dresden fahren, um an zuständiger Stelle die Erledigung zu erreichen. Erst am 4. Mai konnte ich abends auf dem Hauptbahnhof den Interzonenzug Berlin-München besteigen. Außer meiner Frau kam Ruland mit auf den Bahnsteig. Er hoffte, wir würden uns bald in der Bundesrepublik wiedersehen. Die Grenzkontrolle um Mitternacht in Probstzella verlief ohne Zwischenfall. Als der Zug die Station verließ, atmete ich auf. Der russische Satellitenstaat, in dem ich nicht länger tätig sein konnte, lag hinter mir. Ich würde mich hüten, ihn wieder zu betreten. Und ich fuhr immerhin in eine nicht ganz ungewisse Zukunft hinein.